

So wird's 
besser!

Unser Plan für Niedersachsen

Wahlprogrammentwurf zur Landtagswahl 2022

Gliederungsvorschlag

Präambel

I Wir gestalten Niedersachsen – Ökologisch und Sozial

Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!

Mobil in Niedersachsen

Innovatives Niedersachsen

Gute Arbeit in Niedersachsen

Für eine andere Agrarpolitik

Moorschutz ist Klima- und Artenschutz

Sozial und ökologisch Bauen und Wohnen

Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten

II. Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden

Für die Artenvielfalt

Für konsequenten Tierschutz und zeitgemäße Jagd

Atomkraft: teuer und gefährlich

III. Wir gestalten Niedersachsen – Chancengerecht und Solidarisch

Gute Kinderbetreuung im ganzen Land

GRÜNE Politik macht Schule

Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden

Wissenschaft gestaltet Zukunft

Erwachsenenbildung stärken

Starke Familien - Selbstbestimmt Leben von der Kindheit bis ins Alter

Gesundheit und Pflege

IV Lebenswertes Niedersachsen Vielfalt schafft Zusammenhalt

Integrationsland Niedersachsen

Starker Rechtsstaat Niedersachsen

Für eine vielfältige Gesellschaft

Gleichstellung und Feminismus

Niedersachsen Kultur und Medien - So vielfältig wie unser Land

Niedersachsen engagiert sich

Niedersachsen in Europa und der Welt

V Solides Fundament für Niedersachsen

Nachhaltig haushalten

Wo die Zukunft zuhause ist – für starke Kommunen in Niedersachsen

Niedersachsen, ein Staat der funktioniert, effektiv und bürgernah

Kap.1 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel I - Wir gestalten Niedersachsen – Ökologisch und Sozial

Antragstext

1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!

2 Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die menschengemachte
3 Klimakrise. Auch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine bestärkt viele Menschen,
4 den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen und dreckigen Importen von Öl,
5 Gas und Kohle aus Menschenrechte verachtenden Regimen zu beschleunigen. Wir
6 wollen Niedersachsen mit Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und
7 Energieeffizienz schnell von fossilen Importen unabhängig machen und auf den
8 1,5-Grad-Pfad bringen. Mit einer klimaneutralen Energieversorgung gewinnen wir
9 mehr Freiheit, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit und werden damit unserer
10 Verantwortung gegenüber heutigen und kommenden Generationen gerecht. Die Maßgabe
11 für eine klimagerechte Politik ist für uns das CO₂-Budget, das uns noch zur
12 Verfügung steht und das umso schneller schrumpft, je langsamer und zögerlicher
13 Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Wir GRÜNEN wollen die
14 Treibhausgasemissionen in Niedersachsen so schnell wie möglich senken und
15 Niedersachsen auf den Weg bringen, bis 2035 klimaneutral zu sein bzw. die
16 Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu bringen. Denn je früher und schneller
17 wir handeln, umso mehr Folgekosten und Fehlinvestitionen in fossile
18 Infrastruktur vermeiden wir. Wir werden die Klima-Maßnahmen, die in unserer Hand
19 liegen, umsetzen. Uns ist klar, dass das Ziel der Klimaneutralität ohne
20 entsprechende begleitende Maßnahmen auf Bundes- und Europa-Ebene nicht
21 erreichbar ist. Daher unterstützen und fordern wir auch dort Klimaentscheidungen
22 vehement ein und begrüßen den neuen Klima-Kurs, den die Bundesregierung
23 angekündigt hat.

24 Eine ambitionierte und klug durchgeführte Klimaschutzpolitik birgt viele Chancen
25 für mehr Lebensqualität: saubere Luft statt Schadstoffe, günstige Energie, eine
26 Mobilität für alle durch einen gut ausgebauten Zug, Bus-, Rad- und Fußverkehr,
27 mehr ökologisch und regional produzierte Lebensmittel, eine tierschutzgerechtere
28 und umweltbewusste Landwirtschaft sowie faire Einkommen für Landwirt*innen und
29 die direkte Teilhabe von Bürger*innen an der Energiewende statt Gewinne einiger
30 weniger fossiler Großkonzerne sind dabei nur einige Punkte. Klimaschutz ist so
31 viel mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf
32 einer gesunden Erde. Gerade für Niedersachsen als windreiches Küstenland bietet
33 die Energiewende darüber hinaus viele Standortvorteile für die lokale
34 Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die wir heben wollen. Wir machen
35 Niedersachsen zum Klimaschutzland Nummer eins und wollen auch in der Wirtschaft
36 bei den Arbeitsplätzen bei Wind, Sonne, Wärmepumpen und Energieeffizienz
37 ökologisch und sozial führend sein. Dazu gehört auch eine Fachkräfteoffensive.

38 Die Klimaziele sind durch die letzten Jahre der Klima-Verweigerung der SPD-CDU-
39 Landesregierung sowie einer 16 Jahren CDU-geführten Bundesregierung extrem
40 schwer zu erreichen. Weil CDU und SPD in den letzten Jahren die Energiewende und
41 den Klimaschutz blockiert haben, müssen wir die nötigen Maßnahmen jetzt noch
42 ambitionierter umsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Klimaschutz massiv
43 den Rücken gestärkt. In seiner Begründung macht es in seiner historischen Klima-
44 Entscheidung klar, dass Politik gerade auch mit Blick auf die
45 Generationengerechtigkeit endlich angemessen handeln muss. Wir stellen uns
46 dieser Herausforderung. Denn jeder Monat des Nichthandelns wird zu umso größeren
47 Anstrengungen in der Zukunft führen.

48 **Ambitioniertes Klimagesetz für Niedersachsen**

49 Die Klimaziele im niedersächsischen Klimagesetz passen wir an die aktuellen
50 wissenschaftlichen Erkenntnisse und den 1,5-Grad-Pfad der Pariser Klimaziele an.
51 Bis 2030 ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen um mindestens 80% im
52 Vergleich zu 1990 zu reduzieren, um bis 2035 die Netto-Null-Emissionen in
53 Niedersachsen zu erreichen. Dazu werden wir auch konkrete, nachprüfbare,
54 jährliche Zwischenziele und Klimamaßnahmen für alle Sektoren wie der
55 Energiewirtschaft, der Industrie, dem Verkehr, dem Gebäudebereich, der Land- und
56 Forstwirtschaft sowie der Kreislauf- bzw. Abfallwirtschaft aufstellen. Mit einer
57 jährlichen, öffentlichen Klimabilanz etablieren wir ein nachprüfbares
58 Treibhausgas-Monitoring. Die Klimaziele und Zwischenschritte koppeln wir an das
59 CO₂-Restbudget. Denn für den Klimaschutz sind nicht bloße Jahreszahlen, sondern
60 die real entstandenen Treibhausgasemissionen entscheidend. Je langsamer jetzt
61 die Reduktion der Klimaemissionen vorangeht, desto weniger CO₂-Budget steht uns
62 später zur Verfügung und desto schneller müssen wir in ein paar Jahren
63 klimaneutral werden. Wir packen Klimaschutz daher jetzt an, anstatt ihn in die
64 Zukunft zu vertagen.

65 Die Landesverwaltung soll vorangehen und möglichst bis 2030 klimaneutral werden.
66 Dazu beschleunigen wir die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude und
67 stellen auf klimafreundliche Beschaffung um. Auch die Stromproduktion in
68 Niedersachsen wollen wir bis 2030 möglichst vollständig auf Erneuerbare Energien
69 umstellen. Bis 2035 wollen wir den klimaneutralen Umbau der Wärmeversorgung,
70 Mobilität und Industrie so weit vorantreiben, sodass die Energieversorgung 100%
71 erneuerbar ist. Wir setzen ehrgeizige Ziele für die Dekarbonisierung der
72 Industrie. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen
73 angesichts zukünftig erwartbarer hoher CO₂-Preise weltweit. Alle Klimaziele und
74 die nötigen konkreten Maßnahmen verankern wir auch im Landesklimagesetz.

75 **Mit Klimavorbehalt und Klimacheck Entscheidungen klimasicher machen**

76 Als Erstes werden wir unser Klimaschutz-Sofortprogramm mit konkreten Maßnahmen
77 umsetzen. Nur wenn endlich alle neuen Gesetze und Verordnungen mit dem
78 Klimaschutz vereinbar sind, sind unsere Klimaziele erreichbar. Daher schaffen
79 wir einen wirksamen Klimavorbehalt. Durch einen Klimacheck prognostizieren wir,
80 welche Emissionssenkung oder -erhöhung mit einer politischen Entscheidung
81 verbunden ist. Sollten Erhöhungen prognostiziert sein, müssen zwingend
82 Alternativen geprüft werden; das für Klimaschutz zuständige Ministerium erhält
83 ein Veto-Recht. Außerdem führen wir Sanktionen und eine Pflicht zum Nachsteuern
84 der Maßnahmen ein. Auch für alle bestehenden und zukünftigen Förderprogramme des
85 Landes sowie den Landeshaushalt führen wir einen Klimacheck ein. Maßnahmen, die
86 Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen und bei

87 klimarelevanten Förderungen konkrete Klimaziele sowie einen Mindestanteil an
88 Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO₂-Einsparungen erzielen, festschreiben. Für
89 die öffentlichen Haushalte, die öffentliche Beschaffung, Gesetzesinitiativen und
90 Verwaltungshandeln führen wir einen CO₂-Schattenpreis nach Maßgabe des
91 Umweltbundesamtes ein. So bilden wir die ansonsten unsichtbaren Klimakosten für
92 Gesellschaft und Umwelt ab, stärken klimaneutrale Alternativen und schaffen eine
93 zukunfts- und klimaverträgliche Entscheidungsgrundlage. Analog führen wir den
94 CO₂-Schattenpreis auch bei klimarelevanten Entscheidungen von landeseigenen
95 Unternehmen ein. In Unternehmen mit Landesbeteiligung wirken wir darauf hin.

96 Wir richten einen wissenschaftlichen Klimarat ein, der die Landesregierung berät
97 und jährlich in Form von Klimaberichten zusätzliche Maßnahmen vorschlägt. Im
98 Rahmen des niedersächsischen Klima- und Energiewendeberichts werden konkrete
99 Regierungsvorhaben pro Sektor definiert. Die wissenschaftlich notwendigen
100 Maßnahmen zur Erreichung der Zwischenziele werden Grundlage des
101 Regierungshandelns.

102 **Gelder aus klimaschädlichen Anlagen abziehen**

103 Auch in der Finanzpolitik treiben wir die Klimawende voran. Die
104 Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die
105 Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Anlagen, die
106 diesen Kriterien nicht entsprechen, entziehen wir die Landesgelder (Divestment)
107 und investieren diese stattdessen in Anlagen mit positiver Wirkung für den
108 Klimaschutz. Bei allen landeseigenen Unternehmen sowie Unternehmen, bei denen
109 das Land bedeutender Anteilseigner ist, bringen wir dies ebenfalls voran.

110 **Klimaschutz in den Kommunen verankern**

111 Zur Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen braucht es auch die
112 entsprechenden Strukturen. Daher bauen wir den Klimaschutz in der
113 Landesverwaltung und bei den Kommunen aus. Die Kommunen sind dabei wichtige
114 Akteurinnen für den Klimaschutz. Damit Kommunen noch besser agieren und ihre
115 Klimaziele schneller umsetzen können, stärken wir den Klimaschutz als
116 Pflichtaufgabe der Kommunen, die sie in eigener Zuständigkeit umsetzen.
117 Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und braucht eine entsprechende
118 finanzielle Ausstattung sowie ein entsprechendes Wissen in der Verwaltung. Wir
119 prüfen die rechtliche Umsetzbarkeit von neuen kommunalen Klimaschutzinstrumenten
120 wie beispielsweise einer Klimaabgabe oder eines Klimabeitrags. Daneben wollen
121 wir sicherstellen, dass auch Entschuldungskommunen genügend Spielraum haben, um
122 wichtige Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen.

123 Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Mit dem Niedersachsenfonds (vgl. Nachhaltig
124 Haushalten) und der neuen Landesgesellschaft für Wohnen und Klima (vgl. Sozial
125 und Ökologisch Bauen und Wohnen) wollen wir Klimaschutzanstrengungen in den
126 Kommunen etwa bei der Gebäudesanierung finanziell unterstützen. Wir prüfen, wie
127 es rechtlich umsetzbar ist, dass bei der Haushaltsgenehmigung durch die
128 Kommunalaufsicht von nun an geprüft werden muss, ob Klimaschutzbelange
129 ausreichend berücksichtigt wurden. Wir unterstützen die Kommunen dabei,
130 regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und umzusetzen. Die ab 2022
131 durch die Kommunen zu erstellenden Energieberichte entwickeln wir weiter zu
132 verpflichtenden öffentlichen Klimaberichten. Diese sollen Kommunen jährlich
133 statt alle drei Jahre erstellen und veröffentlichen. In den Berichten müssen die
134 Kommunen neben ihren eigenen Energieverbräuchen, die örtlichen
135 Treibhausgasemissionen sowie ihre geplanten und umgesetzten Klima-Maßnahmen samt

136 kalkulierter Emissionssenkung und Zeitplanung darlegen. So schaffen wir
137 Transparenz bei der Berücksichtigung von Klimaschutz bei der Verkehrsplanung,
138 bei der Sanierung öffentlicher Gebäude, bei der Quartiersentwicklung und vielem
139 mehr. Analog zum Klimacheck auf Landesebene unterstützen wir die Kommunen unter
140 anderem durch Musterberechnungen dabei, bei kommunalem Verwaltungshandeln und
141 politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen und
142 den Klimaschutz zu prüfen und zu berücksichtigen.

143 **Für das Klima Planungen beschleunigen**

144 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren
145 Energien, bei der Energieeffizienz, beim Netzausbau und vielem mehr deutlich
146 schneller werden. Dafür sind Transparenz und eine intensive Beteiligung von
147 Bürger*innen und Verbänden zu Beginn von Planungen nötig und nicht erst am Ende.
148 Für den Turbo bei der Planung brauchen wir eine bessere Informationsgrundlage
149 etwa beim Artenschutzmonitoring, sowie personell und fachlich gut ausgestattete
150 Planungs-, Bau- und Genehmigungsbehörden. Hinzu kommt ein stärkeres Handeln des
151 Landes bei der Koordinierung und Bündelung von Verfahren bei einer zuständigen
152 Behörde, die auch Ansprechpartnerin sowohl für die Antragsteller*innen als auch
153 für die verschiedenen Interessenvertretungen ist und aktiv Beteiligung
154 herstellt. Für den Klima- und Artenschutz müssen Genehmigungsverfahren im
155 öffentlichen Interesse verkürzt und so weit möglich parallel und nicht
156 hintereinander durchgeführt werden.

157 **Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen**

158 Wir gestalten Digitalisierung so, dass sie dem Klima nützt, anstatt die
159 Klimakrise weiter anzufachen. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass
160 alle Digitalisierungsprogramme und -anstrengungen des Landes klimaneutral
161 werden: von Tablets in den Schulen bis hin zur elektronischen Akte. Das gleiche
162 gilt für die Vorhaben der Kommunen und anderer Akteure, die das Land bei der
163 Digitalisierung unterstützt. Besonders klimaintensiv sind bislang Rechenzentren.
164 Wir bringen den Um- und Ausbau von CO₂-neutralen Rechenzentren voran, die
165 Abwärme nutzen bzw. deren Abwärme genutzt wird und die mit erneuerbarem Strom
166 gespeist werden. Beim Ausbau schnellen Internets setzen wir uns für
167 Energieeinsparungen ein, indem dieser vor allem über Glasfaser und 5G erfolgt.

168 **Energiewende gestalten**

169 **Windenergie – das Zugpferd der Energiewende**

170 Die Windenergie ist die stärkste Kraft unter den Erneuerbaren Energien. Davon
171 profitiert Niedersachsen als windreiches Küstenland ganz besonders. Um bis 2035
172 klimaneutral zu werden und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, werden wir die
173 Ausbautzahlen schnell und deutlich erhöhen. Wir wollen den Windkraft-Ausbau der
174 Bundesregierung unterstützen und die Netzanbindung beschleunigen. Wir wollen die
175 Ausbauziele der Bundesregierung auf See naturschutzverträglich umsetzen; Ziel
176 sind mindestens 30 Gigawatt bis zum Jahr 2030, mindestens 40 Gigawatt bis zum
177 Jahr 2035 und mindestens 70 Gigawatt bis zum Jahr 2045. An Land streben wir pro
178 Jahr einen wachsenden Netto-Zubau der Windenergie von mindestens 1,5 Gigawatt an
179 Leistung an.

180 Die Windenergiebranche ist vom Zickzackkurs von CDU und SPD in Bund und Land in
181 den vergangenen Jahren schwer gebeutelt, viele Arbeitsplätze wurden durch diese
182 desaströse Energiepolitik zerstört. Wir wollen Planungssicherheit für die
183 Windenergiebranche schaffen, den Markt vor Ort stärken, den niedersächsischen

184 Technologievorsprung weiter ausbauen und qualifizierte, sichere Arbeitsplätze
185 schaffen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Dazu bauen wir bestehende Hürden ab
186 und nutzen alle Landeshebel, um Wind-Genehmigungsverfahren im Einklang mit dem
187 Artenschutz zu beschleunigen.

188 Um unsere Klimaziele zu erreichen, setzen wir schnellstmöglich ein landesweites
189 Mindest-Flächenziel für die Windkraft von 2,5% der Landesfläche und landesweite
190 Vorranggebiete im Landesraumordnungsprogramm um. Das Schlüsselloch für den
191 Erneuerbaren-Ausbau sind neben den fehlenden ausgewiesenen Flächen die seit
192 Jahren viel zu schleppend verlaufenden Planungs- und Genehmigungsverfahren, die
193 wir beschleunigen werden.(vgl. Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten)

194 Durch klare Regelungen im Windenergieerlass und Artenschutzleitfaden erhöhen wir
195 die Rechtssicherheit und vereinfachen so das Verwaltungshandeln. Darüber hinaus
196 richten wir eine Servicestelle ein, die bei rechtlichen Fragestellungen in
197 Planungsverfahren unterstützt. Wir vereinfachen und beschleunigen das Repowering
198 von Altanlagen an geeigneten Standorten und setzen uns dafür ein, dass dies auch
199 bei den oftmals gut akzeptierten Altstandorten außerhalb von Wind-
200 Vorranggebieten erfolgen kann.

201 Windkraft und Artenschutz gehören zusammen. Denn neben der
202 Intensivlandwirtschaft ist der größte Beschleuniger des Artensterbens die
203 Klimakrise. Ein schneller und deutlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien ist
204 daher auch für den Artenschutz unerlässlich. Um auch windkraftsensible Arten zu
205 schützen, braucht es Programme für den Artenschutz und eine bessere
206 Artenerfassung für windsensible Vogelarten. Wir werden dazu das landesweite
207 Artenschutzmonitoring auch zur Planungsbeschleunigung deutlich stärken, damit
208 nicht jedes Mal erst neue Kartierungen nötig sind und die Informationen über die
209 Vorkommen windkraftsensibler Arten von Anfang an im Rahmen der Raumplanung
210 besser berücksichtigt werden können. Durch ein Erneuerbare-Naturschutz-Zentrum
211 werden wir die naturverträgliche Energiewende stärken, indem lokale Konflikte
212 zwischen dem Erneuerbaren-Ausbau und dem Arten- und Naturschutz frühzeitig
213 erkannt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und unterstützt werden. Den Bau von
214 Kleinwindenergie-anlagen ermöglichen wir generell außerhalb von Wohn- und
215 Kurgebieten, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits Standard ist.

216 **Mit der Solarenergie-Offensive Sonnenstrom ernten**

217 Bei der Solarenergie haben wir in Niedersachsen deutlichen Nachholbedarf. Mit
218 unserer Solarenergie-Offensive machen wir Niedersachsen fit, um Sonnenstrom zu
219 ernten. Dächer bieten ein großartiges Potential dazu. Sie verbrauchen keine
220 zusätzliche Fläche und sind dort, wo die Menschen leben, arbeiten und somit
221 Energie verbrauchen. Wir wollen jede Dachfläche durch eine Photovoltaik-Anlage
222 zu einem kleinen, dezentralen Klimaschutz-Kraftwerk machen. Dafür führen wir
223 eine Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten und bei Dachsanierungen ein.
224 Mithilfe von Pacht- und Contracting-Modellen ermöglichen wir dies für alle
225 Hausbesitzer*innen. Über eine Duldungspflicht können auch ungenutzte Dachflächen
226 von Bestandsgebäuden einer solaren Nutzung zugänglich gemacht werden. Für neue
227 Parkplätze und andere geeignete versiegelte Infrastruktur führen wir
228 schrittweise eine Überdachungspflicht mit Photovoltaik-Modulen ein. Bei den
229 landeseigenen Dachflächen gehen wir voran. Geeignete Dächer nutzen wir als Land
230 entweder selbst zur solaren Stromerzeugung oder verpachten sie an
231 Energiegenossenschaften bzw. -unternehmen. Unser Ziel ist die Nutzung aller
232 geeigneten landeseigenen Dächer möglichst bis 2025.

233 Den Bedarf an Solarenergie können wir nicht allein über Solaranlagen auf Dächern
234 decken. Für die Energiewende ist sowohl der Ausbau der Dachflächen-PV als auch
235 der naturverträgliche und flächenschonende Freiflächen- und AgriPV Ausbau
236 notwendig. Deponieflächen, Flächen an und über Landes- und Bundesstraßen,
237 Autobahnen, Schienenwegen sowie an Industrie- und Gewerbegebieteangrenzende
238 Flächen und Lärmschutzwände wollen wir dabei besonders schnell zur solaren
239 Stromerzeugung nutzen. Die auf Bundesebene angekündigten Änderungen im EEG
240 begrüßen wir und unterstützen deren Umsetzung in Niedersachsen.

241 **Energie in Bürger*innenhand**

242 Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der die Bürger*innen
243 direkt teilhaben und profitieren können. Um mehr Energiewende-Projekte in
244 Bürger*innenhand zu ermöglichen, setzen wir auf einen Bürger*innen-Energiewende-
245 Fonds. Mit diesem stellen wir die wichtige Anschubfinanzierung sicher und helfen
246 dabei, Anfangshürden bei der Projektplanung zu überwinden. Wir stärken zudem die
247 frühzeitige Beteiligung und Information von Bürger*innen und Kommunen und
248 schaffen Mediationsangebote. Um Hürden für die Energiewende in Bürger*innenhand
249 abzubauen setzen wir uns dafür ein, die europarechtlichen Möglichkeiten
250 auszuschöpfen, wie zum Beispiel die Erneuerbare-Energiegemeinschaften
251 einschließlich Mieter*innenstrom und Nachbarschaftsprojekten zu stärken und
252 kleinere Energiewende-Projekte von der Ausschreibungspflicht zu befreien.

253 **Bioenergie intelligent nutzen**

254 Die Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und
255 Versorgungssicherheit leisten, indem sie Energie speichert und bei
256 Erzeugungsdellen von Wind- und Solarstrom einspringt und damit fossiles Gas
257 ersetzt. Außerdem kann neben der Stromerzeugung auch die Abwärme genutzt werden.
258 Bestehende Biogasanlagen müssen dazu konsequent flexibilisiert werden und
259 Anreize für eine effiziente Wärmenutzung und Inputförderung erhalten. Außerdem
260 wird Bioenergie dort benötigt, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist. Dies
261 ist zum Beispiel beim Ersatz fossiler Energieträger in Bereichen der
262 Grundstoffindustrie der Fall. Wir setzen auf vielfältige Bioenergie aus Rest-
263 und Beiprodukten und umwelt-verträglichen Energiepflanzen sowie
264 Blühpflanzenmischungen. Eine weitere Ausdehnung der Flächen für den
265 Energiepflanzenanbau lehnen wir ab. Wir wollen die Biogasproduktion auf Basis
266 von Rest- und Beiprodukten ausbauen und stärker vorhandene Gülle und Trockenkot
267 aus der Tierhaltung nutzen .

268 **Intelligente Netze und Speicher ausbauen**

269 Für die Energiewende brauchen wir den Netzausbau. Dabei hat für uns die
270 dezentrale, verbrauchsnahe Energieerzeugung Priorität. Der Umfang des geplanten
271 notwendigen Netzaus- und Umbaus muss regelmäßig überprüft werden. Wir setzen uns
272 dafür ein, dass an geeigneter Stelle moderne Erdverkabelungsvarianten statt
273 Freileitungen eingesetzt werden.

274 Um Verbrauchs- und Erzeugungsspitzen abzufedern, unterstützen wir den Ausbau
275 intelligenter Stromnetze bzw. Smart Grids. So können Lasten flexibler gesteuert
276 und konventionelle Kraftwerke schneller und besser ersetzt werden. Wenn zeitlich
277 flexible Energieverbräuche wie zum Beispiel das Laden von E-Autos stärker
278 gesteuert werden, lassen sie sich wesentlich besser an die Volatilität von Wind-
279 und Sonnenenergie anpassen. Für Verbraucher*innen muss es attraktiver sein,
280 Strom dann zu verbrauchen, wenn er erneuerbar im Überschuss zur Verfügung steht.

281 Dafür unterstützen wir die Einbauoffensive von Smart Metern und setzen uns für
282 die Einführung von flexiblen Tarifen ein.

283 Um unsere Klimaziele zu erreichen, treiben wir den Bau von Speichern und die
284 Sektorenkopplung mit hohem Tempo voran. Dazu müssen die energie- und
285 steuerpolitischen Hemmnisse des Speicherausbaus schnell und vollständig
286 beseitigt werden. Für die Versorgungssicherheit spielen Gasspeicher als
287 Langzeitspeicher für aus erneuerbaren Energien erzeugtes Gas eine wichtige
288 Rolle. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung mit einer nationalen Gasreserve
289 und verpflichtenden Füllstandsvorgaben für Speicherbetreiber die
290 Versorgungssicherheit stärkt. Um die Sicherheit und Unabhängigkeit der
291 Energieversorgung weiter zu stärken, streben wir an, Gasspeicher in die
292 Kontrolle der öffentlichen Hand zu überführen.

293 **Die soziale Wärmewende – bezahlbar, klimaneutral und sicher**

294 Wir bringen den Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich voran. Unser
295 Ziel ist es, in allen Gebäuden Erneuerbar zu heizen und die teure Abhängigkeit
296 von fossilen Rohstoffen zu beenden. Das macht uns frei und unabhängig von teuren
297 Heizkosten, denn die fossilen Energien werden immer teurer und die Erneuerbaren
298 Energien immer günstiger. Und jede eingesparte Energie schont unseren Geldbeutel
299 nachhaltig. Wir wollen gezielt Haushalte mit niedrigen Einkommen entlasten. Um
300 bis 2035 vollständig unabhängig von Erdöl und Erdgas zu sein, müssen Neubauten
301 mindestens klimaneutral sein und die energetische Gebäude-Sanierungsrate im
302 Bestand deutlich erhöht werden. An der fehlenden Technik scheitert die
303 Wärmewende nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder der
304 Fernwärme können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des
305 Energieverbrauchs unsere Gebäude im ganzen Land klimaneutral versorgen. Neue
306 öffentliche Gebäude bauen wir mit 100% Erneuerbarer Wärme, mindestens
307 klimaneutral, möglichst klimapositiv. Dabei sollten Bauweisen, die eine
308 möglichst niedrige graue Gesamtenergiebilanz aufweisen, zum Einsatz kommen. Auch
309 bei umfassenden Sanierungen im Bestand gehen wir als Land voran und legen hohe
310 Effizienzstandards sowie den PV-Ausbau auf dem Dach fest. Diese
311 Mindestgrundsätze gelten auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und
312 Nichtwohngebäuden. Für den Gebäude-bestand führen wir mit dem Erneuerbare-Wärme-
313 Gesetz verpflichtende Mindestquoten für Erneuerbare Wärme bei Heizungstausch
314 oder Sanierung ein. Dies koppeln wir mit unserem Förderprogramm zur Wärmewende
315 besonders für Haushalte mit geringem Einkommen. (vgl. Sozial und Ökologisch
316 Bauen und Wohnen) Die Wärmewende braucht Fachkräfte, im Handwerk, aber auch
317 Ingenieur*innen, Raum- und Umweltplaner*innen und vieles mehr. Gemeinsam mit dem
318 Handwerk, den Hochschulen und den Berufsbildenden Schulen bringen wir eine
319 Fachkräfteinitiative für die Energie- und Wärmewende auf den Weg (vgl.
320 Innovatives Niedersachsen).

321 Um für Niedersachsen auch die Potentiale der Tiefen-Geothermie zu nutzen,
322 unterstützen wir Modellprojekte. Bestehende Bohrlöcher der Erdöl- und
323 Erdgasindustrie können für eine geothermische Nutzung in Frage kommen. Dabei
324 wollen wir sicherstellen, dass die fossile Industrie Verursacherhaftung für
325 Altlasten und Langfrist-Risiken übernehmen muss.

326 Da sie entscheidend für die Wärmewende vor Ort ist, setzen wir auf eine
327 verpflichtende kommunale Wärmeplanung und deren schnelle Umsetzung. Dazu gehört
328 auch die Kühlung im Sommer. So können wir die CO₂-Emissionen der Wärmenetze
329 senken und Abwärme stärker nutzen. Die Wärmenetzbetreiber unterstützen wir beim

330 Umstieg auf klimaneutrale Nah- und Fernwärmeerzeugung. Industrielle Abwärme ist
331 kostbare Energie, die wir innerhalb und außerhalb der Betriebe zum Beispiel
332 durch das Einspeisen in Nah- und Fernwärmenetze nutzen wollen. Durch die
333 Einführung geeigneter Grenzwerte für Abluft- und Abwassertemperaturen forcieren
334 wir die Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung. Damit kommunale Verwaltungen ein
335 Grundgerüst haben, um vor Ort Quartiersplanungen anzugehen, bauen wir auf
336 Landesebene die Bereitstellung von Daten u.a. zur Wärmeplanung, für die
337 Quartiersentwicklung und für kalte Nahwärmenetze für die Kommunen über einen
338 öffentlich zugänglichen Energieatlas aus.

339 **Energiekosten vermeiden**

340 Die beste Energie ist die, die gar nicht erst gebraucht wird. Daher geht
341 Einsparung und Effizienz von Energieverbrauch immer vor Ersatz. Mit dem
342 Niedersachsen-Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) und der Landesgesellschaft
343 Wohnen und Klima (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen) geben wir daher
344 vor allem Anreize zur Einsparung und Vermeidung von Energie. Wir wollen, dass
345 die sparsamsten und effizientesten Geräte, Fahrzeuge und Gebäude aus
346 Niedersachsen kommen und berücksichtigen bei unseren Förderprogrammen daher
347 besonders Energieeffizienz und Energievermeidung.

348 Bislang viel zu wenig Beachtung gefunden hat die sogenannte „graue Energie“,
349 also die Energie, die in den Bau oder die Herstellung von Gebäuden oder
350 Produkten geflossen ist, und bei neuen Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus
351 oft bereits die Hälfte der Energie ausmacht. Baumaterialien wie Beton sind sehr
352 klimaintensiv, daher machen wir Niedersachsen mit einer Recyclingoffensive und
353 einem Sanierungsvorrang fit für die Bauwende. (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen
354 und Wohnen)

355 **Grüner Wasserstoff als niedersächsischer Standortvorteil**

356 Grüner Wasserstoff ist unabdingbares Element der Energiewende. Durch die hohen
357 Energieverluste bei der Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff
358 wird er jedoch auch auf absehbare Zeit teuer und wenig verfügbar sein. Deswegen
359 muss grüner Wasserstoff vorrangig für all jene Anwendungsfelder vorgesehen
360 werden, die nicht direkt auf erneuerbaren Strom umgestellt werden können, wie
361 die Chemie- und Stahlindustrie, aber auch den Schiffs- und Flugverkehr. Die
362 Beimischung von Wasserstoff in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze oder die
363 Umstellung der PKW-Flotte auf Wasserstoff ergibt klimapolitisch keinen Sinn und
364 würde nur die Wasserstoffknappheit für die Industrie vergrößern.

365 Ohne erneuerbaren, grünen Strom gibt es keinen grünen Wasserstoff. Jede
366 Wasserstoff-strategie muss daher an einen entsprechend hohen Ausbau der
367 Erneuerbaren Energien und an eine Energieeffizienzstrategie gekoppelt sein. Wir
368 wollen Niedersachsen zum grünen Industrieland Nummer 1 machen und im Ausbau der
369 Erneuerbaren sowie der Wasserstoff-herstellung vorangehen (vgl. Innovatives
370 Niedersachsen).

371 Um darüber hinaus bestehende Bedarfe zu decken, muss bei einem Import von
372 Wasserstoff sichergestellt sein, dass dieser auch wirklich grün ist. Wir
373 unterstützen aus Niedersachsen den Einsatz der Bundesregierung für eine
374 europaweite, transparente und sichere Zertifizierung. Der gleiche Fehler wie
375 beim Erdgas darf nicht beim grünem Wasserstoff wiederholt werden – wir wollen
376 keine gefährliche Abhängigkeit von Unrechtsstaaten wie Russland oder Saudi-
377 Arabien. Daher setzen wir auf den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien

378 und die Stärkung von Energiepartnerschaften innerhalb der Europäischen Union
379 (EU) sowie mit weiteren demokratisch geführten Staaten unter Beachtung der
380 Menschenrechte und auf Augenhöhe. Wilhelmshaven wollen wir zur Drehscheibe von
381 Importen, Speicherung und Regasifizierung für grün produzierten Wasserstoff und
382 Bio-Methan machen. Grünem Wasserstoff kommt langfristig auch die Rolle zu, die
383 Energieüberschüsse des Sommers in den energiehungrigen Winter zu transferieren.

384 **Ausstiegplan für die Nutzung von Erdöl und Erdgas – fossile Rohstoffe im Boden** 385 **lassen**

386 Wir beenden die Abhängigkeit von fossilen Energien, indem wir nicht nur aus der
387 Kohle-, sondern auch aus der Erdgas- und Erdölnutzung aussteigen. Erdgas ist
388 dabei kein klimafreundlicher Brückenkraftstoff, sondern selbst Klimakiller. Die
389 Klimawirkung von Methan, Hauptbestandteil von Erdgas, ist dabei je nach
390 Betrachtungszeitraum 20- bis 100-mal stärker als bei CO₂. Damit haben sogar
391 kleine Mengen einen riesigen Treibhauseffekt.

392 Niedersachsen ist bei der Förderung klimaschädlichen Erdgases Spitzenreiter. 96%
393 der deutschen Erdgasförderung und rund ein Drittel der deutschen Erdölförderung
394 finden in Niedersachsen statt. Klar ist: wollen wir das Klima schützen, müssen
395 wir in ein paar Jahren auch aus der Förderung von Erdgas und Erdöl ausgestiegen
396 sein. Ohne den Einsatz von Fracking lassen sich die weit ausgezehrten
397 niedersächsischen Öl- und Gaslagerstätten in wenigen Jahren sowieso nicht mehr
398 weiter ausfördern. Wir wollen den Ausstieg daher proaktiv begleiten und mit
399 Blick auf die Versorgungssicherheit möglichst frühzeitig Planungssicherheit
400 schaffen. Auch für den Schutz unserer Umwelt und der Anwohner*innen, wie u.a.
401 die riesige Leckage giftigen Lagerstättenwassers in Emlichheim und die
402 regelmäßig vorkommenden förderinduzierten Erdbeben in den Förderregionen zeigen,
403 ist ein klarer Ausstiegsplan aus der Öl- und Gasförderung und eine Ablösung des
404 Bundesberggesetzes durch ein Ausstiegsgesetz unabdingbar. Ab sofort sollen keine
405 neuen Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen mehr erteilt und das Ende der Erdgas-
406 und Erdölförderung für spätestens 2030 festgelegt werden. Als kurzfristige,
407 erste Maßnahme schließen wir in Niedersachsen Erdgas- und Erdölvorhaben in
408 Schutzgebieten gesetzlich klar aus und machen Umweltverträglichkeitsprüfungen
409 für alle Vorhaben verpflichtend. In Bezug auf die aktuell noch laufenden
410 Förderungen nutzen wir alle Landesspielräume für hohe Sicherheitsauflagen und
411 deren Kontrolle. Wir setzen uns für ein dauerhaftes und bundesweites Verbot von
412 Fracking in jeder Form und für jede Gesteinsart ein. Das Verursacherprinzip
413 stärken wir auch bei der Erdöl- und Erdgasförderung und erhöhen daher die
414 Gebühren und Abgaben für Förderunternehmen. Auf Bundesebene setzen wir uns für
415 ein verpflichtendes, dauerhaftes und unabhängiges Monitoring der Gasleitungen
416 ein, um klimaschädliche Methanleckagen einzudämmen.

417 Jeder Euro, der heute noch fossile Infrastrukturen finanziert, verzögert eine
418 ambitionierte Energiewende und bedeutet unnötige Kosten. Dies trifft
419 grundsätzlich auf die Planungen zum Bau von Flüssigerdgas-Importterminals (LNG-
420 Terminals) an der niedersächsischen Küste zu. Niedersachsen und Deutschland
421 werden in den nächsten Jahren auch den Erdgasverbrauch deutlich absenken müssen.
422 Nur so werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern und können uns vor
423 hohen Energiepreisen schützen. Wir lehnen daher den Bau von LNG-Terminals
424 weiterhin ab und wollen stattdessen den Bau von grünen Wasserstoff-Terminals
425 insbesondere in Wilhelmshaven vorantreiben. Soweit LNG-Terminals aufgrund der
426 aktuellen geopolitischen Lage erforderlich sein sollten, müssen sie Greengas-
427 ready sein und eine befristete Betriebsgenehmigung erhalten

428 **Mobil in Niedersachsen**

429 Mobilität ist für uns ein Grundrecht und Grundlage für ein gutes,
430 selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass alle
431 Menschen in Stadt und Land schnell, sicher und bequem ans Ziel kommen. Wir
432 wollen Niedersachsen zum Vorreiter nachhaltiger und sozialgerechter Mobilität
433 machen.

434 Wir gestalten einen attraktiven ÖPNV und streben perspektivisch eine
435 Mobilitätsgarantie mit verbindlichen Standards an. Im ländlichen Raum wollen wir
436 ÖPNV neu und innovativ denken: ein flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV,
437 Ridepooling-Dienstleistungen und online buchbare Rufbusse können dort Bahn und
438 Linienbusse ergänzen. Wir bauen das Angebot im Schienenverkehr aus und sorgen
439 dafür, dass Anschlüsse zuverlässig und Umsteigezeiten kurzgehalten werden. Mit
440 attraktiven Angeboten wollen wir den Nahverkehr günstiger und attraktiver
441 machen. Wir wollen, dass Fahrrad fahren sicherer und bequemer und Niedersachsen
442 damit zum echten Fahrradland wird. Wir wollen dafür sorgen, dass es überall gut
443 ausgebaute Radwege gibt, ausreichend sichere Radabstellplätze zur Verfügung
444 stehen und unkompliziert Fahrräder geliehen werden können. Wir wollen
445 Rahmenbedingungen dafür setzen, dass das Kombinieren verschiedener
446 Verkehrsmittel einfach und flexibel funktioniert. Zahlreiche Mobilitätsstationen
447 sollen Bahn, Bus, Rad, Auto und Sharingangebote verknüpfen.

448 In unseren Städten wollen wir den Platz neu aufteilen und damit mehr Flächen für
449 den Rad- und Fußverkehr und für Begegnungen im öffentlichen Raum schaffen. Wir
450 machen klimafreundliche Fortbewegung so attraktiv, dass immer weniger
451 Autofahrten nötig werden.

452 **Klimaneutral mobil: Das Ziel klar vor Augen**

453 Die amtierende Landesregierung aus SPD und CDU nimmt ihre selbstgesteckten
454 Klimaziele nicht ernst und verfehlt sie. Die Verkehrsleistung des motorisierten
455 Individualverkehrs in Niedersachsen nimmt stetig zu; der PKW-Bestand auf unseren
456 Straßen wächst und die Emissionen im Verkehrssektor sind auch in Niedersachsen
457 annähernd unverändert geblieben. Wir wollen im Zusammenspiel mit der EU, der
458 Bundes- und der kommunalen Ebene die Verkehrswende einleiten und alles tun, was
459 notwendig ist, damit Niedersachsen seinen fairen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel
460 leistet. Mit einem kontrollierbaren CO₂-Budget und verbindlichen
461 Reduktionszielen für den Verkehrssektor in Niedersachsen stellen wir im engen
462 Zusammenspiel mit der Ampelkoalition im Bund sicher, dass unsere Bemühungen zur
463 CO₂-Reduktion erfolgreich sind. Durch kluge Siedlungsplanung und Digitalisierung
464 werden wir das Verkehrsaufkommen reduzieren und die klimaschonende individuelle
465 Mobilität verbessern (vgl. Klimaschonende Siedlungsentwicklung).

466 Die Verkehrsleistung des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr sowie
467 Sharing-Dienste) wollen wir stark erhöhen. Die Verkehrsleistung des PKW-Verkehrs
468 reduzieren wir maßgeblich und verlagern einen möglichst hohen Anteil der in
469 Niedersachsen transportierten Güter auf die Schiene und Wasserwege. Mit einem
470 wirksamen Klimagesetz mit entsprechenden Zielen und Maßnahmen im Verkehrssektor
471 setzen wir den Rahmen für eine nachhaltige, klimafreundliche und verlässliche
472 Mobilität.

473 **Garantiert mobil - die Mobilitätsgarantie für Niedersachsen**

474 Immer mehr Straßen, die Stilllegung von Bahnstrecken und ein häufig kaum über
475 den Schüler*innenverkehr hinausgehender Busverkehr haben dafür gesorgt, dass

476 Mobilität in Niedersachsen viel zu oft vom eigenen Auto abhängig ist. Auf diese
477 Weise werden immer mehr Menschen in ihren gesellschaftlichen
478 Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Wenn in den Tagesrandzeiten, am Wochenende
479 oder in den Ferien das Nahverkehrsangebot stark ausgedünnt ist oder ganz fehlt,
480 ist der ÖPNV keine Alternative zum eigenen Auto. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
481 mit einer Mobilitätsgarantie für Niedersachsen perspektivisch Mobilität für alle
482 gewährleisten – unabhängig von Wohnort, Alter und Einkommen. Unsere
483 Mobilitätsgarantie ist das Versprechen, dass alle Personen im ländlichen Raum
484 von Niedersachsen mit dem Nahverkehr mobil sein können. Ziel ist, dass jeder Ort
485 von früh morgens bis nachts mindestens in einem stündlichen Takt angebunden
486 werden soll. Dort, wo Linienverbindungen weder ökonomisch noch ökologisch
487 sinnvoll sind, setzen wir auf tariflich in den ÖPNV integrierte Bedarfsverkehre,
488 um die Bürger*innen abzuholen. Sämtliche Angebote der Mobilitätsgarantie sollen
489 verkehrsträgerübergreifend tariflich in den ÖPNV integriert sein. Um in
490 Niedersachsen Vorreiterin zu werden, erproben wir das über Modellprojekte, um es
491 langfristig aufs ganze Land auszuweiten.

492 **Sauber und mobil durch Stadt und Land: Mobilitätswende praktisch vor Ort**

493 Die Alltagsmobilität muss dort organisiert werden, wo Menschen wohnen, arbeiten
494 und leben. Kommunen nehmen eine Schlüsselrolle dabei ein, die Verkehrswende vor
495 Ort umzusetzen – denn niemand kennt die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen so
496 gut wie sie selbst. Wir sorgen dafür, dass ein gutes ÖPNV-Angebot im ganzen Land
497 besteht und dass Kommunen dabei unterstützt werden, die konkrete Ausgestaltung
498 des Angebots entsprechend der Bedürfnisse ihrer Einwohner*innen zu
499 realisieren. Verbindliche Ziele und Maßnahmen, um die Klimaschutzziele im Verkehr
500 zu erreichen und eine Mobilität ohne Auto günstig und komfortabel
501 sicherzustellen, sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Klimaberichte. Um
502 Kommunen noch mehr Gestaltungsspielräume zu geben, wollen die rechtlichen
503 Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen einen Mobilitätspass als
504 (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, die sie dazu nutzen den ÖPNV zu stärken.

505 **Grundlage für einen starken ÖPNV: eine solide Finanzierung**

506 Wir werden das weitestgehend veraltete Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG)
507 novellieren und an den Anforderungen einer notwendigen Mobilitätswende vor Ort
508 ausrichten. Wir wollen mehr Geld ins System geben und dieses fair nach
509 transparenten Kriterien verteilen. Wir wollen dafür sorgen, dass Busse und
510 Bahnen umfassend und flächendeckend barrierefrei werden. Zur Unterstützung der
511 kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger verankern wir im NNVG, dass das Land Mittel
512 bereitstellt, die ausschließlich für die Herstellung von Barrierefreiheit im
513 ÖPNV verwendet werden. Auch die kommunalen Nahverkehrspläne müssen entsprechend
514 der Ziele der Barrierefreiheit weiterentwickelt werden. Das Niedersächsische
515 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) dient der Förderung von Kommunen
516 beim Bau von Straßen und Radwegen sowie Investitionen in den ÖPNV – und braucht
517 dringend ein Update. Wir richten es bedarfsgerecht neu aus, nehmen den
518 Fußverkehr auf, weiten Fördertatbestände aus und setzen Prioritäten so, dass die
519 Mittel zu 75 Prozent in den Umweltverbund fließen. Besonders klimafreundliche
520 Projekte werden wir honorieren und dazu die Höhe des Fördersatzes an die CO₂-
521 Wirkung koppeln. Im Rahmen der NGVFG-Novelle stellen wir auch die Busbeschaffung
522 auf klimaneutrale Antriebe um. Anders als die große Koalition bisher bemühen wir
523 uns für die Realisierung der Verkehrswende aktiv um die vom Bund zur Verfügung
524 stehenden Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und die
525 höheren in Aussicht gestellten Regionalisierungsmittel.

526 **Niedersachsen ist am Zug - Infrastrukturoffensive für die Schiene**

527 Etwa jeder 10. Regionalzug in Niedersachsen ist verspätet – ein Zustand, der
528 endlich beendet werden muss. Wir vergrößern die Kapazitäten im
529 Regionalbahnverkehr in den nächsten Jahren massiv, bieten höhere Taktungen an
530 und steigern die Zuverlässigkeit. Dazu nutzen wir gezielt die in Aussicht
531 gestellten höheren Regionalisierungsmittel des Bundes und steigern die
532 Investitionen des Landes für den Nahverkehr. Für einen qualitätsorientierten
533 Kapazitätsausbau werden wir die erweiterten Fördermöglichkeiten des
534 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes des Bundes konsequent nutzen. Um die
535 Leistungsfähigkeit des Schienennetzes weiter zu steigern, soll das Land eine
536 führende Rolle beim Rollout der digitalen Zugsicherungstechnik ETCS einnehmen.
537 Wir richten die Vergabekriterien des Landes an der Erreichung dieses Zieles aus
538 und nutzen die Gelder aus demGVFG-Bundesprogramm zur Elektrifizierung von
539 Bahnstrecken, um zügig weitere Strecken zu elektrifizieren.

540 Mehr als 100 Bahnstrecken und viele hunderte Bahnkilometer wurden in
541 Niedersachsen in den letzten 60 Jahren stillgelegt. Viele dieser Bahnstrecken
542 existieren bis heute und können verhältnismäßig leicht reaktiviert werden, um
543 insbesondere die Mobilität in ländlichen Räumen zu verbessern. 2013 hat
544 Landesregierung unter GRÜNER Beteiligung den Reaktivierungsprozess stillgelegter
545 Bahnstrecken für den Personennahverkehr auf den Weg gebracht, den die aktuelle
546 SPD/CDU-Regierung seitdem kräftig bremst. Wir GRÜNEN werden wieder aktiv
547 Strecken zur Bundesförderung anmelden sowie mit einer landeseigenen Konzeption,
548 die wir gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln, den
549 Reaktivierungsprozess voranbringen. Zur Finanzierung der Reaktivierung nutzen
550 wir die stark ausgeweiteten Fördermöglichkeiten des GVFG-Bundesprogramms. Da, wo
551 trotz stärkerer Siedlungsentwicklung, touristischer Zwecke und sozialer Aspekte
552 eine Reaktivierung nicht wirtschaftlich ist, sorgen wir mit Schnellbuslinien für
553 gute Anbindung.

554 **Mit dem Niedersachsentakt sorgen wir für Verlässlichkeit und kurze**
555 **Umstiegszeiten**

556 Den Regionalverkehr stimmen wir GRÜNEN durch einen Niedersachsentakt gezielt mit
557 geplanten Deutschlandtakt des Fernverkehrs ab, so dass künftig für alle
558 Umsteigezeiten kürzer werden. Regionalbahnstrecken mit überregionaler Bedeutung,
559 müssen in den Deutschlandtakt integriert werden. Die Vergabeverfahren für den
560 schienengebundenen Nahverkehr entwickeln wir stetig weiter und stellen in allen
561 Bereichen sicher, dass Verlässlichkeit und Qualität entscheidende
562 Auswahlkriterien sind und unzureichende Leistungserfüllung der
563 Verkehrsunternehmen wirksam sanktioniert werden. Auch in Niedersachsen zeichnet
564 sich ein Trend ab, dass große, internationale und primär an Gewinnen
565 orientierten Unternehmen eine immer wichtigere Rolle auf dem Markt spielen.
566 Mangelnde lokale Verankerung und starke Fokussierung auf Gewinne führte in
567 letzter Zeit immer wieder zu Qualitätseinbußen. Wir wollen die lokal verankerten
568 Eisenbahnunternehmen stärken Dem Lokführer*innenmangel wollen wir GRÜNEN durch
569 eine niedersächsische Ausbildungsoffensive entgegenwirken und bei neuen
570 Zielgruppen für den Beruf werben. Um die Kapazitäten im Nahverkehr zu erweitern,
571 und leere 1.Klasse Abteile bei gleichzeitig überfüllten 2.Klasse Abteile zu
572 vermeiden, wollen wir die 1. Klasse in Zügen des Nahverkehrs abschaffen. Wir
573 wollen für eine moderne Ausstattung der Züge mit Tischen, kostenlosem WLAN,
574 Steckdosen und Fahrgast-informationen sorgen. Wir wollen die Möglichkeiten für
575 die Fahrradmitnahme erhöhen und streben eine faire zeitlich einheitliche

576 Tarifgestaltung an. Zur Stärkung des kombinierten Bahn- und Fahrradverkehrs,
577 schaffen wir mehr Fahrradstellplätze und dazugehörige Infrastruktur an den
578 Bahnhöfen. Park and Ride sowie Bike and Ride Angebote entwickeln wir gemeinsam
579 mit den Kommunen weiter und denken dabei auch Ladeinfrastruktur für Pedelecs und
580 Elektrofahrzeuge mit.

581 **Bezahlbare Mobilität ohne Tarifschunel ist möglich**

582 Wir wollen, dass man sich in ganz Niedersachsen mit Bus und Bahn nach dem
583 Prinzip „Eine Fahrt, eine Fahrkarte“ bewegen kann. Dafür planen wir
584 perspektivisch, die Tarif- und Vertriebsstruktur landesweit zu vereinheitlichen.
585 Wir setzen uns für ein Umweltticket als ein bezahlbares und landesweit gültiges
586 Tarifangebot im Monats- oder Jahresabo ein – ergänzend zu den regionalen
587 Angeboten. Wir unterstützen das Prinzip der „Eine App für alles“-Auskunft, die
588 die Buchung sämtlicher Mobilitätsdienstleistungen vereinfacht. Die Schaffung der
589 nötigen öffentlichen Schnittstellen bringen wir voran, indem wir dafür sorgen,
590 dass alle Mobilitätsdienstleister in Niedersachsen Daten vollständig,
591 interoperabel, barriere- und kostenfrei zur Verfügung stellen.

592 Jugendliche in Niedersachsen sollen für wenig Geld mobil sein können. Der Weg
593 zur Schule oder Berufsschule, aber auch zur Ausbildungsstätte oder in die
594 Dienststellen der Freiwilligen Dienste soll nichts zusätzlich kosten. Die
595 Fahrtkostenerstattung weiten wir deshalb auf Schüler*innen der Sekundarstufe II
596 und auf Auszubildende aus. Mit einem landesweit gültigen Sozialticket zum Preis
597 von 365 Euro pro Jahr machen wir in einem ersten Schritt Auszubildende,
598 Schüler*innen, Menschen mit geringem Einkommen und Freiwilligendienstleistende
599 mobil. Allen, die keinen Anspruch auf ein 365€-Ticket haben, wollen wir ein
600 landesweit gültiges Klimaticket für 2 Euro pro Tag bzw. 730 Euro pro Jahr
601 anbieten.

602 **Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr**

603 Alle 15 Minuten verunglückt in Niedersachsen ein Mensch im Straßenverkehr und
604 alle vier Stunden ist dieser Mensch ein Kind. Hauptursache für schwere
605 Verkehrsunfälle bleiben überhöhte Geschwindigkeiten. Ein besonders hohes Risiko
606 für Unfälle haben oft die Schwächsten: unter anderem Kinder, Senior*innen,
607 Fußgänger*innen und Radfahrende. Wir verfolgen die Vision Zero: Niemand soll im
608 Straßenverkehr sterben. Dabei ist klar: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen
609 nicht sinken. Daher setzen wir uns weiterhin gemeinsam mit vielen Bürger*innen
610 auf Bundesebene für eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf
611 Autobahnen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesländer die Freiheit
612 bekommen, Tempo 80 auf Landstraßen und 30 km/h innerorts als
613 Regelgeschwindigkeit einzuführen. Die Entscheidungsspielräume zur Umsetzung von
614 Tempolimits, die die Bundesregierung den Ländern in Aussicht gestellt hat,
615 nutzen wir konsequent zur Geschwindigkeitsreduktion und Unfallprävention. Damit
616 Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können und so
617 schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen, treiben wir
618 die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen voran. Der Einbau bzw. die
619 Nachrüstung von Abbiegeassistenten in LKW ist uns ein wichtiges Anliegen.

620 **Damit sich was dreht: Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1 machen**

621 Rund die Hälfte der Wege, die in Deutschland mit dem Auto zurückgelegt werden,
622 sind kürzer als fünf Kilometer. Strecken also, die die meisten auch gut dem Rad
623 bewältigen könnten. In Niedersachsen pendeln täglich rund 3,7 Millionen

624 Berufstätige zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Mehr als 61 Prozent tun dies mit
625 dem Auto und nur 15 Prozent mit dem Rad. Dabei würde rund die Hälfte der
626 Pendler*innen häufiger das Fahrrad nutzen, wenn es ein qualitativ gutes und
627 sicheres Radwegenetz gäbe. Der Fokus rot-schwarzer Verkehrspolitik lag bis jetzt
628 allerdings auf dem Auto. Nicht selten wurden gar für das Fahrrad vorgesehene
629 Mittel für den Straßenbau zweckentfremdet. Wir treten ein für ein klares
630 Bekenntnis zur Fahrradpolitik als ein Baustein zur Mobilitätswende. Mit einer
631 fahrradfreundlichen Infrastruktur und mehr Sicherheit für Radfahrer*innen wollen
632 wir mehr Menschen vom Radfahren überzeugen. Damit die aktive Mobilität endlich
633 den notwendigen Stellenwert in der Landespolitik bekommt, richten wir die
634 Verkehrsverwaltung neu aus und stärken sie so, dass die Förderung des
635 Umweltverbundes endlich mit dem nötigen Nachdruck realisiert werden kann.

636 Ein großer Teil der Radwegeverbindungen, die Menschen täglich nutzen, liegt
637 innerhalb von Kommunen oder in der Verantwortung von Landkreisen. Das wichtigste
638 landesseitige Förderprogramm zum Bau von Radverkehrsanlagen in den Kommunen ist
639 die Förderungen nach dem niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
640 (NGVFG). Förderbedingungen, Fördertatbestände und Fördersummen decken sich
641 jedoch nicht immer mit dem tatsächlichen Bedarf der Kommunen. Das werden wir
642 ändern, in dem wir die Bagatellklausel anpassen, die Fördertatbestände ausweiten
643 und die zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen: Von den 75 Millionen Euro für
644 kommunalen Straßenbau verfügbaren Mitteln sollen in einem ersten Schritt
645 mindestens 20 Millionen Euro für Radwegeprojekte verwendet werden.
646 Perspektivisch ist unser Ziel, dass 80 Prozent dieser Mittel in den Bau von
647 Radverkehrsanlagen fließen. Außerdem soll kommunaler Straßenbau nur noch dann
648 gefördert werden, wenn ausreichend Raum für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen
649 in den Planungen berücksichtigt wird. Damit einzelne Radverkehrsprojekte nicht
650 im luftleeren Raum entstehen, sorgen wir dafür, dass die Kommunen im Rahmen
651 ihrer Klimaschutzplanungen Fahrradmobilitätskonzepte erstellen. Dabei
652 unterstützen wir sie. Die Vergabe von Fördermitteln im Radverkehrsbereich binden
653 wir an ein aktuelles Radverkehrskonzept und die Einhaltung von Standards.

654 Wie bereits in vielen anderen Bundesländern geschehen, arbeiten wir auch in
655 Niedersachsen am Aufbau eines flächendeckenden Radverkehrsnetzes, damit es im
656 ganzen Land gute Radwege gibt, die nicht an der Landkreisgrenze enden. Radwege
657 sollen zuerst da gebaut werden, wo sie am dringendsten benötigt werden: Deshalb
658 braucht es landesseitig eine systematische Vorrangplanung, um bestimmte, über
659 kommunale Grenzen hinaus bedeutsame Radwegeverbindungen besser zu fördern und
660 beschleunigt umzusetzen. Gerade im ländlichen Raum fehlt es viel zu oft an
661 straßenbegleitenden Radwegen. Straßen ohne Radwege soll es nur noch in
662 begründeten Ausnahmefällen geben. Wir gehen seitens des Landes voran und
663 initiieren entlang von Landstraßen 1.000 km Fahrradweg. Damit senken wir den
664 Anteil der Landstraßen ohne begleitenden Radweg deutlich. Bei Sanierung oder
665 Neubau von Landesstraßen prüfen wir grundsätzlich, ob eine Ertüchtigung oder ein
666 Neubau eines Radweges erfolgen sollte, um den Radverkehr optimal zu führen, und
667 setzen dies wo immer möglich um. Auch für Ausbau und Sanierung von Radwegen an
668 Landesstraßen wollen wir zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Gegenüber der
669 Bundesregierung setzen wir uns dafür ein, dass der Radwegeanteil an
670 Bundesstraßen deutlich erhöht wird. Unser Ziel ist, dass das Land Niedersachsen
671 die Schaffung von Radschnellwegen, die Fahrzeiten erheblich verkürzen, auch als
672 Landesaufgabe versteht und gemeinsam mit den Kommunen zügig neue
673 Radschnellverbindungen baut.

674 Wir fördern die Anschaffung von Lastenrädern und Fahrradanhängern. Dazu
675 erweitern wir das bisherige Landesförderprogramm und bauen es aus. Leihrad- und
676 Leihlastenradangebote wollen wir als ergänzenden Teil der Nahverkehre fördern.
677 Dafür verbinden wir Buchungssysteme mit dem Nahverkehr und schaffen
678 Möglichkeiten, Leihradsysteme ins Tarifsystem zu integrieren. Unseren
679 Landesbeschäftigten stellen wir noch mehr Diensträder zur Verfügung und machen
680 allen Landesbediensteten ein Angebot zum Leasen eines Jobrads.

681 **Gut zu Fuß**

682 Ob zu Fuß, mit Kinderwagen oder im Rollstuhl – alle Niedersächs*innen sind im
683 Alltag auf gute Fußwege angewiesen: Gehen hält gesund, hebt die Stimmung und
684 viel begangene Straßen beleben unsere Städte und Gemeinden. In der Verkehrs- und
685 Stadtplanung spielt der Fußverkehr allerdings meist nur eine untergeordnete
686 Rolle. Das ändern wir und sorgen dafür, dass Fußgänger*innen und
687 Rollstuhlfahrer*innen sowie Menschen mit Behinderungen sicher ans Ziel kommen.
688 Unser Ziel ist, dass der öffentliche Raum persönliche Begegnungen und Freiraum
689 ermöglicht. Raumkonflikte dürfen nicht immer nur zwischen Radfahrer*innen und
690 Fußgänger*innen ausgetragen werden. Der gesamte Verkehrsraum muss neu aufgeteilt
691 werden. Diese Aufgabe müssen vor allem Kommunen vor Ort bewältigen – dabei
692 unterstützen wir sie. Die Fördermöglichkeiten für Projekte, die der Stärkung des
693 Fußverkehrs dienen, wollen wir mit zusätzlichen Mitteln im Niedersächsischen
694 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausweiten. Wir unterstützen Initiativen
695 dabei, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z.B. für Nachbarschaftsfeste,
696 Aktionen, Kultur, Kleinkunst, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-
697 Radwege und vieles mehr. Den Kommunen ermöglichen wir die dauerhafte Umnutzung
698 von Straßenraum und unterstützen sie bei der rechtssicheren Umsetzung. Der Raum
699 in unseren Städten ist begrenzt und begehrt: Mit Autos, die im Schnitt 23
700 Stunden am Tag stehen und viel Platz in Anspruch nehmen, nutzen wir diesen Raum
701 ineffizient. Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen dafür, die Zahl der Autos
702 deutlich zu reduzieren und gute Alternativen zu bieten, damit die Bürger*innen
703 in Niedersachsen mobiler werden.

704 **Straßenneubau runterfahren, Straßenverkehr dekarbonisieren**

705 Zur Verkehrswende gehört auch, dass wir die Abhängigkeit vom motorisierten
706 Straßenverkehr nicht vorantreiben und die ökologische Krise anheizen, indem wir
707 immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord
708 sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab. Im Straßenbau gilt für uns die Maxime,
709 dass die Sanierung von Straßeninfrastruktur zum Substanzerhalt Vorrang gegenüber
710 dem Neubau hat. Die Gelder aus dem NGVFG für den Straßenbau werden wir daher
711 prioritär für den Erhalt von Straßenbau nutzen und Straßenneubauten nur noch in
712 Ausnahmefällen fördern.

713 Wir sind uns bewusst, dass selbst bei größter Anstrengung für eine
714 Verkehrsverlagerung auf Bus, Bahn und Fahrrad das Auto weiterhin einen
715 relevanten Anteil im Mobilitätsmix haben wird. Um den notwendigen Beitrag zum
716 1,5-Grad-Ziel zu leisten, treiben wir seine Dekarbonisierung konsequent voran.
717 Der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Niedersachsen steckt in einer Sackgasse.
718 Deshalb braucht es jetzt eine echte Ladesäulen-Offensive, die sowohl öffentliche
719 als auch private Ladestationen umfasst und die Automobilindustrie mit in die
720 Pflicht nimmt. Mit Unterstützung des Bundes sorgen wir dafür, dass bis 2030 in
721 Niedersachsen 100.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte geschaffen werden. Den
722 Fuhrpark der Landesregierung stellen wir klimaschonend auf und verankern

723 Anforderungen für alternative Antriebe für die Dienstfahrzeuge in den
724 Beschaffungsrichtlinien.

725 **Güterverkehr:Verladen und dekarbonisieren**

726 Immer mehr Güter werden auf immer mehr LKW durch Niedersachsen transportiert –
727 der Anteil an LKWs mit klimafreundlichen Antrieben hingegen bleibt gering. LKW
728 belasten unsere Straßen stärker als PKW und sind wesentlich für die
729 Lärmbelastung durch den Straßenverkehr verantwortlich. Der Anteil der Schiene am
730 gesamten Güterverkehrsaufkommen ist noch immer viel zu gering: Nicht einmal 20
731 Prozent aller Güter werden auf der Schiene transportiert. Die Gründe dafür sind
732 vielfältig: Ein Mangel an verfügbaren Trassen, mangelnde Flexibilität, massive
733 Verspätungen und überhöhte Trassenpreise sorgen dafür, dass der
734 Schienengüterverkehr für viele Transportwege nicht wettbewerbsfähig ist. Wir
735 GRÜNEN sorgen dafür, dass ein möglichst hoher Anteil des Güterverkehrs schnell
736 von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Dafür hat insbesondere das
737 niedersächsische Hinterland der Seehäfen eine herausgehobene Bedeutung. Wir
738 werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass der Ausbau der
739 Schieneninfrastruktur schnell vorangetrieben wird – insbesondere der Ausbau der
740 überlasteten Nord-Süd-Achse (Hamburg-Hannover), die für den
741 Seehafenhinterlandverkehr von besonderer Bedeutung ist. Damit das Projekt den
742 Erfordernissen der Verkehrswende gerecht wird, muss es sowohl den Bedarfen einer
743 Güterverkehrsverlagerung als auch dem berechtigten Interesse der Region nach
744 erweitertem Lärmschutz und Verbesserungen im Nahverkehr gerecht werden. Wir
745 wollen Gleisanschlüsse für große Gewerbegebiete (wieder)herstellen, mit
746 Umschlagplätzen für Lkw kombinieren und neue Zentren für den kombinierten
747 Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten fördern.

748 Es wird auch weiterhin ein relevanter Teil des Güterverkehrs über Straßen
749 transportiert werden. Damit auch dieser Verkehr klimaneutral wird, prüfen wir,
750 inwiefern eine Elektrifizierung von Autobahnen, Bundes- und Landstraßen
751 notwendig ist und welchen Beitrag Niedersachsen dazu leisten kann.

752 **Für einen nachhaltigen Schiffsverkehr**

753 Der Schiffsverkehr hat eine herausragende Rolle im internationalen Welthandel
754 inne: Über 90 Prozent des interkontinentalen Warenaustausches finden auf dem
755 Seeweg statt. Deutschland wickelt über 60 Prozent seiner Exporte über den Seeweg
756 ab und erhält den Großteil seiner Importe per Schiff. Der Anteil der
757 Seetransportkosten am Preis eines Produkts ist in den vergangenen Jahrzehnten
758 immer geringer geworden und inzwischen fast zu vernachlässigen. Das Schiff ist
759 einer der umweltfreundlichsten Verkehrsträger, kann und muss aber gerade mit
760 Blick auf die Schwefel- und Stickoxidemissionen noch besser werden. Während ein
761 LKW rund 200 Gramm CO₂ je Tonnenkilometer ausstößt, kommt das Seeschiff mit 15
762 Gramm CO₂ aus. Die EU-Kommission hat im Rahmen ihres Gesetzespaketes Fit for 55
763 Vorschläge gemacht, wie die internationale Seeschifffahrt in den kommenden
764 Jahren durch Einbeziehung in den Emissionshandel und Anreize zur Nutzung
765 alternativer Schiffstreibstoffe klimafreundlicher gestaltet werden kann. Wir
766 begrüßen diese Vorschläge. Über die landeseigene Hafenbetreiberin Niedersachsen
767 Ports GmbH werden wir dafür sorgen, dass die von der EU-Kommission angestrebte
768 Versorgung der in den Häfen liegenden Schiffe mit Landstrom zügig umgesetzt
769 wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anti-Fouling-Anstriche, die eine
770 Besiedlung des Schiffsrumpfes mit Muscheln und Seepocken verhindern sollen,
771 künftig nicht mehr mit Giftstoffen belastet sind.

772 **Innovatives Niedersachsen**773 **Niedersachsens Wirtschaft voranbringen: Klimaneutral und zukunftsfähig**

774 Die Niedersächsische Wirtschaft mit ihren über 4,1 Millionen Erwerbstätigen
 775 steht vor mehreren historischen Herausforderungen: Unsere Wirtschaft muss
 776 klimaneutral werden und sie muss die mit der Digitalisierung einhergehenden
 777 Umbrüche zielgerichtet gestalten. Nur wenn wir diese Herausforderungen annehmen,
 778 wird es gelingen, Unternehmen zukunftssicher aufzustellen, Arbeitsplätze zu
 779 erhalten und neue zu schaffen sowie klimagerechten Wohlstand zu gestalten. Viel
 780 zu lange haben CDU- und SPD-geführte Regierungen in Bund und Land versucht, etwa
 781 der für Niedersachsen besonders wichtigen Automobilindustrie zu ermöglichen,
 782 weiterhin auf Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren zu setzen, obwohl dieser
 783 Antrieb keine Zukunft hat. Das Beharren auf dem Status quo verbaut die Chancen
 784 von morgen: Wir GRÜNEN wollen, dass Niedersachsen vom Land der
 785 Verbrennungsmotoren zum Vorreiter der klimagerechten Mobilität wird.

786 Gleiches gilt für die zweite zentrale Herausforderung für die Wirtschaft unseres
 787 Landes, die Digitalisierung. Der Zugang zu schnellem und leistungsfähigem
 788 Internet entscheidet schon heute über die Chancen von Unternehmen. Unser Ziel
 789 ist daher eine gute digitale Infrastruktur in allen Teilen des Landes. Der Abbau
 790 von überflüssiger Bürokratie und Beschleunigung von Genehmigungen ist der
 791 Koalition aus SPD und CDU nicht gelungen. Im Gegenteil wurde durch unklare
 792 Zuständigkeiten, Kompetenzstreit, Misstrauen und fehlende Ansprechpartner*innen
 793 in den Behörden eher zusätzliche Bürokratie aufgebaut und der
 794 Wirtschaftsentwicklung geschadet. Wir GRÜNEN identifizieren zusammen mit der
 795 Wirtschaft überflüssige Regelungen, Doppel- und Mehrfacherfassungen und
 796 Kontrollen, unzureichende Personalausstattungen in Behörden sowie unklare
 797 Zuständigkeiten und bauen sie gemeinsam ab. Auch hier kann die Bündelung und
 798 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gerade auch bei der sozial-ökologischen
 799 Transformation der Wirtschaft helfen.

800 Denn viele Unternehmen und ihre Beschäftigten haben sich bereits auf den Weg
 801 gemacht und gestalten den Wandel hin zu einer klimaneutralen und digitalen
 802 Wirtschaft. Aufgabe der Politik ist es, einen klaren unbürokratischen und
 803 verlässlichen Rahmen für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit zu
 804 setzen, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern, eine gute öffentliche
 805 Infrastruktur bereitzustellen, die Unternehmen bei der Sicherung ihres
 806 Fachkräftebedarfs zu unterstützen und den Arbeitnehmer*innen die Sicherheit zu
 807 geben, bei der immer wichtiger werdenden Fort- und Weiterbildung gefördert zu
 808 werden und sozial abgesichert zu sein. Damit all das gelingt, gestalten wir
 809 GRÜNEN mit den Menschen in Niedersachsen den ökologisch-sozialen Umbau unserer
 810 Wirtschaft.

811 **Den Umbau des Industriestandorts Niedersachsen unterstützen**

812 Unser Ziel ist es, den Industriestandort zu erhalten und weiterzuentwickeln.
 813 Fast 570.000 Menschen sind in den Industriebetrieben in ganz Niedersachsen
 814 beschäftigt. Vor allem der Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Chemie-
 815 und Metallindustrie spielen in unserem Land eine zentrale Rolle. Damit das so
 816 bleibt, muss sich vieles ändern. Unsere Industrie und damit eine der zentralen
 817 wirtschaftlichen Lebensadern Niedersachsens muss aus Gründen des Klimaschutzes,
 818 aber auch zur Sicherung ihrer Stellung im internationalen Wettbewerb
 819 klimaneutral werden. Durch die GRÜNE Regierungsbeteiligung im Bund entstehen
 820 endlich neue Möglichkeiten und die notwendigen Impulse für den Umbau der

821 Industrie. Diese Maßnahmen werden wir in Niedersachsen durch gezielte
822 Wirtschafts-förderung des Landes unterstützen. Wir GRÜNEN wollen Niedersachsen
823 gemeinsam mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten zu einer Vorreiterin für
824 den ökologisch-sozialen Umbau entwickeln.

825 Für den notwendigen Umbau werden wir Fördermittel, Konjunkturprogramme und
826 Investitionszuschüsse konsequent an den Umwelt- und Klimazielen sowie an das
827 Ziel der Beschäftigungssicherung koppeln. Ein wichtiger Impulsgeber hierfür ist
828 die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, die wir stärken und
829 weiterentwickeln werden, damit sie dieser Funktion gerade bei der Beratung und
830 Förderung von Unternehmen zukünftig noch besser gerecht werden kann. Bestehende
831 Förderkulissen gilt es so umzugestalten, dass sie möglichst effektiv genutzt
832 werden können.

833 Mit Volkswagen setzt der führende Automobilkonzern Deutschlands endlich auf
834 klimaneutrale E-Autos. Wir unterstützen den geplanten Umbau der VW-Standorte zu
835 effizienten Produktionsstätten für E-Autos und die geplante Gigafactory für
836 Batterien in Salzgitter. Hier gilt es zukünftig die Beteiligung des Landes an
837 Volkswagen noch gezielter zu nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu
838 befördern und den Umbau zu einem Mobilitätskonzern voranzutreiben. Zudem müssen
839 die guten Ansätze des Batterie-Recyclings, die es in Niedersachsen gibt,
840 ausgebaut werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2030 keine
841 neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen
842 werden (vgl. Mobil in Niedersachsen).

843 Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele mittelständische Zulieferbetriebe verlieren
844 mit dem Aus der Verbrennungsmotoren ihr bisheriges Geschäftsfeld, sodass sich
845 Unternehmen komplett umstellen müssen. Wir GRÜNEN wollen diese Betriebe und ihre
846 Beschäftigten mit Investitionshilfen, Bürgschaften und Weiterbildungs- und
847 Qualifizierungsangeboten dabei unterstützen, sich mit neuen Produkten
848 zukunftsfähig aufzustellen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

849 Gerade im Bereich der energieintensiven Metall- und Chemieindustrie wird es
850 darum gehen, die Dekarbonisierung voranzutreiben und auch über Niedersachsen
851 hinaus eine Vorreiterrolle einzunehmen. Hierzu hat beispielsweise in der
852 Stahlindustrie bereits ein Umdenken hin zu energieeffizienten Verfahren und die
853 Nutzung sauberer Energieformen eingesetzt, das wir GRÜNEN weiter fördern und
854 intensivieren werden. Eine Kernherausforderung wird es sein, diese
855 Industriezweige mit ausreichend grünem Wasserstoff zu versorgen. Hierfür werden
856 wir die Standortvorteile Niedersachsens nutzen und den Aufbau einer
857 entsprechenden Infrastruktur fördern. Dazu gehören Anlagen zur Produktion von
858 Wasserstoff sowie die Infrastruktur zu dessen Transport (vgl. Energiewende
859 gestalten). Um die Bedarfe unserer Industrie zu decken, ist in erheblichem Maße
860 auch der Import von grünem Wasserstoff erforderlich. Hierfür besitzt
861 Niedersachsen mit dem Jade-Weser-Port gute Voraussetzungen. Wir planen, den
862 Standort Wilhelmshaven zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in
863 Deutschland und Westeuropa zu entwickeln.

864 Eine CO₂-neutrale Industrie wird mindestens für eine Übergangszeit einen
865 Außenschutz brauchen, um sie vor Wettbewerbsnachteilen z. B. durch den Import
866 von mit klimaschädlicher Kohle produziertem Stahl zu schützen. Daher
867 unterstützen wir GRÜNEN den von der EU-Kommission in ihrem Programm Fit for 55
868 geplanten Grenzausgleichsmechanismus.

869 Nachhaltiges Wirtschaften ist kein Selbstläufer. Die Orientierung der
870 Unternehmen zu einer nachhaltigen Produktion, weniger Energieverbrauch,
871 zukunftsfähigen Produkten und zu einer ebenfalls zukunftsfähigen, digital
872 unterstützten Produktion muss vom Land mit Beratungsangeboten und
873 Investitionszuschüssen begleitet und unterstützt werden. Denn gerade die vielen
874 kleineren Unternehmen sind mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen
875 häufig damit überfordert, in ihrem Betrieb ein umfassendes nachhaltiges
876 Wirtschaften zu etablieren.

877 **Transformation aktiv gestalten - Ein Zukunftsfonds für die Transformation der** 878 **Industrie**

879 Damit der Umbruch der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität gelingt, müssen Bund,
880 Land, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften zusammen daran arbeiten und ihre
881 ganze Kraft und Expertise einbringen. Wir wollen einen Transformationsgipfel
882 machen, der die Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten mit den Bedarfen und
883 Planungen der Wirtschaft zusammenbringt. Während VW mit eigenen Akademien und
884 viel Kapital Umbruchprozesse auch eigenständig organisieren kann und vor allem
885 darauf angewiesen ist, dass der Staat die Schaffung benötigter Infrastruktur für
886 beispielsweise die Energieversorgung vorantreibt, sind gerade kleinere
887 Unternehmen auch auf Angebote zur Weiterqualifikation oder Unterstützung bei der
888 Organisation des Umbruchs angewiesen. Hier wollen wir, dass der Staat aktiv
889 vorangeht und klärt, wie dieser Umbruch gemeinsam gelingen kann. Die zentrale
890 Herausforderung der klimaneutralen Ausrichtung unserer Wirtschaft und
891 insbesondere unserer Industrie wird in den nächsten Jahren massiv Fahrt
892 aufnehmen. Wir GRÜNE wollen Niedersachsen als Industrieland erhalten - mit
893 starken Unternehmen, die hochwertige Produkte herstellen und gute Arbeitsplätze
894 bieten. Hier ist das Land auch deshalb in der Pflicht, weil politische
895 Fehlanreize eine absehbar notwendige Neuausrichtung in vielen Unternehmen
896 verzögert haben – etwa das viel zu lange Festhalten von SPD und CDU am
897 Verbrennungsmotor. Nun ist der Handlungsdruck gewaltig.

898 Für die Einführung klimaneutraler Prozesse und nachhaltiger Geschäftsmodelle
899 brauchen Industrieunternehmen in Niedersachsen in den kommenden Jahren große
900 Mengen Kapital. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Neugründungen
901 stehen vor der Herausforderung, neben Fremdkapital (Kredit) auch die
902 erforderliche Eigenkapitalbasis sicherzustellen, um mehrjährige
903 Transformationsprozesse zu meistern.

904 Aus diesem Grund wollen wir in den kommenden Jahren einen groß angelegten
905 „Zukunftsfonds Niedersachsen“ schaffen, um in die sozial und ökologisch
906 nachhaltige Entwicklung der Niedersächsischen Wirtschaft zu investieren. Der
907 Fonds soll nach marktüblichen Konditionen eine stille Beteiligung an Unternehmen
908 ermöglichen, die ihre Produktionsweise zukunftsfähig umgestalten und
909 Neugründungen mit besonders nachhaltigem Geschäftsmodell durch Wagniskapital
910 fördern. Dabei denken wir den Zukunftsfonds von Beginn an zusammen mit anderen
911 Fördermöglichkeiten wie Krediten und Zuschüssen.

912 Für die Anschubfinanzierung des Zukunftsfonds wollen wir öffentliches Geld
913 einsetzen. Mittelfristig wird sich der Zukunftsfonds aus seiner
914 Investitionstätigkeit heraus selbst tragen.

915 **Klimaschutz braucht Handwerk - Fachkräfteinitiative für den ökologisch-sozialen** 916 **Wandel**

917 Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und
918 Ausbildungs-plätzen, trägt entscheidend zur ökologischen Modernisierung unseres
919 Landes bei und stärkt regionale Wertschöpfungsketten. Ob die energetische
920 Sanierung unserer Häuser, die Installation von Anlagen zur Erzeugung und
921 Speicherung erneuerbarer Energien, der Bau dringend benötigter Wohnungen oder
922 der Ausbau der digitalen Infrastruktur: Nichts geht ohne das Handwerk. Eine
923 zentrale Herausforderung für das Handwerk ist die Sicherung des
924 Fachkräftebedarfs. Etwa ein Fünftel der angebotenen Ausbildungsstellen im
925 Handwerk kann aktuell nicht besetzt werden. Zentrales Element bei der
926 Fachkräftesicherung unseres Handwerks ist die duale Ausbildung. Wir GRÜNEN haben
927 diese Herausforderung im Blick und starten gemeinsam mit dem Handwerk eine große
928 Ausbildungs- und Umschulungsinitiative und machen diesen Bereich attraktiver.
929 Dazu wollen wir auch die Bildungsstätten des Handwerks stärken. (vgl. Gute
930 Ausbildung und Wissenschaft gestaltet Zukunft).

931 Neben der Gewinnung von Auszubildenden muss es zur Sicherung des
932 Fachkräftebedarfs im Handwerk gelingen, die Mitarbeiter*innen im stärkeren Maße
933 im erlernten Beruf zu halten. Aktuell wandern rund zwei Drittel der im Handwerk
934 ausgebildeten Mitarbeiter*innen in andere Bereiche ab. Wesentlicher Grund dafür
935 ist die im Vergleich zur Industrie niedrige Bezahlung. Deshalb stehen BÜNDNIS
936 90/DIE GRÜNEN für Tarifbindung auch im Handwerk: Unter GRÜNER
937 Regierungsbeteiligung in Niedersachsen haben wir bereits erreicht, dass die
938 Tariftreue Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist. Darüber
939 hinaus planen wir, die Innungen über eine Änderung der Handwerksordnung zu
940 verpflichten, nur noch tarifgebundene Betriebe aufzunehmen (vgl. Gute Arbeit in
941 Niedersachsen). Um Frauen im Handwerk zu stärken, setzen wir uns für eine Reform
942 des Mutterschutzes für Selbstständige ein.

943 Nach Untersuchungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks ist jede*r
944 vierte Betriebsinhaber*in über 60 Jahre alt. Um die Betriebsnachfolge möglichst
945 problemlos zu gestalten, wollen wir GRÜNEN die Beratung und Unterstützung
946 verbessern und ein besonders zinsgünstiges Übernahmedarlehen über die N-Bank zur
947 Verfügung stellen. Das gleiche gilt für die Förderung von Existenzgründungen und
948 Start-ups (vgl. Start-ups gezielt fördern). Um die Übernahme des Betriebes durch
949 Mitarbeiter*innen zu erleichtern, setzen wir uns für einen Ausbau der
950 Mitarbeiter*innenbeteiligung als Instrument der Unternehmensnachfolge ein.

951 **Umbau der Energieversorgung schafft Arbeit**

952 Wir GRÜNEN wollen die Energiewende gestalten, den Ausbau der erneuerbaren
953 Energien vorantreiben und damit zugleich neue Geschäftsmodelle und gute
954 Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen. Schon heute arbeiten über 50.000
955 Menschen direkt im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch den Ausbau der
956 Nutzung von Wind und Sonne entstehen neue Arbeitsplätze in der Industrie: für
957 die Projektierung der Anlagen, in der Installation, der Wartung und für den
958 laufenden Betrieb. Im Bereich der Energieeffizienz, bei Herstellung und Einbau
959 von Wärmepumpen sowie der Gebäudesanierung entstehen durch die Energiewende
960 Tausende neue Arbeitsplätze. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Bau-, Wärme-
961 und Verkehrswende sind Jobmotoren. Wir GRÜNEN werden diese Entwicklung
962 konsequent vorantreiben und dabei die Arbeitnehmer*innen beim Erwerb neuer oder
963 zusätzlicher Qualifikationen unterstützen.

964 **Digitalisierung gestalten**

965 Flächendeckendes schnelles Internet ist essentiell für die wirtschaftliche
966 Entwicklung unseres Landes. Dass es vor allem im ländlichen Raum noch immer
967 große Bereiche ohne schnelles Internet gibt, ist ein nicht länger hinnehmbares
968 Hemmnis: Unternehmen verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit und werden abgehängt.
969 Zudem führt die damit häufig einhergehende fehlende Home-Office-Möglichkeit für
970 die dort lebenden Menschen dazu, dass sie sich gezwungen sehen, vom Land in die
971 Stadt zu ziehen. Das muss sich dringend ändern und ein guter Breitbandausbau
972 Teil der Daseinsvorsorge werden. Ziel ist es, auch die letzten weißen Flecken
973 ans Netz zu bringen. Daher werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen,
974 dass die entscheidenden Weichen für einen flächendeckenden Glasfaseranschluss
975 und schnelles mobiles Internet gestellt werden. In Niedersachsen müssen Land,
976 Kommunen und Netzanbieter Hand in Hand arbeiten, um neue Modelle zum Ausbau und
977 zur Sicherstellung einer angemessenen Breitband- und Mobilfunkversorgung auf den
978 Weg zu bringen. Dazu wollen wir in Niedersachsen eine Landesnetzgesellschaft
979 schaffen, die Kommunen dort unterstützt, wo durch Marktmechanismen kein
980 ausreichender Netzausbau erreicht werden kann. Unser Ziel ist es, mit gezielter
981 Förderung, dem Abbau bürokratischer Hürden und einer Stärkung von
982 Betreibermodellen einen Glasfaseranschluss an jedes Haus zu bringen.

983 **Start-ups gezielt fördern**

984 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue
985 Gründer*innenwelle. Aktuell ist Niedersachsen bei den Unternehmensgründungen im
986 Vergleich der Bundesländer bestenfalls Mittelmaß. Das ändern wir GRÜNEN. In
987 enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Wirtschaftsförderung entlasten wir
988 Gründer*innen insbesondere in der Aufbauphase. Statt sich durch ein
989 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Informationen, Beratung und die
990 Möglichkeit zur Anmeldung an einer zentralen Anlaufstelle erhalten. Das
991 Gründer*innenstipendium der N-Bank wollen wir ausbauen, denn die bisher über
992 einen Zeitraum von höchstens acht Monaten gewährten maximal 2.000 Euro pro Monat
993 reichen nicht aus, um die laufenden Kosten der Gründung und den Lebensunterhalt
994 in der Gründungsphase zu sichern. Besonders Frauen wollen wir damit ansprechen,
995 denn sie haben es weiterhin besonders schwer, an Startkapital und Unterstützung
996 zu gelangen.

997 Gemeinsam mit den Hochschulen sorgen wir zudem dafür, dass neue Erkenntnisse und
998 Ideen durch einen Ausbau des Transfers und eine Stärkung der Gründungsberatung
999 gezielt in Geschäftsideen umgesetzt werden können. Um die Lücken bei der
1000 Verfügbarkeit von Gründungskapital zu schließen, werden wir einen Kapitalfonds
1001 für nachhaltige und innovative Gründungen schaffen. Wir wollen privates
1002 Wagniskapital aktivieren, mit dem auch größere Investitionen, z. B. in den
1003 Bereichen Greentech, künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität,
1004 Kommunikations- und Biotechnologie abgesichert werden können. Zusätzlich werden
1005 wir die Möglichkeit der zeitlich begrenzten Teilhaberschaft des Landes anbieten.

1006 **Nachhaltigen Tourismus fördern**

1007 Der Tourismus hat für die niedersächsische Wirtschaft eine große Bedeutung und
1008 trägt in einem nicht unerheblichen Maße zur Wertschöpfung des Landes bei. Fast
1009 300.000 Menschen sind landesweit direkt oder indirekt in dieser Branche
1010 beschäftigt. Die allgemeinen Nachfragetrends im Tourismus wie Nachhaltigkeit,
1011 Individualität, mehr Outdoor-Aktivitäten oder Regionalität bieten Chancen für
1012 die niedersächsische Tourismuswirtschaft, die wir GRÜNEN gezielt nutzen werden.
1013 Ob die landschaftliche Vielfalt des Weserberglandes, die besondere Geologie des

1014 Osnabrücker Hügellandes, die kulturelle Landpartie im Wendland, das Grüne Band
1015 oder der einzigartige Naturraum des Niedersächsischen Wattenmeeres: Die
1016 naturräumlichen Besonderheiten der Regionen unseres Landes wollen wir noch
1017 stärker herausstellen und für nachhaltigen sowie naturnahen Tourismus nutzbar
1018 machen. Gleichzeitig gilt es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und
1019 den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten. Hierfür ist eine solide und
1020 konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich.

1021 **Lebendige Innenstädte mit vielfältigem Einzelhandel**

1022 Beschleunigt durch die Corona-Pandemie gerät der stationäre Einzelhandel
1023 zunehmend durch den rasant wachsenden Onlinehandel unter Druck. Unsere
1024 Innenstädte, die stark vom Einzelhandel geprägt sind, geraten dadurch zunehmend
1025 in Schwierigkeiten und drohen in Teilen zu veröden. Versuche, das Bestehende
1026 lediglich zu konservieren, werden auch hier nicht funktionieren. Unsere Kommunen
1027 und der stationäre Einzelhandel stehen vor der Herausforderung, die
1028 Aufenthaltsqualität in den Innenstädten zu steigern, um so einen real erlebbaren
1029 Mehrwert zu schaffen, der das Einkaufen in der Innenstadt attraktiv macht. Wir
1030 GRÜNEN werden die Kommunen dabei unterstützen, ihre Innenstädte mit gemischten
1031 Nutzungen aus Gastronomie, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten
1032 (vgl. Attraktive Städte, lebendige ländliche Räume).

1033 **Kultur- und Kreativwirtschaft stärken**

1034 Die Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens beschäftigte vor der Pandemie
1035 über 100.000 Menschen, die nicht nur künstlerische Qualität schaffen und für
1036 kulturelle Vielfalt sorgen, sondern mit ihren Impulsen auch wirtschaftliche
1037 Innovationen anregen und Wertschöpfung erbracht haben. Damit gehörte sie zu den
1038 leistungsstärksten und personalintensivsten Branchen Niedersachsens. Die Corona-
1039 Pandemie hat jedoch gerade diese Branche besonders heftig getroffen und viele
1040 Arbeitsplätze vernichtet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Akteur*innen der
1041 Kreativwirtschaft besser vernetzen und innovative Projekte sowie die Gründung
1042 von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen und
1043 gemeinsam mit den Kommunen diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder stärken. Nur
1044 so kann die kulturelle Landschaft in Niedersachsen wieder zu dem werden, was sie
1045 vor der Pandemie war (vgl. Niedersachsens Kultur).

1046 **Medienstandort Niedersachsen beleben**

1047 Niedersachsen ist ein Medienstandort mit hohem Entwicklungspotenzial. Das gilt
1048 sowohl für die Filmproduktion als auch die wachsende Games-Branche. Leider
1049 vernachlässigt die Landesregierung jedoch diesen wichtigen Wirtschaftszweig mit
1050 hochwertigen Arbeitsplatzpotenzialen. Die Branche fordert eine stärkere
1051 Medienpolitik und bessere Förderbedingungen in Niedersachsen. Eine ARD-
1052 Produktion wie die „Roten Rosen“ in Lüneburg bringt nicht nur enorme
1053 Beschäftigungseffekte in der Region, sondern stärkt auch den Tourismusstandort –
1054 ebenso Krimiserien aus dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus Göttingen oder
1055 Ostfriesland. Wir wollen daher mehr Serien, Filmproduktionen und Dokumentationen
1056 aus Niedersachsen und die Filmförderung weiter verstetigen. Auch die kreative
1057 Computerspieleentwicklung mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen verdient
1058 mehr Aufmerksamkeit der Landesregierung und sollte durch einen eigenen
1059 Fördertopf und konkrete Ansprechpartner*innen gestärkt werden.

1060 **Frauen in der Wirtschaft fördern**

1061 In den letzten Jahren sind immer mehr Frauen erwerbstätig. Das ist nicht nur für
1062 die Unternehmen und die Fachkräftegewinnung von Vorteil, sondern auch für die
1063 Frauen selbst – so können sie selbstbestimmt leben und eine Absicherung für das
1064 Alter aufbauen. Dabei sorgen wir aber dafür, dass Frauenerwerbstätigkeit in
1065 Zukunft weniger zur Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen wird, sondern Haus-
1066 und Sorgearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird (vgl.
1067 Gleichstellung und Feminismus). Unter anderem mit weiteren Koordinierungsstellen
1068 Frau und Beruf unterstützt das Land Frauen, die in das Berufsleben (zurück)
1069 wollen. Frauen sind aber auch in der privaten Wirtschaft insbesondere in
1070 Leitungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Für uns GRÜNE ist das nicht
1071 nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern zugleich eine zentrale
1072 Herausforderung für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Frauen und
1073 Männer müssen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst
1074 gleichberechtigt teilhaben können. Auf dieser Basis soll ihnen gleichzeitig die
1075 Teilhabe am Familienleben, der Hausarbeit und Freizeit ermöglicht werden. Die
1076 Aufsichts- und Verwaltungsräte, die das Land bei seinen Beteiligungen besetzen
1077 darf, planen wir paritätisch zu besetzen. Bei Unternehmen mit Landesbeteiligung
1078 werden wir unseren Einfluss dafür einsetzen, um diese Parität zu erreichen.
1079 Außerdem sind Migrantinnen und Frauen mit Behinderung oft in zweifacher Hinsicht
1080 benachteiligt, wenn es darum geht, eine qualifikationsgerechte und angemessen
1081 bezahlte Beschäftigung zu finden. Daher wollen wir ihre Integration in den
1082 Arbeitsmarkt fördern. Wir unterstützen Unternehmen, öffentliche Verwaltung und
1083 Verbände dabei, sich dieser Zielgruppe stärker zu öffnen, denn davon profitieren
1084 wir als gesamte Gesellschaft.

1085 **Die Chancen der niedersächsischen Häfen nutzen**

1086 Mit dem 2012 in Betrieb genommenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven verfügt
1087 Niedersachsen über den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig
1088 selbst von den größten Containerschiffen angelaufen werden kann. Weitere
1089 Flussvertiefungen sind damit überflüssig. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen,
1090 dass die Hafenkonzurrenz der norddeutschen Bundesländer, die sowohl Umwelt als
1091 auch Steuerzahler*innen unnötig belastet, endlich zugunsten eines norddeutschen
1092 Hafenkonzepts beendet wird. Wir entwickeln den Standort Wilhelmshaven zu einer
1093 Drehscheibe für erneuerbare Energien in Deutschland und Westeuropa. Wir werden
1094 uns ebenfalls dafür einsetzen, Elektrolyse-Anlagen zur Erzeugung von grünem
1095 Wasserstoff am Standort Wilhelmshaven zu realisieren und diesen über das bereits
1096 vorhandene Leitungsnetz zu den Verbrauchsschwerpunkten zu transportieren. Am
1097 Standort Cuxhaven werden wir gezielt die Chancen des weiteren Ausbaus der
1098 Offshore-Windkraft nutzen. Nachdem die Pläne zur Errichtung eines Offshore-
1099 Basishafens in Bremerhaven gescheitert sind, kommt Cuxhaven für die
1100 Wiederbelebung des Ausbaus der Offshore-Windenergie eine große Bedeutung zu.
1101 Diese Chance für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Hafenstandortes
1102 Cuxhaven wollen wir nutzen.

1103 Damit der Hafenstandort Wilhelmshaven seine Funktion erfüllen kann, muss die
1104 Bahnanbindung weiter verbessert werden. Neben den niedersächsischen Seehäfen
1105 verfügen auch unsere Binnenhäfen über erhebliche Potenziale zur Verlagerung des
1106 Güterverkehrs auf die umwelt- und klimafreundlichen Verkehrsträger Schiff und
1107 Schiene. Diese Potenziale wollen wir durch den gezielten Ausbau unserer
1108 Binnenhäfen zu trimodalen Logistik-Hubs nutzen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

1109 **Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit Sozialwirtschaft stärken**

1110 Mit einer älter werdenden Gesellschaft sind positive Aspekte wie eine stetig
1111 steigende Lebenserwartung verbunden, aber auch zahlreiche Herausforderungen im
1112 Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Dies gilt in besonderem Maße
1113 auch für die Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen. Die industrielle
1114 Gesundheitswirtschaft und der Life-Science-Bereich sind schon heute ein
1115 wichtiger Jobmotor in Niedersachsen. Für die Entwicklung neuer Verfahren und
1116 innovativer Produkte im Bereich der Gesundheitstechnik setzen wir auf eine
1117 verbesserte Zusammenarbeit der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen und
1118 Hochschulen sowie eine Stärkung des Transfers (vgl. Wissenschaft macht Zukunft).

1119 **Wirtschaftsfaktor Daseinsvorsorge – für starke kommunale Unternehmen**

1120 Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ein
1121 Fundament des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Mit rund 275.000 Beschäftigten
1122 werden jährlich knapp 120 Milliarden Euro erwirtschaftet und 12 Milliarden Euro
1123 investiert. Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, auch für die Daseinsvorsorge sind
1124 kommunale Unternehmen wichtig: für sauberes Trinkwasser, moderne und effektive
1125 Bildungsangebote, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie für den
1126 Ausbau digitaler Angebote. Hinzu kommen Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und
1127 Energieversorgung. Wir GRÜNEN wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge
1128 in kommunaler Hand sind und bleiben. Dazu gehören auch kommunale Krankenhäuser.
1129 Diese Aufgabenfelder nicht dem kurzfristigen Gewinnstreben zu unterwerfen und
1130 sie demokratisch zu kontrollieren, ist ein hohes Gut und wichtig für die
1131 Qualität der Leistung.

1132 Deshalb erweitern wir die Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich im
1133 Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Entwicklung zu
1134 betätigen. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die beispielsweise ihre
1135 Stromversorgung mit kommunalen Versorgungsbetrieben gewährleisten oder ihre
1136 Krankenhäuser rekommunalisieren wollen. Zudem unterstützen wir die kommunalen
1137 Wasserversorger in ihrem Bemühen, die Bürger*innen mit qualitativ hochwertigem
1138 Trinkwasser kostengünstig zu versorgen. Deshalb werden wir einen Vorrang der
1139 öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen im Wassergesetz verankern.
1140 Angesichts der Klimakrise wird es zudem erforderlich sein, dass regionale
1141 Wasserversorger neue Trinkwassergewinnungsgebiete erschließen und die Entnahmen
1142 aus den bestehenden Gewinnungsgebieten anpassen. Wir GRÜNEN werden sie dabei
1143 unterstützen und die Genehmigungsverfahren für derartige Vorhaben beschleunigen.

1144 **Raus aus der Wegwerfgesellschaft – Kreislaufwirtschaft stärken**

1145 Wir wollen Masse durch Qualität und Reparaturfähigkeit ersetzen und Ressourcen
1146 schonen. Während auf der einen Seite immer weiter Abfall produziert wird, werden
1147 auf der anderen Seite viele Stoffe immer knapper. Wir GRÜNEN wollen raus aus der
1148 Wegwerfgesellschaft – für das Klima, die Umwelt und unsere Lebensqualität. Mit
1149 einer starken Kreislaufwirtschaft, in der wir ressourcensparend mit unseren
1150 Rohstoffen umgehen und jeder Stoff wiederverwertet wird, verringern wir zudem
1151 die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Wo der Import kurz- und mittelfristig
1152 nicht zu vermeiden ist, setzen wir uns unter anderem für zertifizierte
1153 Lieferketten und damit für ökologische, soziale und Menschenrechtsstandards ein.

1154 Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass in Privathaushalten sogar noch mehr
1155 Abfälle anfallen als zuvor. Wir stoppen diese Ressourcenverschwendung und
1156 streben als Ziel Zero Waste an. Dazu unterstützen wir Zero-Waste-Projekte, die
1157 Umsetzung von Konzepten für plastikfreie Kommunen, Mehrwegkonzepte für den
1158 Liefer- und Versandhandel und prüfen die Umsetzung eines niedersachsenweiten To-

1159 Go-Mehrwegsystems für die Außer-Haus-Verpflegung. Wir setzen uns auf Bundes- und
1160 EU-Ebene dafür ein, dass Produkte so hergestellt werden, dass sie lange nutzbar,
1161 reparierbar und einfach recycelbar sind sowie dass unnötige Verpackungen der
1162 Vergangenheit angehören. Dazu begrüßen wir auch die Ankündigung der neuen
1163 Bundesregierung, höhere Recycling-Quoten, einheitliche Standards für recyceltes
1164 Plastik und verbindliche Anteile von Rezyklaten in Verpackungen festzuschreiben.
1165 Außerdem unterstützen wir die Gründung von Repair-Werkstätten und -Cafés, damit
1166 Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu
1167 helfen. Das fördert auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft.

1168 **Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe stärken**

1169 Durch den Ausbau der Kreislaufwirtschaft stärken wir nachhaltige
1170 Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen in den Regionen. Dies kann den von
1171 Strukturwandel und von Abwanderung bedrängten ländlichen Räumen zu Gute kommen,
1172 das Abwandern von Gewinnen verhindern und mehr Unabhängigkeit und Stabilität
1173 gegenüber globalen Entwicklungen und Krisen schaffen. Gute Beispiele gibt es
1174 bereits viele: Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen oder
1175 Gemeinschaftsläden, in denen Landwirt*innen vor Ort ihre Produkte verkaufen.
1176 Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken den Mittelstand und sind gleichzeitig
1177 auch ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit. Wir GRÜNEN fördern die
1178 regionale Wertschöpfung durch Modellprojekte, die regionale Kreisläufe
1179 etablieren oder stärken. So können wir die regionale Identifikation sowie
1180 Arbeitsplätze erhalten und sie in überregionalen Strukturen und Netzwerken
1181 absichern.

1182 **Wirtschaftlichen Erfolg umfassend bilanzieren**

1183 Die klassischen volkswirtschaftlichen Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt
1184 bzw. dessen Wachstum sind zumindest allein nicht in der Lage, die ökonomische
1185 Situation unseres Landes umfassend abzubilden. Es müssen weitere Kenngrößen wie
1186 der Ressourcenverbrauch, die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit unseres
1187 Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft
1188 hinzukommen. Hier liefert die Gemeinwohlökonomie einen Bilanzierungsansatz, der
1189 abbildet, inwieweit Unternehmen dem Gemeinwohl dienen. Wir bringen das Modell
1190 der Gemeinwohlbilanzierung voran, indem wir für Unternehmen, an denen das Land
1191 beteiligt ist, eine Gemeinwohlbilanzierung anregen. Darüber hinaus wollen wir
1192 private Unternehmen jeder Größe finanziell dabei unterstützen, ihre
1193 Gemeinwohlorientierung zu bilanzieren.

1194 **5. Gute Arbeit in Niedersachsen**

1195 Wir GRÜNEN stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein
1196 selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Die
1197 klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft muss auch eine soziale sein. Wir
1198 begnügen uns nicht damit, finanzielle oder soziale Notsituationen abzufedern,
1199 sondern haben das Ziel, diese zu beenden. Die Grundpfeiler GRÜNER Arbeitsmarkt-
1200 und Sozialpolitik sind gute Arbeit, Absicherung und Beratung bei
1201 Arbeitslosigkeit, Teilhabe für alle und eine starke Daseinsvorsorge.

1202 **Gute Arbeit im Wandel absichern**

1203 Gute Arbeit ist von höchster Bedeutung, um Menschen vor Armut zu schützen und
1204 ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern. Der Wohlstand in unserem
1205 Land wird erst durch viele arbeitende Menschen erwirtschaftet. Wir GRÜNEN

1206 wollen, dass alle arbeitenden Menschen einen gerechten Anteil an der
1207 Wertschöpfung erhalten.

1208 Der ökologisch-soziale Umbau, also die Abkehr von fossiler Energie, eine
1209 umfassende Verkehrs- und Agrarwende sowie die Stärkung der öffentlichen
1210 Daseinsvorsorge schaffen neue Arbeitsplätze, führen in einigen Branchen aber
1211 auch zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für diesen Wandel brauchen wir eine
1212 strukturierte Folgenabschätzung und ein kontinuierliches Monitoring, aus dem
1213 regelmäßig Maßnahmenvorschläge zur verbesserten Sozialverträglichkeit des
1214 Transformationsprozesses abgeleitet werden. Wir GRÜNEN stehen dafür, dass gute
1215 Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Tarifbindung und Mitbestimmung in allen
1216 niedersächsischen Unternehmen selbstverständlich sind. Für betriebliche
1217 Innovations- und Transferprozesse schaffen wir Beratungsmöglichkeiten, die die
1218 Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen nachhaltig unterstützen. Wir
1219 wirken darauf hin, dass in Betrieben Transformationsausschüsse eingerichtet und
1220 tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation geschlossen
1221 werden.

1222 **Landesweite Weiterbildungsstrategie umsetzen**

1223 Lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifizierung bilden die Basis für ein
1224 erfülltes und wertschätzendes Berufsleben der Beschäftigten, stärken die
1225 Innovationskraft der Wirtschaft und ermöglichen Resilienz in Zeiten des
1226 Strukturwandels. Gerade in Transformationsprozessen ändern sich
1227 Qualifikationsanforderungen im Laufe des Berufslebens immer schneller – der
1228 Bedarf an Weiterbildungsangeboten steigt. Bisher bieten jedoch nur knapp die
1229 Hälfte der Betriebe überhaupt Weiterbildungsmöglichkeiten an und erreichen damit
1230 nur rund 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wir GRÜNEN
1231 wollen, dass alle Beschäftigten ihr Wissen und ihre Kompetenzen regelmäßig
1232 erweitern können und von der Digitalisierung profitieren. Wer sich neben der
1233 Arbeit und der Familie weiterbildet, braucht dafür nicht nur Geld, sondern auch
1234 Zeit. Wir streben daher ein Weiterbildungsgesetz an, mit dem der Anspruch von
1235 Beschäftigten auf Freistellung von der Arbeitsleistung für die individuelle
1236 berufliche Weiterbildung mit einem Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz garantiert
1237 wird. Wir werden insbesondere die Beratung geringqualifizierter Beschäftigter
1238 sowie kleiner und mittelständischer Betriebe ausbauen (vgl. Gute Ausbildung,
1239 Erwachsenenbildung stärken).

1240 **Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen!**

1241 Mehr als 200.000 Menschen in Niedersachsen sind arbeitslos. Zudem wurden immer
1242 mehr Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Arbeitslosigkeit
1243 führt bei den Betroffenen zu leeren Geldbeuteln, sozialem Ausschluss und
1244 Perspektivlosigkeit – was wiederum gesellschaftlichen Zusammenhalt und
1245 Demokratie gefährdet. Von einer Realisierung des Menschenrechts auf Arbeit sind
1246 wir meilenweit entfernt. Gleichzeitig fehlt es in vielen gesellschaftlich
1247 relevanten Bereichen an Personal; insbesondere die ökologisch-soziale
1248 Transformation wird aber nur funktionieren, wenn wir alle vorhandenen
1249 gesellschaftlichen Ressourcen einbeziehen. Es wird Zeit für eine aktivere
1250 Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen. Durch ein Recht auf Weiterbildung und den
1251 Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit fairen Bedingungen gehen wir
1252 GRÜNEN Arbeitslosigkeit gezielt an.

1253 Mit einem Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir darüber
1254 hinaus Langzeitarbeitslose auf ihrem Weg in die Beschäftigung begleiten. Wir

1255 unterstützen gemeinnützige Träger und Kommunen dabei, Langzeitarbeitslose
1256 einzustellen, indem wir die laut Teilhabechancengesetz vorgesehenen Eigenanteile
1257 der Lohnkosten für sie übernehmen. Es gibt einen dringenden Bedarf an besseren
1258 Beratungsleistungen für arbeitslose Menschen unabhängig vom Jobcenter. Die
1259 vorhandenen Initiativen sind chronisch unterfinanziert – und vielerorts gibt es
1260 überhaupt keine Angebote. Das wollen wir ändern und die Finanzierung der
1261 unabhängigen Sozialberatung in den Arbeitslosenzentren vor Ort absichern.

1262 **Armut spürbar reduzieren**

1263 Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für
1264 eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der
1265 Bund zuständig. Aber gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden,
1266 zivilgesellschaftlichen Initiativen und den Kommunen wollen wir gute Arbeit
1267 stärken und Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung und
1268 sorgen für mehr Tarifbindung. Wir drängen den Niedriglohnsektor zurück,
1269 unterstützen Arbeitslose auf ihrem Weg in die Arbeitswelt und qualifizieren die
1270 Fachkräfte von morgen. Wir schaffen Perspektiven für Jugendliche, ermöglichen
1271 den kostenlosen Zugang zu Mieter*innen-, Schuldner*innen- und
1272 Verbraucher*inneninsolvenzberatung und vereinfachen Teilhabe für Menschen mit
1273 wenig Geld. Unser Ziel ist, Ungleichheiten abzubauen, die soziale, kulturelle
1274 und politische Teilhabe und ein Leben ohne Existenzängste zu ermöglichen. Wir
1275 orientieren uns dabei an Reformszenarien wie dem Grundeinkommen als Perspektive
1276 und unterstützen wissenschaftlich begleitete Feldforschung zur Wirksamkeit und
1277 Finanzierbarkeit, Dazu kann die Evaluation eines niedersächsischen
1278 Modellprojekts beitragen.

1279 **Den Niedriglohnsektor austrocknen – Tarifbindung stärken**

1280 Rund 20 Prozent der Deutschen arbeiten im Niedriglohnsektor – zu einem Lohn, der
1281 ihnen weder ein Leben in Würde noch eine ausreichende Absicherung für das Alter
1282 ermöglicht. Deswegen ist ein wichtiger Schritt, dass die neue Bundesregierung
1283 den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Die Zahl der tarifgebundenen
1284 Beschäftigungsverhältnisse hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Dabei
1285 sind Tarifverträge der Schlüssel zu fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen: Wer in
1286 Niedersachsen nach Tarif bezahlt wird, hat jedes Jahr fast 4.000 Euro mehr im
1287 Portemonnaie als nicht tarifgebundene Beschäftigte. Zusätzlich vermindern
1288 Tariffucht und Lohndumping die öffentlichen Einnahmen: Sie führen zu jährlichen
1289 Mindereinnahmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bei den
1290 Sozialversicherungsbeiträgen und 3 Milliarden Euro bei der Einkommensteuer.
1291 Allein für die niedersächsischen Kommunen bedeutet das 443 Millionen Euro an
1292 Steuermindereinnahmen. Wir GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, für eine
1293 Ausweitung der Tarifbindung in Niedersachsen sorgen und uns dafür einsetzen,
1294 dass das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gesetzlich
1295 gestärkt wird.

1296 **Einen inklusiven Arbeitsmarkt gestalten**

1297 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir
1298 streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit
1299 und ohne
1300 Behinderung gemeinsam arbeiten. Wir begrüßen, dass auch die Ampelkoalition im
1301 Bund daran arbeiten will, die Segregation auf dem Arbeitsmarkt zu verringern und
1302 hierfür ein großes Bündel an Maßnahmen plant. Aber auch das Land Niedersachsen
1303 kann einen Beitrag leisten. Die Landesbehörden müssen als Vorbild vorangehen und

1304 deutlich mehr schwer-behinderte Menschen beschäftigen. Zudem machen wir GRÜNEN
1305 die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum
1306 notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig wollen
1307 wir die Hürden für Unternehmen senken, die Menschen mit Behinderung einstellen.
1308 Die Rahmenbedingungen für Inklusionsbetriebe, also Betriebe des allgemeinen
1309 Arbeitsmarktes, die zwischen 30 – 50 Prozent Menschen mit Behinderungen
1310 beschäftigen, werden wir verbessern. Wir stärken Beratung und Förderung von
1311 Menschen mit Behinderung beim Berufseinstieg und treiben dazu auch die
1312 Evaluierung der Bedarfsermittlung der einzelnen Trägerorganisationen voran. Wir
1313 GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das System der Werkstätten deutlich
1314 durchlässiger wird. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Zwänge dazu führen,
1315 dass die Werkstätten vor allem von den Mitarbeiter*innen abhängig sind, die die
1316 besten Chancen auf einen Arbeitsplatz im allgemeinen Arbeitsmarkt hätten. Aber
1317 auch für diejenigen, die den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt nicht gehen,
1318 ermöglichen wir gute Arbeitsbedingungen zu fairen Löhnen. Die Arbeit von
1319 Werkstatträtern unterstützen wir.

1320 **Tariftreue und Vergabe**

1321 Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge sowie Umwelt-
1322 und Sozialstandards gelten. Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen
1323 dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Deshalb werden wir bei
1324 öffentlicher Beschaffung, Vergabe und Wirtschaftsförderung Tariftreue und die
1325 Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich
1326 festschreiben und kontrollieren. Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir
1327 durch einen Public-Governance-Kodex Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit
1328 guter Unternehmensführung verbinden (vgl. Niedersachsen – ein Staat, der
1329 funktioniert).

1330 **Standards besser kontrollieren**

1331 Wir werden die gesetzlichen Vorgaben und Standards für gute Arbeit durchsetzen.
1332 Dafür müssen sie auch ausreichend kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden.
1333 Das ist in Niedersachsen bisher leider die Ausnahme: Die Besichtigungsquote
1334 aller Betriebe lag 2020 lediglich bei 0,6 Prozent. Grund dafür ist die schlechte
1335 Personalausstattung, mit der das Land deutlich hinter den Forderungen der
1336 internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurückbleibt. Dass es erst die Corona-
1337 Pandemie brauchte, um Aufmerksamkeit auf die vielfach menschenunwürdigen
1338 Arbeits- und Lebensbedingungen beispielsweise in der niedersächsischen
1339 Fleischindustrie zu lenken, unterstreicht, wie wichtig regelmäßige Kontrollen
1340 sind. Die bedeutsame Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in der
1341 Fleisch- und zunehmend auch der Logistikbranche werden wir weiter fördern. Wir
1342 versetzen die Gewerbeaufsichtsämter mit einer klaren Aufgabenregelung und mehr
1343 Personal in die Lage, Kontrollen vor Ort in ausreichender Zahl durchzuführen.
1344 Unser Ziel für einen effektiven Schutz der Arbeitnehmer*innen ist eine
1345 Kontrollmindestquote von 5 Prozent bis 2026, wie es die Regelungen der EU
1346 vorschreiben. Wir sorgen dafür, dass innerhalb von zehn Jahren jeder Betrieb in
1347 Niedersachsen mindestens einmal geprüft wird.

1348 **Auf Mitbestimmung setzen**

1349 Die Mitbestimmung ist als gelebte Demokratie im Betrieb ein absolutes
1350 Erfolgsmodell. So hat sich gezeigt: In mitbestimmten Betrieben sind die
1351 Arbeitsbedingungen besser und die Betriebe produktiver. Trotzdem werden immer
1352 wieder Mitbestimmungsakteur*innen von Arbeitgeber*innen unter Druck gesetzt – zu

1353 viele Betriebe in Niedersachsen haben gar keinen Betriebsrat. BÜNDNIS 90/DIE
1354 GRÜNEN werden Gewerkschaften und Betriebsräten endlich die nötige Rückendeckung
1355 geben. Daher begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung die Behinderung der
1356 demokratischen Mitbestimmung künftig als Officialdelikt einordnen will. Durch
1357 Kompetenzaufbau bei Polizei und Rechtsbehörden sorgen wir dafür, dass Delikte
1358 dieser Art zügig und kompetent verfolgt werden.

1359 **Schuldner- und Insolvenzberatung stärken**

1360 Niedrige Löhne, eine Grundsicherung unter dem Existenzminimum sowie unplanbare
1361 und einschneidende Änderungen der Lebensumstände können zu privater
1362 Überschuldung führen: Die laufenden Einkünfte können die Zahlungsverpflichtungen
1363 dann nicht mehr decken. Viele Menschen brauchen in dieser Situation
1364 Unterstützung. Wir wollen deshalb für ein Recht auf kostenlose Schuldnerberatung
1365 sorgen – mit offenem Zugang für alle Ratsuchenden. Die Arbeit der zahlreichen
1366 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Niedersachsen wollen wir auf eine
1367 stabile Finanzierungsbasis stellen.

1368 **6. Für eine andere Agrarpolitik**

1369 Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt.
1370 Die Land- und Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige
1371 Niedersachsens. Landwirtschaft prägt unser Landschaftsbild, den Zustand unseres
1372 Wassers, unserer Böden und unseres Klimas sowie die wirtschaftliche und soziale
1373 Struktur unserer ländlichen Räume. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte mit
1374 ihrer starken Weltmarktorientierung hat die Landwirtschaftsbetriebe in die
1375 fatalen Spirale des Wachstums oder Weichens gezwungen. Ihre Zahl hat sich seither
1376 auf etwa 1/5 verringert und viele aktive Bäuer*innen können trotz harter Arbeit
1377 an sieben Tagen in der Woche nur schwer ein angemessenes Einkommen erzielen.
1378 Unsere hochspezialisierten Landwirtschaftsbetriebe sind den ständigen Krisen
1379 noch nicht einmal kostendeckender Getreide-, Milch- oder Schweinepreise des
1380 Weltmarktes ausgeliefert. Auch die Umwelt leidet unter der intensiven
1381 landwirtschaftlichen Produktion: Unser Grundwasser ist in großen Teilen des
1382 Landes zu stark mit Nitrat und Pestiziden belastet, die einst abwechslungsreiche
1383 Kulturlandschaft ist zur Agrarsteppe degradiert, in der selbst robuste Tier- und
1384 Pflanzenarten immer weniger Lebensraum finden.

1385 Wir GRÜNEN stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltig und
1386 tiergerecht arbeitet. Für gute Lebensmittel von artenreichen Feldern, Wiesen und
1387 Weiden und von gesunden Tieren. Hergestellt von Bäuer*innen, die damit ein gutes
1388 Einkommen erzielen. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und
1389 gesunde Lebensmittel kaufen. Die Zahl der Betriebe, die sich umorientiert haben
1390 hin zu diversifizierten Betriebsstrukturen, bleibt gering. Es fehlen vielerorts
1391 wertschöpfende lokale und regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen.
1392 Aber immer mehr Landwirt*innen sind entschlossen, diesen Weg zu gehen. Wir geben
1393 ihnen Rückenwind und bringen gemeinsam die Agrar- und Tierhaltungswende voran.

1394 **Ernährungssicherheit in Zeiten der Krise**

1395 Landwirtschaft hat zuallererst die Aufgabe, ausreichend Lebensmittel in guter
1396 Qualität zu produzieren. Durch Russlands brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine
1397 wird eine Verknappung vor allem des weltweit verfügbaren Getreides erwartet. Im
1398 Lichte der aktuellen Krisen wird deutlich, wie wichtig Ernährungssouveränität
1399 und -sicherheit sind, regional, europäisch und weltweit. Bei uns in
1400 Niedersachsen, in Deutschland und der EU ist die Ernährungsversorgung durch

1401 einen hohen Selbstversorgungsgrad und hohe Kaufkraft grundsätzlich gesichert,
1402 auch wenn Engpässe bei einzelnen Produkten auch bei uns auftreten können.
1403 Weltweit aber stehen Millionen Menschen in ärmeren Staaten vor einer humanitären
1404 Katastrophe. Darauf müssen wir jetzt in kürzester Frist mit ernsthaften
1405 Strategien statt mit Scheindebatten wie das Aussetzen der Flächenstilllegung in
1406 der EU reagieren, das keinen effektiven Einfluss auf die Sicherung der
1407 Welternährung hat. Dabei ist es zwingend, die aktuellen Krisen gemeinsam zu
1408 betrachten und nicht gegeneinander auszuspielen. Angesichts der Klimakrise und
1409 des Artensterbens ist es das falsche Signal, die ökologische Wende der
1410 Landwirtschaft auszusetzen. Wir treiben gemeinsam mit dem grün geführten
1411 Bundeslandwirtschaftsministerium die Ökologisierung der heimischen
1412 Landwirtschaft und die Umsetzung des Green Deals konsequent voran und machen
1413 unsere heimische Landwirtschaft krisenfest. Wichtigste Ziele dabei sind, die
1414 landwirtschaftlichen Rohstoffe z.B. durch die Reduzierung von
1415 Lebensmittelverschwendung effizient zu nutzen, Flächenkonkurrenzen z.B. durch
1416 die Kombination von Landnutzung und Energieerzeugung durch Agri-PV-Anlagen
1417 aufzulösen, Importabhängigkeiten z.B. durch Stärkung des Anbaus von heimischen
1418 Futtermitteln zu reduzieren und regionale Kreisläufe und Ernährungssysteme zu
1419 stärken.

1420 Zur Sicherung weltweiter Ernährungssouveränität setzen wir uns dafür ein, die
1421 regionalen Agrarmärkte in allen Weltregionen kurz- und langfristig zu stärken.
1422 Dazu gehören auf internationaler und europäischer Ebene Maßnahmen wie die
1423 Freigabe von Saatgut als Gemeingut und die Verschärfung der EU-
1424 Finanzmarktrichtlinie zur Eindämmung von Nahrungsmittelspekulation. Wichtiges
1425 Instrument zur Stärkung lokaler Agrarmärkte ist aber auch die Reduzierung
1426 unseres Fleischexports, der beispielsweise bei Geflügel nach Afrika in den
1427 letzten 10 Jahren um 3.000 Prozent gestiegen ist. Die heimischen Kleinbauern
1428 können damit nicht konkurrieren und so vernichtet unsere Massentierhaltung
1429 lokale bäuerliche Existenzen dort und schwächt die Ernährungssouveränität. Ein
1430 Großteil der landwirtschaftlichen Erträge insbesondere in Lateinamerika oder
1431 Südostasien gehen nicht auf die dortigen Teller, sondern werden bei uns in
1432 Deutschland und Niedersachsen verfüttert oder verheizt. Global gehen allein neun
1433 Prozent der Erntemenge aus der Pflanzenproduktion in Bioethanol und fünf Prozent
1434 in Biodiesel. Hier müssen wir gegensteuern. Deshalb fordern wir kurzfristig, die
1435 Beimischungspflicht von Biotreibstoffen in Benzin und Diesel EU-weit aufzugeben.

1436 **Anbau heimischer Futtermittel stärken und neue Märkte erschließen**

1437 Auf Dauer können wir es uns nicht erlauben, knapp 60 Prozent unserer Feldfrüchte
1438 in der klimaschädlichen intensiven Tierhaltung zu verwenden. Der Angriffskrieg
1439 Russlands gegen die Ukraine zeigt überdeutlich die hohe Abhängigkeit unserer
1440 niedersächsischen Tierhaltung von Futtermittelexporten und die stetig
1441 zunehmenden Konkurrenzen zwischen Trog und Teller. Weltweit und auch bei uns in
1442 Deutschland wird die Mehrheit der Getreideernte nicht gegessen, sondern
1443 verfüttert. Wir müssen unseren hohen Fleischkonsum in den Industrieländern auf
1444 den Prüfstand stellen, die Reduzierung der Tierhaltung voranbringen und die
1445 regionalen Kreisläufe stärken, damit in anderen Teilen der Welt wieder mehr
1446 Lebensmittel für die lokale Bevölkerung und weniger Futtermittel für Tiere bei
1447 uns angebaut werden. Mit den Futtermitteln importieren wir zudem Nährstoffe, die
1448 in unseren Ställen als Gülle anfallen und zu einem hohen Nitratgehalt in unserem
1449 Grundwasser führen. Wir GRÜNEN wollen den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen
1450 als Futtermitteln verstärkt fördern. Ferner wollen wir die Forschung der

1451 Ernährungswirtschaft im Wachstumsmarkt pflanzlicher Proteine unterstützen.
1452 Während wir bei Fleisch einen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100%
1453 haben, liegen wir bei Obst und Gemüse deutlich darunter. Hier bestehen große
1454 Potentiale, durch passgenaue Förderangebote stärken wir die pflanzliche
1455 Erzeugung und den Obst- und Gemüseanbau. Dabei nehmen wir auch neue Ansätze wie
1456 Solidarische Landwirtschaft in den Blick, dies dient auch unserer
1457 Ernährungssouveränität.

1458 **Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft**

1459 Wir Grünen gehen die multiplen Krisen gemeinsam an, ambitionierter Klima- und
1460 Biodiversitätsschutz in unserer heimischen Landwirtschaft stärkt auch immer
1461 unsere langfristige Ernährungssicherheit. Unsere Landwirtschaft ist nämlich
1462 zugleich Leidtragende wie Mitverursacherin der Klimakrise: CO₂-Freisetzungen aus
1463 Mooren, bei hoher Stickstoffdüngung und durch die Tierhaltung machen in
1464 Niedersachsen einen hohen Anteil am menschengemachten Ausstoß von Treibhausgasen
1465 aus. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft bereits jetzt massiv von den
1466 Auswirkungen der Klimakrise betroffen: Dürren und Hitzeperioden, jahreszeitliche
1467 Verschiebung der Niederschläge, Starkregenereignisse, aber auch die
1468 klimabedingte Ausbreitung von Pflanzenschädlingen wirken sich auf die Erträge
1469 aus. Dem Boden kommt sowohl beim Klimaschutz als auch bei der
1470 Klimafolgenanpassung eine entscheidende Rolle zu. Der Aufbau von Humus bindet
1471 Kohlenstoff im Boden und schafft gleichzeitig eine höhere Speicherkapazität für
1472 Feuchtigkeit. Landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen, die den Humusaufbau
1473 stärken wollen wir besonders fördern. Jahrhunderte lang wurde in Niedersachsen
1474 dem Moorland abgerungen, um es landwirtschaftlich zu nutzen mit fatalen
1475 Auswirkungen für das Klima. Landwirtschaftliche Bewirtschaftung von Moorflächen
1476 wollen wir reduzieren und neue klimaschonende Methoden wie Paludikulturen
1477 fördern, so dass die niedersächsischen Moore so viel Kohlenstoff wie möglich
1478 speichern (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz). Zudem setzen wir uns dafür ein,
1479 Dauergrünland zu erhalten und wiederherzustellen, denn Grünland bindet im
1480 Vergleich zur ackerbaulichen Nutzung deutlich mehr CO₂.

1481 Die Lachgas- und Methanemissionen der Landwirtschaft wollen wir durch eine
1482 Reduzierung der Stickstoffdüngung, durch einen Ausstieg aus der
1483 Massentierhaltung und effektivere Kontrollen der ordnungsgemäßen Düngung und
1484 eine Stärkung des Ökolandbaus deutlich senken. Ökologische Betriebe wirtschaften
1485 aufgrund geringerer Düngemenge, höherer Humusgehalte und den weitgehenden
1486 Verzicht auf den Import von Futtermitteln wie Soja deutlich klimafreundlicher
1487 als konventionelle Betriebe.

1488 Über die Vermeidung von Treibhausgasemissionen hinaus verfolgen wir das Ziel,
1489 unsere Landwirtschaft dabei zu unterstützen, sich bestmöglich an die bereits
1490 unabwendbaren Folgen des Klimawandels anzupassen. Grundsätzlich sind breiter
1491 aufgestellte Betriebe in Krisen widerstandsfähiger als spezialisierte Betriebe.
1492 Zur Klimafolgenanpassung gehört z.B. die Förderung des Anbaus trockenresistenter
1493 Kulturen sowie von Maßnahmen zum Schutz vor Wind- und Wassererosion, wie die
1494 Nutzung besonders erosionsgefährdeter Standorte als Grünland, die Anlage von
1495 Windschutzgehölzen.

1496 Das Wassermanagement in der Landwirtschaft, muss sich an die Herausforderungen
1497 des Klimawandels anpassen. Gemeinsam mit Landwirt*innen bringen wir Maßnahmen
1498 auf den Weg, die dazu beitragen, dass Wasser möglichst in der Fläche gehalten
1499 wird und ausreichend Versickerungsflächen zu Verfügung stehen. Die Nutzung von

1500 Grauwasser in der Landwirtschaft und wassersparende Beregnungstechniken werden
1501 wir stärken. (vgl. *Sauberes Wasser, saubere Luft und gesunde Böden*)

1502 **Für eine flächengebundene Tierhaltung**

1503 Wir GRÜNEN treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein – nur mit dieser
1504 kann ein bedarfsgerechter Einsatz der anfallenden Exkreme vor Ort und ohne
1505 „Gülletourismus“ über weite Strecken sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu
1506 erreichen, müssen die insbesondere im westlichen Teil Niedersachsens viel zu
1507 hohen Tierzahlen reduziert werden. Wir werden Betriebe dabei unterstützen, ihre
1508 Tierbestände zu reduzieren und ihre Ställe tiergerecht umzubauen. Wir begrüßen
1509 das Vorhaben der Ampelkoalition im Bund, Investitionsförderungen für
1510 Stallbauvorhaben stärker an der Haltung auszurichten und die Landwirtschaft
1511 dabei zu unterstützen, ihre Tierhaltung tiergerecht umzubauen.

1512 Sinkende Nachfrage, Afrikanische Schweinepest und Schlachtstau – die
1513 niedersächsische Schweinehaltung steht unter Druck. Die Verbraucher*innen und
1514 der Handel fragen neben günstiger Massenware zunehmend Produkte mit höheren
1515 Tierschutzstandards und einer möglichst regionalen Wertschöpfungskette – von der
1516 Ferkelerzeugung bis zur letzten Verarbeitungsstufe – nach. Die geplante
1517 Einführung des staatlichen Tierwohllabels auf Bundesebene, die wir GRÜNEN aus
1518 Niedersachsen unterstützen, wir dies noch mal verstärken. Wir unterstützen
1519 unsere Schweinehalter*innen durch Förderungen, diese regionalen Märkte auf allen
1520 Wertschöpfungsstufen diese regionalen Märkte zu erschließen.

1521 Der Ausbruch von Tierseuchen und die dadurch verursachten Schäden stehen im
1522 engen Zusammenhang mit der in einem Betrieb gehaltenen Zahl von Tieren und der
1523 Tierdichte in der Region. Daher planen wir, die Beiträge zur Tierseuchenkasse
1524 entsprechend der Gefährdungssituation anzupassen. Es darf nicht sein, dass
1525 bäuerliche Betriebe mit angepassten Tierbeständen mit ihren Beiträgen zur
1526 Tierseuchenkasse Seuchengefahren subventionieren, die vor allem von der
1527 Massentierhaltung ausgehen.

1528 **Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft fördern**

1529 Nicht zuletzt durch das Agieren des CDU-geführten
1530 Bundeslandwirtschaftsministeriums ist es leider auch für die neue EU-
1531 Förderperiode nicht gelungen, die Agrarförderung gezielt so auszurichten, dass
1532 Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft honoriert werden. Der größte
1533 Teil der Fördermittel wird noch immer pauschal für die Bewirtschaftung der Fläche
1534 gezahlt. Davon profitieren vor allem Großbetriebe und Flächeneigentümer*innen.
1535 Gleichwohl gibt es Verbesserungen: Aus dem Budget für die Flächenprämien werden
1536 zumindest Teile nach ökologischen Vorgaben (sogenannten Eco-Schemes) vergeben.
1537 Wir wollen die Möglichkeit nutzen, die vom Land festzusetzenden Maßnahmen zur
1538 Förderung des ländlichen Raumes und von Agrarumweltmaßnahmen gezielt für echte
1539 Umwelt- und Tierschutzprogramme einzusetzen.

1540 Auch die Anlage und der Schutz von Hecken muss noch weiter vorangetrieben
1541 werden. Denn Hecken sind nicht nur ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche
1542 Kleintiere und Vögel und tragen damit zum Erhalt der Biodiversität bei – sie
1543 haben auch wichtige Funktionen beim Boden- und Erosionsschutz und für ein
1544 günstiges Mikroklima. Auch die Herausnahme der Randstreifen öffentlicher Wege
1545 aus der landwirtschaftlichen Nutzung dient diesem Ziel. Die durch die neue
1546 Bundesregierung vereinbarte Evaluation der neuen EU-Förderung muss von
1547 Niedersachsen intensiv begleitet werden, um möglichst schnell eine wirkliche

1548 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zu erreichen. Für uns ist eine
1549 Gemeinwohlprämie, die das Erfüllen gesellschaftlicher Notwendigkeiten honoriert,
1550 der richtige Ansatz.

1551 **Den Pestizideinsatz reduzieren**

1552 Der Pestizideinsatz in der niedersächsischen Landwirtschaft ist deutlich zu
1553 hoch. Wir GRÜNEN wollen den Pflanzenschutzmitteleinsatz massiv reduzieren. Durch
1554 das von uns GRÜNEN gemeinsam mit den Umweltverbänden vorangetriebenen
1555 Volksbegehren Artenvielfalt gelang es, im Niedersächsischen Weg die Erarbeitung
1556 einer Pestizidreduktionsstrategie zu vereinbaren. Das CDU-geführte
1557 Landwirtschaftsministerium verschleppt diese jedoch seither. Wir GRÜNEN werden
1558 diese Strategie erarbeiten und eine deutliche Reduktion von Pestiziden in der
1559 Landwirtschaft, im Gartenbau und auf nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch
1560 genutzten Flächen umsetzen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung,
1561 den Glyphosateinsatz bis spätestens Ende 2023 zu verbieten und die
1562 Beschränkungen zum Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten auch auf
1563 Wasserschutzgebiete auszuweiten. Wir setzen uns im Bund weiterhin für die
1564 Einführung einer Pestizidabgabe ein.

1565 **Wirksame Kontrollen sicherstellen**

1566 Die besten Gesetze und Verordnungen nutzen in der Regel wenig, wenn sie nicht
1567 ausreichend kontrolliert werden. Wir GRÜNEN werden die Kontrollen neu ordnen.
1568 Die Zuständigkeit für die Umsetzung von Umweltauflagen wie beispielsweise Dünge-
1569 und Pflanzenschutzrecht planen wir von der Landwirtschaftskammer, die als
1570 Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft gleichzeitig hoheitliche
1571 Kontrollaufgaben wahrnimmt, auf eine andere Landesbehörde zu übertragen. Damit
1572 stärken wir die Trennung von berufsständischer Selbstverwaltung und hoheitlicher
1573 Aufgabenwahrnehmung.

1574 **Bienen schützen – vielfältige Agrarlandschaften fördern**

1575 Für uns GRÜNE hat der Schutz der Honigbiene, eines unserer wichtigsten
1576 Nutztiere, eine hohe Bedeutung. Bienen sind ein Indikator für den Zustand
1577 unserer Landschaft. Die Bienen finden heute in der Stadt vielfältigere Nahrung
1578 als in unseren Agrarlandschaften. Das müssen wir ändern, um den Artenschwund zu
1579 stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten. Bei der
1580 Förderung von Blühstreifen haben wir in der GRÜNEN in Regierungsverantwortung
1581 einen Extrabonus für von Imker*innen empfohlene Blühstreifen durchgesetzt. Der
1582 Einsatz von Insektiziden, vor allem der sogenannten Neonikotinoide, gefährdet
1583 Bienen, Hummeln und andere Insekten. Wir wollen die Imkerei in Niedersachsen
1584 durch eine Bestäubungsprämie fördern und die Imkervereine bei ihren
1585 erfolgreichen Schulungsangeboten unterstützen.

1586 **GRÜNE wollen Grünland erhalten**

1587 Niedersachsen verfügt über weitumfassende Grünlandregionen, die es nach
1588 jahrelangem Rückgang zu erhalten gilt. Grünland bindet nicht nur mehr CO₂ im
1589 Oberboden als Ackerflächen. Grünland ist auch von besonderer Bedeutung für die
1590 Artenvielfalt. Wir fordern daher eine Weideprämie. Das in der GRÜNEN
1591 Regierungszeit auf den Weg gebrachte Weidemilchprogramm, bei dem Milch von Kühen
1592 mit Weidehaltung höherpreisig vermarktet wird, bauen wir gezielt aus und weiten
1593 sie auf Milchprodukte wie Joghurt oder Käse aus. Wir setzen uns zudem für ein
1594 Konzept der flexiblen Milchmengenregulierung, wie vom Bund Deutscher
1595 Milchviehhalter gefordert, ein. Zum Schutz unserer massiv bestandsbedrohten

1596 Wiesenvögel werden wir das Wiesenvogelschutzprogramm durch eine deutlich
1597 verbesserte Honorierung wirksamer Maßnahmen zum Wiesenvogelschutz qualitativ
1598 aufwerten.

1599 **Bauernland in Bauernhand**

1600 Boden ist ein unersetzlicher und unvermehrbarer Produktionsfaktor für die
1601 Landwirtschaft. Er spielt für die wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige
1602 Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe eine zentrale Rolle. Die Konkurrenz
1603 von Finanzinvestor*innen und steigenden Pachten stellen aktive ortsansässige
1604 Landwirt*innen vor große Probleme. Außerlandwirtschaftliche
1605 Bodeneigentümer*innen sind die großen Gewinner*innen auf dem Bodenmarkt – aktive
1606 Landwirt*innen sind die Verlierer*innen. Das werden wir GRÜNEN ändern. Mit einem
1607 Grundstücksverkehrsgesetz stellen wir sicher, dass ortsansässige
1608 Landwirtschaftsbetriebe ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber
1609 außerlandwirtschaftlichen Investor*innen haben und eine wirksame Preisbremse
1610 eingeführt wird.

1611 **Ökologische Landwirtschaft stärken**

1612 Unser Ziel ist es, die gesamte niedersächsische Landwirtschaft nachhaltiger und
1613 ökologischer auszurichten. Unser Leitbild ist der ökologische Landbau, denn die
1614 ökologische Wirtschaftsweise trägt durch ihren Verzicht auf chemisch-
1615 synthetische Düngemittel und Pestizide zum Schutz des Bodens, des Grundwassers
1616 und der Arten bei. Zudem ist der Ökolandbau deutlich klimaschonender, setzt hohe
1617 Tierhaltungsstandards um und trägt durch seinen gegenüber konventionell
1618 wirtschaftenden Betrieben häufig höheren Personalbedarf zu Arbeit und
1619 Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Deshalb setzen wir den Niedersächsischen
1620 Weg konsequent um, der eine Ausweitung des Ökolandbaus auf mindestens 10 Prozent
1621 bis 2025 und mindestens 15 Prozent bis 2030 vorsieht. Da Niedersachsen im
1622 Vergleich zu anderen Bundesländern einen deutlich geringeren Ökolandbauanteil
1623 von aktuell 5,2 Prozent hat, ist das ein ambitioniertes Ziel. Neben einer
1624 Ausweitung der Förderung der Betriebe insbesondere in den ersten beiden Jahren
1625 der Umstellung, in denen die Produkte noch nicht als bio vermarktet werden
1626 können, wollen wir GRÜNEN auch die Infrastruktur für die Verarbeitung und
1627 Vermarktung der ökologischen Lebensmittel deutlich verbessern. Die Umstellung z.
1628 B. der Milchkuhhaltung auf bio ist schließlich nur dann attraktiv, wenn auch
1629 eine Bio-Molkerei in erreichbarer Nähe ist. Gleiches gilt für Schlachtstätten
1630 für tierhaltende Bio- und Direktvermarktungsbetriebe.

1631 Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit noch nicht durch die heimische
1632 Landwirtschaft gedeckt werden. Hier ist viel Potenzial. Neben dem Ausbau der
1633 Vermarktung bestehen in der Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen
1634 Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von Bioprodukten. Hier muss
1635 das Land mit gutem Beispiel vorangehen und die Gemeinschaftsverpflegung in
1636 Einrichtungen des Landes auf bio umstellen. Ein Niedersächsisches Biosiegel kann
1637 dabei hilfreich sein.

1638 Damit noch mehr Betriebe auf Ökolandbau umsteigen können, werden wir einen
1639 Aktionsplan Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden umsetzen. Wir GRÜNEN werden
1640 sicherstellen, dass die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Über
1641 eine Informationsoffensive sollen die Chancen des Ökolandbaus breiter an
1642 konventionelle Landwirt*innen vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu
1643 motivieren. Auch den Flächenzugang für Biobetriebe erleichtern wir. Pachtflächen
1644 öffentlicher Eigentümer sollen vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden. Die

1645 ökologische Ausrichtung der Ausbildung stärken wir auch in den Berufs- und
1646 Hochschulen weiter. In der agrarwissenschaftlichen Forschung und im
1647 Versuchswesen in Niedersachsen muss der Ökolandbau einen noch höheren
1648 Stellenwert haben. Mit attraktiven Weiterbildungsangeboten wie Winterakademien
1649 für den Ökolandbau verbreitern wir das Wissen über die ökologische
1650 Landwirtschaft.

1651 **Keine Gentechnik auf unseren Äckern**

1652 Niedersachsen ist durch das Engagement von uns GRÜNEN gentechnikfreie Region und
1653 wird es auch bleiben. Wir fördern die gentechnikfreie Eiweißversorgung mit einer
1654 Eiweißstrategie, die gezielt auf den Anbau heimischer eiweißreicher Futtermittel
1655 setzt, um den Import von Soja als Futtermittel zu reduzieren. Mit uns GRÜNEN
1656 bleibt Niedersachsen gentechnikfrei.

1657 **Die Blaue Landwirtschaft – Aquakulturen ökologisch und nachhaltig gestalten**

1658 Heute stammt jeder dritte Speisefisch aus Aquakulturen – und das ist gut so,
1659 denn Wildbestände sind zu einem Großteil überfischt. Bei Aquakulturen wie
1660 Karpfen- und Forellenzuchten ist Niedersachsen führend. Die Förderung der
1661 regionalen Erzeugung und Vermarktung führen wir fort. Die Fischwirtschaft aber
1662 muss noch ökologischer ausgerichtet werden: Die Schädigung wertvoller Naturräume
1663 durch belastete Abwasser, Antibiotikaeinsatz und nicht tiergemäße
1664 Haltungssysteme müssen der Vergangenheit angehören. Wir GRÜNEN wollen die
1665 europäischen Fischereifördermittel gezielt zum Ausbau ökologisch nachhaltiger
1666 und innovativer Aquakulturen nutzen. Dazu gehören geschlossene Kreislaufsysteme,
1667 in denen das Wasser aufbereitet und in die Zuchtbecken zurückgeführt wird. Eine
1668 tiergerechte Haltung über geringere Besatzdichten ist dabei für uns ebenso ein
1669 Muss wie der Verzicht auf umweltschädigende Chemikalien und Antibiotika. Die
1670 traditionelle Teichwirtschaft, die auch ökologisch hochwertige Biotop schafft,
1671 gilt es ebenso wie die wenigen Flussfischereien zu erhalten und zu fördern.

1672 **Nachhaltige Fischereipolitik**

1673 Niedersachsen richtet seine Fischerei zunehmend nachhaltig aus. So lassen sowohl
1674 die Muschel- und Krabbenfischer*innen als auch große Teile der Hochseefischerei
1675 ihre Nachhaltigkeit vom Marine Stewardship Council (MSC) überprüfen und
1676 zertifizieren, nehmen an Umweltprogrammen wie Fishing for litter teil und
1677 beteiligen sich an der Erforschung und dem Einsatz besserer Fangtechnik. Dabei
1678 werden sie durch eine Fischereiförderung, die auf hohe Umweltstandards setzt,
1679 unterstützt. Diesen Wege gehen wir konsequent weiter. Nicht zuletzt durch die
1680 bereits durch uns GRÜNE angeschobene Förderung der Erzeugergemeinschaft der
1681 Krabbenfischer konnten wieder auskömmliche Preise erzielt werden. Wir GRÜNEN
1682 fordern eine bessere Berücksichtigung von Fischereibelangen bei der Genehmigung
1683 von Verklappungsstellen für Hafenschlick, um so der Beeinträchtigung
1684 traditioneller Fanggründe vorzubeugen. Wir setzen uns zudem dafür ein, die
1685 Fangquoten stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten.

1686 **Für konsequenten Tierschutz** Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz.
1687 Ställe und Haltung müssen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden und nicht
1688 umgekehrt. Deshalb haben wir GRÜNEN gemeinsam mit dem Lebensmittelhandel dafür
1689 gesorgt, dass die jahrzehntelange Praxis des Schnabelkürzens bei Legehennen
1690 beendet wurde. Damit den Schweinen nicht der Schwanz abgeschnitten wird, haben
1691 wir eine Ringelschwanzprämie eingeführt, die viele Nachahmer*innen fand und auch
1692 von der CDU-Landwirtschaftsministerin fortgeführt wurde. Unkupierte Schnäbel und

1693 Ringelschwänze sind schließlich die besten Indikatoren für das Tierwohl, denn
1694 nur wenn Tiere auf engstem Raum gehalten werden und Stress ausgesetzt sind,
1695 kommt es zu Schwanzbeißen und Federpicken. Es gibt zahlreiche
1696 tierschutzpolitische Herausforderungen, die wir angehen werden, um an
1697 erfolgreiche GRÜNE Politik zum Wohle der Tiere in Niedersachsen anzuknüpfen.

1698 **Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung**

1699 Nach langwierigen und zähen Verhandlungen ist es den GRÜNEN
1700 Landwirtschaftsminister*innen 2021 endlich gelungen, beim Bund ein Auslaufen der
1701 Fixierung von Sauen in Gittern (Kastenständen) zumindest perspektivisch zu
1702 erreichen. Die bereitstehenden Fördermittel für den Umbau reichen aber bei
1703 weitem nicht aus. Wir werden uns gegenüber dem Bund für wirksame
1704 Finanzierungsinstrumente zum Umbau der Tierhaltung einsetzen, Mittel für
1705 niedersächsische Betriebe stärker verfügbar machen und um zielgerichtete
1706 Landesförderinstrumente ergänzen.

1707 Wir GRÜNEN fordern artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese muss
1708 nach den neuesten Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart
1709 ausgerichtet werden. Wir begrüßen, dass die Ampelkoalition im Bund endlich
1710 obligatorische Prüf- und Zulassungsverfahren für tiergerechtere Ställe einführt
1711 und die Vorschriften zum Schutz vor Stallbränden verschärft. Ein weiteres
1712 Tierschutzproblem in der Schweinehaltung besteht noch immer: Niedersächsische
1713 Mastschweine werden viel zu häufig auf Vollspaltenböden gehalten. Das ist mit
1714 dem Tierwohl nicht vereinbar. Wir GRÜNEN lehnen dies ab und werden eine Haltung
1715 mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen zum Standard in Niedersachsen
1716 machen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen wir auch in Niedersachsen endlich
1717 beenden. In der Milchwirtschaft stärken wir die Kälberaufzucht, denn Mutter-
1718 Kalb-Haltung ist besonders tiergerecht.

1719 Wir sehen die Entwicklung in der Zucht von Nutztieren auf Hochleistung sehr
1720 kritisch und werden Entwicklungen fördern, die auf Ausprägung von Merkmalen für
1721 tiergerechte Haltung, wie beispielsweise das freie Abferkeln, zielen. Das
1722 bestehende Qualzuchtverbot im Bundestierschutzgesetz wurde bisher nicht
1723 ausreichend umgesetzt und ist unvollständig. Gemeinsam mit der Bundesregierung
1724 wollen wir das Qualzuchtverbot umsetzen. Das Ziel der neuen Bundesregierung, das
1725 Qualzuchtverbot zu konkretisieren, unterstützen wir GRÜNEN aus Niedersachsen.

1726 **Den Antibiotikaeinsatz reduzieren**

1727 Noch immer werden in der Tiermast zu viele Antibiotika eingesetzt. Das ist
1728 gefährlich für unsere Gesundheit, weil sich Krankheitserreger an Antibiotika
1729 gewöhnen und resistent werden. Solche resistenten Keime stecken dann im Fleisch,
1730 sie gelangen über die Gülle oder den Geflügelkot in die Umwelt und landen
1731 letztlich im menschlichen Körper. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung
1732 zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung eine schlagkräftige
1733 Überwachungseinheit beim Landesamt für Verbraucherschutz eingerichtet und den
1734 Antibiotikaeinsatz damit deutlich reduziert. Die rot-schwarze Regierung hat
1735 diese erfolgreiche Einheit zerschlagen und die Überwachungsaufgabe bei den
1736 Landkreisen angesiedelt, denen dafür Personal und häufig auch das Know-how
1737 fehlt. Deshalb werden Wir GRÜNEN an die erfolgreiche Strategie von 2014
1738 anknüpfen und die dringend erforderliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes
1739 wieder zu einer Landesaufgabe machen. Besonders beunruhigend ist, dass vor allem
1740 in der Geflügelhaltung vermehrt sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt werden,
1741 die üblicherweise in der Humanmedizin genutzt werden, wenn andere Mittel nicht

1742 mehr ausreichend wirksam sind. Wir können es uns nicht leisten, durch die
1743 Auswüchse der Massentierhaltung auch noch diese Präparate als wirksame
1744 Therapeutika zu verlieren. Deshalb treten wir GRÜNEN für ein Verbot von
1745 Reserveantibiotika in der Tiermast ein.

1746 **Schluss mit langen Tiertransporten**

1747 Viel zu viele Tiere werden jährlich lebend über zum Teil lange Distanzen
1748 transportiert. Vor allem Transporte lebender Jungrinder in den Nahen Osten und
1749 nach Nordafrika haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Wir GRÜNEN setzen uns
1750 dafür ein, Transporte von Tieren – auch von angeblichen Zuchttieren – ins
1751 außereuropäische Ausland mit Transportzeiten von über acht Stunden grundsätzlich
1752 zu verbieten. Auch innerhalb Deutschlands und der EU planen wir, die Standards
1753 bei Tiertransporten zu verbessern: Transporte über sechs Stunden müssen
1754 grundsätzlich von einer zweiten Fahrer*in begleitet werden. Den Transport zu
1755 Schlacht- und Maststätten wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Um
1756 Verstöße wirksam zu ahnden, setzen wir uns für eine Verschärfung des
1757 Strafrahmens und eine Ausweitung der Kontrollen ein. Ein Transport auf nicht
1758 zertifizierten Routen muss umgehend untersagt werden.

1759 Mobiles Schlachten, Weideschuss oder dezentrale Schlachteinrichtungen helfen,
1760 unnötige Tiertransporte zu verhindern – diese Techniken möchten wir zukünftig
1761 gezielt fördern. Die derzeitigen Betäubungs- und Schlachtmethoden stellen wir
1762 auf den Prüfstand. Um Fehlbetäubungen im Schlachthof zu verhindern, muss
1763 qualifiziertes Personal eingesetzt werden, das zudem mehr Zeit erhält, um die
1764 einzelne Betäubung durchzuführen. Daneben gilt es, weniger belastende
1765 Betäubungsarten zu entwickeln und die qualvolle Betäubung mit CO₂ zu beenden,
1766 wie dies auch die EU fordert. Unser Ziel ist, dass Großbetriebe in Zukunft vom
1767 Land kontrolliert werden und die Taskforce Verbraucherschutz beim Landesamt für
1768 Verbraucherschutz (LAVES) deutlich verstärkt wird.

1769 **Tierversuchsfreie Forschung vorantreiben**

1770 Wir GRÜNEN wollen weitestgehend auf Tierversuche verzichten und treiben daher
1771 Alternativen voran. Die Fördermittel für Projekte, die die Zahl der Tierversuche
1772 wirksam reduzieren und neue Alternativmethoden entwickeln, werden wir erhöhen
1773 und einen Preis für tierversuchsfreie Forschung ausloben. Wir GRÜNEN werden den
1774 Tierschutz bei der Bewertung und Genehmigung von Versuchen stärken sowie die
1775 Kontrollen ausbauen.

1776 **Klare Vorgaben bei Tieren in Privathand – für einen sensiblen Umgang mit 1777 Wildtieren**

1778 Auch für mehr Tierschutz bei der privaten Tierhaltung setzen wir GRÜNEN uns ein.
1779 Um das Katzenelend zu reduzieren, wollen wir die Kastration von Katzen durch
1780 kommunale Kastrationssatzungen mit Förderprogrammen des Landes begleiten. Die
1781 von der Ampelkoalition im Bund angekündigte Identitätsprüfung für den
1782 Onlinehandel mit Heimtieren unterstützen wir und setzen uns für ein Verbot des
1783 postalischen Versandes von Tieren ein. Zudem wollen wir Spontankäufe durch eine
1784 stärkere Kontrolle von Tierbörsen verhindern.

1785 Der internationale Wildtierhandel gefährdet den Artenschutz und erhöht das
1786 Risiko von auf den Menschen übertragbaren Krankheiten. Die zunehmende Haltung
1787 von exotischen Tieren stellt Einrichtungen, die Wildtiere aufnehmen, vor
1788 Herausforderungen, weil Halter*innen nicht selten mit dem Tier überfordert sind
1789 und dieses dann im Tierheim landet. Wir GRÜNEN werden die Halter*innen von

1790 exotischen Tieren frühzeitig mit Hilfe eines Sachkundenachweises dazu befähigen,
1791 ihre Tiere so artgerecht wie möglich zu halten und sich der mit der Haltung
1792 verbundenen Herausforderungen und Gefahren bewusst zu sein. Bestimmte Tiere,
1793 insbesondere gefährliche, gehören nicht in Privathände. Wir treiben die
1794 Weiterentwicklung der niedersächsischen Gefahrtierverordnung voran und richten
1795 eine zentrale Datei für exotische Wildtiere ein, auf die sowohl Veterinär- als
1796 auch Naturschutzbehörden Zugriff haben. Wir GRÜNEN setzen uns ferner dafür ein,
1797 dass Wildtiere auch in zoologischen Einrichtungen so tiergerecht wie möglich
1798 gehalten werden. Zoos müssen dazu verstärkt den veränderten
1799 tiergartenbiologischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Zudem werden wir
1800 Tiergärten so unterstützen, dass sie auch als Auffangstationen für
1801 beschlagnahmte, nicht auswilderungsfähige Wildtiere aller Arten dienen können.
1802 Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen lehnen wir ab. Daher begrüßen wir das
1803 Vorhaben der neuen Bundesregierung, eine Positivliste für Wildtiere einzuführen,
1804 die nach einer Übergangsfrist noch in Zirkussen gehalten werden dürfen.

1805 **Tierheime stärken**

1806 Wir GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung der Tierheime durch die Kommunen
1807 sichergestellt wird. Wir werden uns für die bessere Unterstützung der Arbeit von
1808 Tierheimen einsetzen und ein Förderprogramm zur baulichen Sanierung von
1809 Tierheimen auflegen. Wir möchten auch weiterhin das wichtige freiwillige und
1810 ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für den Tierschutz und die Tierheime
1811 stärken (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

1812 **Moorschutz ist Klima- und Artenschutz**

1813 Moore entziehen als CO₂-Senken der Atmosphäre Treibhausgase, sind Lebensraum für
1814 seltene Arten und fungieren mit ihrer Schwammfunktion als natürliche
1815 Wassermanager und -filter. Doch fast alle unsere Moore sind in einem schlechten
1816 Zustand. Entwässert geben sie das in ihnen über mehrere Tausend Jahre
1817 gespeicherte CO₂ wieder frei und zersetzen sich immer weiter. Als moorreichstes
1818 Bundesland stehen wir hier in besonderer Verantwortung. Rund 11 Prozent der
1819 niedersächsischen Treibhausgasemissionen stammen aus trockengelegten Moorböden.

1820 Wir GRÜNEN wollen diesen Klimaschatz heben und machen aus unseren Moorböden
1821 wieder CO₂-Senken. Durch die Einrichtung einer Landesgesellschaft für Moorschutz
1822 bringen wir Tempo in den Moorschutz und ermöglichen eine besonders effiziente
1823 Umsetzung der angekündigten Moorschutzmittel des Bundes in Niedersachsen. Das
1824 Aktionsprogramm niedersächsische Moorlandschaften entwickeln wir weiter und
1825 konkretisieren Ziele und Zeitpläne für die Wiedervernässung und den Stopp der
1826 Klimaemissionen aus kohlenstoffhaltigen Böden. Wir lenken gezielt
1827 Kompensationsmaßnahmen in die Moorvernässung und den Klimaschutz. Die Industrie
1828 nehmen wir wirksam in die Pflicht, vormalige Torfabbauf Flächen so zu
1829 restaurieren, dass wieder eine torfbildende Vegetation entsteht.

1830 Die Umstellung bisheriger landwirtschaftlicher Nutzung auf moorerhaltende
1831 Bewirtschaftungsformen wie die Paludikultur unterstützen und fördern wir (vgl.
1832 Für eine andere Agrarpolitik). Als Torfabbauland Nummer 1 ist für uns GRÜNE
1833 klar, dass wir einerseits keine neuen Abbaugenehmigungen mehr erteilen werden,
1834 aber gleichzeitig auch die Torfnutzung ersetzen und die Nachfrage somit senken
1835 müssen. Das Land geht dabei mit gutem Beispiel voran: Es verzichtet auf den
1836 Einsatz torfhaltiger Erden auf landeseigenen Flächen, nutzt torffreie
1837 Alternativen und achtet bei Neuanpflanzungen darauf, dass diese aus torffreier
1838 Anzucht stammen. Dies gilt auch soweit möglich für Förderprogramme.

1839 Mit einem Programm Gärtnern ohne Torf für den gewerblichen Gartenbau
1840 unterstützen wir die schrittweise Erhöhung des Anteils von Torfersatzstoffen im
1841 Erwerbsgartenbau. Durch das Label Torffrei aus Niedersachsen schaffen wir
1842 Transparenz für Verbraucher*innen sowie neue Absatzmärkte für torffreie
1843 Alternativen. Innerhalb der EU und gegenüber dem Bund setzen wir uns für
1844 Moorschutzvereinbarungen mit den weiteren torfreichen EU-Ländern und die
1845 Einführung einer wirksamen Torfabgabe auch bei Importen ein. Auf diese Weise
1846 können wir Klimafolgekosten stärker einpreisen, die Torfnachfrage senken und
1847 eine bloße Verlagerung des Torfabbaus verhindern.

1848 **8. Sozial und ökologisch bauen und wohnen**

1849 Gutes Wohnen ist für uns GRÜNE Grundrecht: Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und
1850 leiten die ökologisch-soziale Transformation im Gebäudesektor ein. Von knappem
1851 und teurem Wohnraum in Städten und Ballungsräumen bis hin zu Leerstand in Teilen
1852 des ländlichen Raumes – die Herausforderungen sind vielfältig und unter Rot-
1853 Schwarz ist zu wenig passiert, um diese anzugehen. Es braucht den Mut, neue
1854 Ideen und Nutzungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

1855 **Gutes Wohnen für alle**

1856 Die Sozialwohnungsquote in Niedersachsen geht stetig zurück – das werden wir
1857 GRÜNEN ändern. Wir schaffen dauerhaft mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen,
1858 modernisieren den Gebäudebestand klimagerecht und vitalisieren die Quartiere und
1859 Innenstädte. Um sowohl die Sanierung von Gebäuden, die Stärkung des sozialen
1860 Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand und Milliardeninvestitionen mit dem
1861 Niedersachsen Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) zu ermöglichen, gründen wir
1862 eine gemeinnützige Landesgesellschaft Wohnen und Klima. Land und Kommunen sind
1863 beim Erneuern, Bauen und Vermieten Vorreiter*innen für modernen, bezahlbaren
1864 Wohnraum. Gemeinsam mit den Kommunen und ihren Wohnungsbaugesellschaften saniert
1865 die Landesgesellschaft für Wohnen und Klima den Gebäudebestand der öffentlichen
1866 Hand klimaneutral, barrierefrei und sozial – vom Mietshaus bis zum Ministerium.
1867 Zudem schafft sie neuen öffentlich-gemeinnützigen Wohnraum, möglichst durch
1868 ressourcenschonendes Aufkaufen, Ausbauen und Aufstocken von Gebäuden. Neubau
1869 erfolgt, wo zwingend nötig, klimagerecht und flächenschonend.

1870 Die Gründungen neuer Wohnungsbaugenossenschaften fördern wir und stärken
1871 Bauträger*innen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten und langfristige Sozial-
1872 und Mietpreisbindungen eingehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen
1873 unterstützen das Ziel der Bundesregierung, eine neue Wohngemeinnützigkeit auf
1874 den Weg zu bringen. Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus und
1875 honorieren nach Vorbild anderer Bundesländer verstärkt ökologisches,
1876 energieeffizientes, klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen
1877 Wohnungsbau. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Umbauten.
1878 Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung, teilweise
1879 ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen
1880 des gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte
1881 Bauernhäuser zu Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende
1882 Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit
1883 attraktiver gemacht werden.

1884 **Mietpreisbremse konsequent anwenden und Mieter*innenberatung ausbauen**

1885 Wir stellen sicher, dass die Mietpreisbremse, wo immer im Land notwendig,
1886 angewendet werden kann und stärken die Vorkaufsrechte von Kommunen bei

1887 Immobilien- und Grundstücksveräußerungen. Immer mehr Wohnungen werden dem
1888 Mietmarkt entzogen und profitabel als Ferienwohnung oder möblierte Short-Term-
1889 Rentals genutzt – nicht nur auf den Ferieninseln. Deshalb planen wir, das
1890 Zweckentfremdungsgesetz nachzuschärfen und den Kommunen zu ermöglichen, es
1891 überall zur Anwendung zu bringen. Auf dem Wohnungsmarkt sind Mieter*innen ihren
1892 Vermieter*innen aufgrund des knappen Angebots an Wohnraum nicht selten
1893 ausgeliefert. Mangelnde Kenntnis der Rechtslage führt dann oft dazu, dass
1894 Vermieter*innen regelwidrig Mietpreise erhöhen, Kauttionen nicht richtig
1895 verwahren oder viel zu hohe Mieten verlangen. Wir weiten die
1896 Mieter*innenberatung aus und richten eine landesweite Hotline ein, bei der
1897 Bürger*innen eine kostenlose Miet- und Mietrechtsberatung erhalten. Einen
1898 besonderen Fokus legen wir hierbei auf Fragen der Diskriminierung auf dem
1899 Mietmarkt.

1900 Wir GRÜNEN stehen für konsequenten Wohnraumschutz und wollen gutes Wohnen für
1901 alle zum Standard machen, auch für Gemeinschaftsunterkünfte etwa für
1902 Erntehelfer*innen oder Beschäftigte in der Schlachtbranche. Wir machen die im
1903 Wohnraumschutzgesetz verankerten Standards auch für Gemeinschaftsunterkünfte
1904 verbindlich. Zusätzlich stärken wir die Wohnraumaufsicht, um sicherzustellen,
1905 dass das Gesetz für menschenwürdiges Wohnen Für Menschen in Wohnungsnotfällen
1906 wollen wir Fachstellen einrichten, die Menschen kurzfristig vor der
1907 Obdachlosigkeit schützen.

1908 **Menschen aus der Wohnungslosigkeit begleiten**

1909 Die zunehmende Wohnungsnot und die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt hat
1910 auch die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen steigen lassen. Mehr als zehntausend
1911 Menschen in Niedersachsen sind betroffen. Wenn Menschen ihre Wohnung verlieren,
1912 werden sie in einem elementaren Grundrecht beschnitten. Wir sorgen dafür, dass
1913 das Recht auf Wohnen für alle Menschen in Niedersachsen eingelöst und
1914 Obdachlosigkeit deutlich verringert wird. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen
1915 Obdachlosigkeit ist zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt. Das vorhandene
1916 kommunale Netz der Fachstellen zur Wohnungssicherung, die tätig werden, wenn
1917 Wohnungsverlust droht, muss gestärkt und weiter ausgebaut werden. Auch wollen
1918 wir dafür sorgen, dass möglichst flächendeckend Hilfsangebote greifen, um
1919 Mieter*innen bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen
1920 zu unterstützen. Einen erfolgversprechenden Ansatz, um Menschen aus der
1921 Obdachlosigkeit zu begleiten, verfolgen Housing first-Projekte. Es hat sich
1922 gezeigt, dass viele soziale Probleme erst dann gut angegangen werden können,
1923 wenn Menschen wieder in einer Wohnung leben. Mit Housing first wird
1924 Wohnungslosen eine Wohnung in Kombination mit sozialer Unterstützung angeboten.
1925 Die Betroffenen werden dann, sobald sie eine Wohnung haben, je nach Situation
1926 bei der Beantragung von Sozialleistung und dem (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben
1927 begleitet. Mit einem Landesprogramm gegen Wohnungslosigkeit werden wir Housing
1928 first-Projekte gezielt fördern, Obdachlosenunterkünfte und soziale
1929 Unterstützungsmaßnahmen ausbauen und die Förderung der langfristigen
1930 Mieter*innenbegleitung für Wohnungslose verbessern. Wir wollen ein Sonder-
1931 programm Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen und Wohnungslose im Rahmen der
1932 sozialen Wohnraumförderung auflegen, den Ankauf von Belegrechten unterstützen
1933 und gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Risiken
1934 der Vermietung von Wohnraum an Personen in besonderen Problemlagen aufgefangen
1935 werden. Eine gute und zielgruppengerechte Beratungsstruktur ist auch für die

1936 große Zahl von wohnungslosen Migranten*innen und Geflüchteten wichtig. Dies
1937 werden wir mit den Kommunen angehen.

1938 **Nachhaltig bauen und sanieren – Klimaschutzpotenziale heben**

1939 Die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung
1940 der CO₂-Emissionen. Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung
1941 schadstofffreier, nachwachsender und recycelter Baustoffe. Gebäude sind die
1942 Rohstofflager der Zukunft – das Recycling der Baumaterialien denken wir bereits
1943 im Planungsprozess mit. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss,
1944 Deponie und Rohstoffkosten. Renovierung, Umbau und Modernisierung haben stets
1945 Vorrang vor Abriss. Bereits beim Neubau denken wir mit, dass die Gebäude
1946 zurückgebaut oder recycelt werden können. Wir integrieren entsprechende Auflagen
1947 in bestehende Förderprogramme und bringen ein Programm für den Einsatz von
1948 Recycling-Baustoffen auf den Weg. Die von uns GRÜNEN errichtete Klima- und
1949 Energieagentur Niedersachsen (KEAN) bauen wir aus und entwickeln sie zur Klima-
1950 und Nachhaltigkeitsagentur weiter – mit mehr Kompetenzen auch im Bereich
1951 Material- und Ressourcenschonung sowie ökologisches Bauen. Wir legen einen
1952 Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf.

1953 Wir GRÜNEN bringen die energetische Sanierung voran. Das senkt CO₂-Emissionen
1954 und reduziert Wohnkosten. Die vorhandenen Förderinstrumente stellen wir auf den
1955 Prüfstand und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter. Das Fördermittelvolumen
1956 werden wir an der Nachfrage ausrichten und die Beratung ausbauen: Jeder Person,
1957 die energetisch sanieren will, bieten wir Unterstützung an. Um die
1958 Sanierungsrate schnell und effizient zu erhöhen, stärken wir die Möglichkeiten
1959 der seriellen Sanierung. Unsere GRÜNE Wärmewende ist eine soziale: Wir
1960 flankieren die energetischen Sanierungen mit einem Förderprogramm zur
1961 Wärmewende, das gezielt bei unteren Einkommensgruppen ansetzt und dazu beiträgt,
1962 dass die Gesamtmieten nicht steigen. Dies bedeutet, gerade in Altbauten die
1963 stärkere energetische Sanierung oder den Austausch von Öl- und Gasheizungen
1964 gegen erneuerbare Energien so zu fördern, dass die Einsparungen bei Öl- und Gas
1965 höher sind als die Mehrkosten durch die Investition. So wird vor allem an immer
1966 teurer werdenden Heizkosten gespart. Durch dieses Förderprogramm profitieren
1967 alle. Die Vermieter*in bekommt ein energiesparenderes, modernes Gebäude, die
1968 Mieter*innen senken die Heizkosten und leben in einem klimaverbesserten Gebäude.
1969 Durch den Fokus auf Altbauten mit hohen Energieverbräuchen und
1970 einkommensschwachen Mieter*innen schützen wir wirksam das Klima und halten die
1971 Gesamtmiete mindestens stabil.

1972 Mit der Solardachpflicht, einem Förder- und Ausbauprogramm für klimaneutrale
1973 Wärmepumpen auf Basis erneuerbarer Energien, Geothermieanlagen und
1974 Kleinwindrädern bringen wir die Energiewende in den Gebäudesektor. Besondere
1975 Synergieeffekte für Energiegewinnung, nachhaltige Gebäudekühlung und ein
1976 gesundes Stadtklima bietet die gezielte Kombination von Solar- und Gründächern,
1977 die wir besonders honorieren werden. Mieter*innen profitieren von der
1978 gebäudeeigenen Energiegewinnung durch Mieterstromangebote. Um den Anteil an
1979 erneuerbaren Energien beim Heizen auszubauen und das fossile Zeitalter auch im
1980 Heizungskeller zu beenden, bringen wir nach Vorbild Baden-Württembergs ein
1981 eigenes Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf den Weg. Mit diesem werden wir schrittweise
1982 verpflichtende Mindestquoten für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder
1983 Sanierung einführen (vgl. Energiewende gestalten).

1984 Das Land als Bauherr wird mit der neuen Landesgesellschaft für Klima und Wohnen
1985 Vorreiter bei der Energiewende im Gebäudebestand sein. Wir stellen klimagerechte
1986 Standards für landeseigene Gebäude auf, sanieren diese grundsätzlich mit
1987 kreislaufgerechten Materialien und nutzen soviel erneuerbare Energien wie
1988 möglich. Nach einem festen Zeit- und Fahrplan machen wir die öffentlichen
1989 Gebäude bis 2035 klimaneutral und fangen mit der Sanierung der
1990 klimaschädlichsten Altbauten an. Bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand
1991 stärken wir die Gewichtung von Qualitätskriterien gegenüber dem Preis und legen
1992 ökologische Grundanforderungen für Baustoffe fest. Die Fortbildung und Beratung
1993 der Vergabestellen in diesem Bereich bauen wir aus, damit sie Spielräume des
1994 Vergaberechts zum nachhaltigen und zukunftsfähigen Bauen gezielt nutzen können
1995 (vgl. Niedersachsen, ein Staat der funktioniert).

1996 **Baurecht modernisieren – Baudenkmäler erhalten**

1997 Die Landesbauordnung braucht ein Update. Wir passen sie an die Klima- und
1998 Nachhaltigkeitsziele an. Das ökologische und klimaschonende Bauen, den Einsatz
1999 von alternativen Baustoffen wie Stroh und Holz und die Sanierung von
2000 Bestandsbauten stärken wir GRÜNEN – beispielsweise durch Abweichungen von
2001 Neubaurichtlinien und die Erleichterung der Zertifizierung von umweltgerechten
2002 und recycelten Baustoffen. Für den Einsatz von Recycling-Baustoffen legen wir
2003 Mindestquoten fest, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Bei Neubau und
2004 grundlegender Dachsanierung verankern wir eine Solarpflicht sowohl bei
2005 gewerblichen als auch bei privaten Gebäuden. Wir vereinfachen den
2006 Dachgeschossausbau, beispielsweise mit Blick auf die Anforderungen der
2007 Barrierefreiheit, und verbessern die Möglichkeiten zu unterschiedlichen
2008 Nutzungen auf einem Grundstück. Mischgebiete erleichtern wir und bringen so
2009 gemeinsam mit den Kommunen Modelle wie Wohnen über dem Supermarkt voran.
2010 Insbesondere in Großstädten, wo durch die Stärkung der autofreien Innenstädte
2011 und den Ausbau niedrigschwelliger Carsharing-Angebote immer weniger Haushalte
2012 ein eigenes Auto haben, schaffen wir die Stellplatzvorgaben ab. Die
2013 Bauverwaltung stärken wir, um zielorientierten Vollzug zu ermöglichen und die
2014 Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

2015 Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmälern aus unterschiedlichen
2016 Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor
2017 Herausforderungen. Viele der in Niedersachsen unter Denkmalschutz stehenden
2018 Gebäude sind mit ihren Naturbaustoffen Vorbilder für ökologisches Bauen. Diese
2019 werden wir behutsam energetisch sanieren und auf die Nutzung erneuerbarer
2020 Energien umstellen. Dazu nehmen wir den Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon
2021 der verpflichtend abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz auf.
2022 Begrenzungen und Hemmnisse für die Nutzung reversibler Solaranlagen auf
2023 denkmalgeschützten Dächern schaffen wir ab.

2024 **Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten**

2025 Was wären unsere Städte ohne ihr Umland, was die ländlichen Räume ohne die
2026 Städte? Die aktuellen Herausforderungen von Klimawandel bis zur Corona-Pandemie
2027 zeigen, wie wichtig es ist, die Stadt-Land-Beziehungen und regionalen Kreisläufe
2028 zu stärken. Von eng verzahnten Verkehrsverbänden, regionalen Innovationssystemen
2029 und Wirtschaftsklustern, Energie-, Kreislaufwirtschafts- und Ernährungssystemen
2030 über soziale Infrastrukturen und vernetzte Naturräume bis zu regionalen Kultur-,
2031 Erholungs- und Tourismusangeboten – das bringen wir gemeinsam mit Akteur*innen
2032 vor Ort auf den Weg.

2033 Wir GRÜNEN denken Landesentwicklung ganzheitlich und stellen die Besonderheiten
2034 und Wechselbeziehungen aller Regionen in den Mittelpunkt. Es bedarf endlich
2035 eines echten Landesentwicklungsplans, der die verschiedenen Fachstrategien
2036 zusammenführt und Basis für regionale Handlungsstrategien sowie Planungs- und
2037 Förderinstrumente ist. Das Landes-raumordnungsprogramm machen wir zu einem
2038 Gestaltungsinstrument für die ökologische Transformation und stimmen alle
2039 Planungen auf die Umwelt- und Klimaziele ab. Um den Windenergieausbau schneller
2040 voranzubringen, werden wir 2,5 Prozent der Landesfläche als geeignete
2041 Vorrangflächen für Windenergie ausweisen und 15 Prozent der Landesfläche in ein
2042 Biotopverbundsystem überführen. Zur Umsetzung der verbindlichen Fauna-Flora-
2043 Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur
2044 Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene. Raumordnung und
2045 Planfeststellung verzahnen wir noch stärker – damit letztere nicht erst anfängt,
2046 wenn das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist.

2047 **Klimaschonende Siedlungsentwicklung – Flächenverbrauch stoppen**

2048 Durch eng vernetzte flächenschonende Verkehrs- und Siedlungsplanung beugen wir
2049 weiterer Zersiedlung vor und bringen bis 2030 die Neuversiegelung auf unter drei
2050 Hektar pro Tag und bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null. Siedlungsgebiete sollen
2051 eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken konsequent geschlossen
2052 werden. Dazu setzen wir Anreize und treiben dies mit den Kommunen, in letzter
2053 Konsequenz auch mit einer Baupflicht, voran.

2054 Unsere Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) machen wir zur Partnerin der
2055 Kommunen bei der örtlichen Siedlungsentwicklung und nutzen deren Möglichkeiten
2056 zur Bevorratung, zum Verkauf und zur Verpachtung von Flächen im Sinne des
2057 Gemeinwohls. Den Kommunen räumen wir GRÜNEN wo möglich im Rahmen unseres
2058 Grundstücksverkehrsgesetzes bessere Vorkaufsrechte für Baugrundstücke ein. Wir
2059 stärken die Flächenkreislaufwirtschaft, z. B. durch überregionale Flächenpools,
2060 intelligente Flächenzertifikatesysteme, den Einsatz von Flächen- und
2061 Leerstandsmanager*innen. Mit Modellprojekten zum generationenübergreifenden
2062 Gebäude- und Flächentausch, wie Jung kauft alt oder Wohnungstauschbörsen,
2063 bringen wir flächenschonende Wohnformen voran. Zudem wirken wir damit dem Effekt
2064 entgegen, dass Erfolge der Senkung des Energieverbrauchs pro Quadratmeter durch
2065 immer größere Wohnflächen pro Person zunichtegemacht werden. Werden im
2066 Ausnahmefall neue Baugebiete ausgewiesen, müssen diese klimaneutral sein. Eine
2067 zentrale, klimaneutrale Wärme- und Stromversorgung zum Beispiel mittels
2068 Solarenergie oder Geothermie muss bei der Quartiersentwicklung eingeplant
2069 werden.

2070 **Attraktive Städte und lebendige ländliche Räume**

2071 Städte sind kleine Ökosysteme mit einem Mikroklima – ein gesundes Stadtklima ist
2072 elementar für attraktive urbane Räume. Wir werden Modellprojekte zur Umsetzung
2073 von klimaneutralen Quartieren und Klimaanpassungsmaßnahmen wie
2074 Starkregenvorsorge verstärkt fördern. In verdichteten Innenstädten schaffen wir
2075 Entsiegelungsanreize, das Stadtgrün zu erhalten und bunte vielfältige Gründächer
2076 zu gestalten. Dies verbessert das Stadtklima und macht Städte attraktiver und
2077 lebenswerter (vgl. Kapitel Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden).

2078 Innovative Idee zur Stadtentwicklung von Smart Cities über Schwammstädte bis zu
2079 lokalen Ökonomien bringen wir GRÜNEN gemeinsam mit den Kommunen in Form von
2080 vielfältigen Modellprojekten voran und unterstützen diese beim Best-Practice-
2081 Austausch. Zur Reduzierung von gewerblichem Leerstand in Innenstädten setzen wir

2082 Anreize für Multinutzungskonzepte und Zwischennutzungen, beispielsweise für
2083 gemeinnützige Akteur*innen oder kulturelle Träger, und bauen bestehende
2084 Hemmnisse für diese im Baurecht ab.

2085 Ländliche Räume gewinnen an Attraktivität – neue Formen des digitalen Arbeitens
2086 ermöglichen ganz neuen Berufsgruppen ein Leben im ländlichen Raum ohne lange
2087 Wege. Neben einer guten Verkehrs- und Internetanbindung und wohnortnaher
2088 Versorgungsinfrastrukturen braucht es innovative Formen der Dorfentwicklung. Wir
2089 bringen Initiativen zur Schaffung von Begegnungsorten im ländlichen Raum voran,
2090 die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und
2091 Gesundheitsdienstleistungen bündeln. Dorfläden und -büros sowie Co-Working-
2092 Spaces als innovative Möglichkeit für mobile Arbeit fördern wir. Der
2093 Zusammenhalt von Nachbarschaften in Dorf und Stadtquartieren ist keine
2094 Selbstverständlichkeit. Eine gute Stadtplanung, die menschenfreundliche
2095 Gestaltung des öffentlichen Raumes, die aktive Unterstützung von sozialen
2096 Beziehungen sollen dazu beitragen, Quartiers- und Dorfgemeinschaften zu stärken
2097 und resilienter zu machen. Wir haben vor, die Gemeinwesenarbeit in
2098 Nachbarschaftsinitiativen, Dorfgemeinschaftshäusern und Stadtteiltreffs
2099 gemeinsam mit den Kommunen zu stärken (vgl. Zivilgesellschaft unterstützen).

2100 Innovationscluster und Modellregionen stärken die regionale Wertschöpfung und
2101 beleben ländliche Räume. Hier gibt es noch viel Potenzial, das wir heben wollen.
2102 Großflächige Einzelhandelsansiedlungen auf der grünen Wiese und Outlet-Center an
2103 Autobahnen hingegen lehnen wir ab. Sie ziehen Kaufkraft aus den Innenstädten und
2104 Dorfkernen ab und lösen unnötige neue Verkehrsströme aus (vgl. Innovatives
2105 Niedersachsen).

2106 **Starke Verbraucher*innen**

2107 Bei der Transformation zu einer nachhaltigen und klimagerechten Gesellschaft
2108 spielen Verbraucher*innen eine Schlüsselrolle. Verkehrs-, Ernährungs-, Energie-
2109 und Wärmewende, Divestment, Digitalisierung – all dies gelingt nur mit
2110 Verbraucher*innen. Eine bewusste Entscheidung der Verbraucher*innen bedarf guter
2111 Verbraucher*inneninformation. Erste Anlaufstelle ist unsere niedersächsische
2112 Verbraucherzentrale, die wir fit für die Themen der Zukunft machen. Wir bauen
2113 sowohl digitale Beratungsangebote als auch die Vor-Ort-Beratung in der Fläche
2114 weiter aus. Dazu testen wir auch neue Modelle wie die mobile Beratung. Das
2115 thematische Beratungsspektrum und die Marktwächterfunktion müssen entlang der
2116 aktuellen Herausforderungen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen
2117 Ernährung, Energie, Finanzen und Vorsorge, Medien, Digitalisierung und
2118 Nachhaltigkeit. Die Verbraucher*innen brauchen aber nicht nur Beratung, sie
2119 brauchen auch ein*e Anwält*in für ihre Rechte. Die Verbraucherzentrale
2120 unterstützen wir daher dabei, die Möglichkeit der neuen Europäischen
2121 Verbandsklagerichtlinie aktiv nutzen zu können und als Klägerin eine
2122 Musterfeststellungsklage zu führen.

2123 **Gutes Essen für alle**

2124 Niedersachsen als Agrar- und Ernährungsland hat das Potenzial, eine
2125 richtungsweisende, zukunftsfähige Ernährungslandschaft zu gestalten. Stadt und
2126 Land, Produzent*innen und Konsument*innen, Tradition und Moderne zusammen denken
2127 ist unser GRÜNES ernährungspolitisches Leitbild. Eine Ernährungsstrategie auf
2128 dem Papier allein reicht nicht – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sie um. Dabei
2129 beziehen wir die Ernährungsräte aktiv ein, die sich in immer mehr
2130 niedersächsischen Städten und Kommunen bilden.

2131 Wichtigster täglicher Essensort ist für viele Menschen die Kantine. Wir wollen,
2132 dass es dort gutes, gesundes, möglichst regional produziertes Essen zu fairen
2133 Preisen gibt. Projekte wie das Kopenhagener House of Food und die Berliner
2134 Kantine Zukunft zeigen, wie die Gemeinschaftsverpflegung der Zukunft aussehen
2135 kann - mit und ohne Currywurst. Sie beraten und begleiten Großküchen bei der
2136 Umstellung zu mehr Bioprodukten. Wir werden auch in Niedersachsen solche
2137 Beratungsangebote für Kantinen von der Kita bis zum Mobilitätsunternehmen
2138 schaffen, damit diese erfolgreich auf mehr Bioprodukte umstellen. Zudem bringen
2139 wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg (vgl. GRÜNE machen
2140 Schulen).

2141 Noch immer landen zu viele Lebensmittel in der Tonne. Wir ergreifen Maßnahmen,
2142 um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Lebensmittelretter*innentüten,
2143 Noch länger gut- Aktionen, Überraschungstüten zu Ladenschluss zum günstigen
2144 Preis, lokale Fairteilerstationen oder Angebote der Tafeln – diese vielfältigen
2145 Ansätze bringen wir voran. Für besonders innovative Projekte loben wir einen
2146 Lebensmittelretter*innen-Preis aus. Das Containern muss endlich
2147 entkriminalisiert und das Mindesthaltbarkeitsdatum modernisiert werden. Aktuelle
2148 Vorstöße auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus
2149 Niedersachsen. Lebensmittelverschwendung fängt häufig schon bei der Ernte an.
2150 Damit weniger Reste auf dem Feld liegen bleiben, stärken wir alternative Absatz-
2151 und Vermarktungswege für krummes Gemüse sowie Erntereste und nutzen Spielräume
2152 bei der Anwendung von Vermarktungsnormen. In der Außer-Haus-Verpflegung schaffen
2153 wir ein stärkeres Bewusstsein für das Entstehen der Lebensmittelabfälle und
2154 setzen Modellprojekte zur Reduktion um, beispielsweise in der Schulverpflegung.

2155 **Förderstrategie zur Entwicklung von Stadt und Land aus einem Guss**

2156 Die Ämter für regionale Landesentwicklung machen wir zu der zentralen
2157 Förderinstitutionen für die Flächen- und Strukturförderung in Niedersachsen, um
2158 so eine optimal an den regionalen Bedürfnissen orientierte Förderung aus einer
2159 Hand zu gewährleisten. Die regionalen Programme der EU-Struktur- und
2160 Flächenfonds und die verschiedenen Landessprogramme richten wir daran aus, dass
2161 sie die ökologische-soziale Transformation gestalten, vielfältige soziale
2162 Infrastrukturen schaffen und nachhaltige Mobilitätsangebote für alle
2163 ermöglichen. Unsere GRÜNE Förderstrategie greift sowohl die Ziele des
2164 europäischen Green Deals als auch die von unten entwickelten Regionalen
2165 Handlungsstrategien konsequent auf. Maßnahmen, die Umwelt- und Klimazielen
2166 entgegenlaufen, werden wir streichen. In klimarelevanten Förderprogrammen
2167 schreiben wir konkrete Klimaziele fest sowie einen Mindestanteil an Maßnahmen,
2168 die bilanzierungsfähige CO₂-Einsparungen erzielen. Wir stärken die Beratung für
2169 Antragsteller*innen, von den Kommunen bis zur ehrenamtlichen Initiative,
2170 vereinfachen den Antragstellungsprozess, verbessern die Möglichkeiten zur
2171 digitalen Antragstellung und entwickeln neue Instrumente zur Wirkungs- und
2172 Erfolgsmessung.

Kap.2 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.3. Kapitel II - Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragstext

1 **Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren**

2 **Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden**

3 **Wasser ist Leben – Sauberes Wasser ist Lebensgrundlage**

4 „Wasser ist ein Menschenrecht – keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes
5 Gut, das geschützt und sorgsam behandelt werden muss“, so formuliert es die
6 Nationale Wasserstrategie. Doch unser Wasser steht unter Druck. Ob Nitrat oder
7 Medikamentenreste: Immer mehr Schadstoffe belasten Grundwasser, Bäche und
8 Flüsse. Die Klimakrise verschärft das Problem. Nur 2 Prozent der
9 niedersächsischen Bäche, Flüsse und Seen sind in einem guten ökologischen
10 Zustand – dabei soll dieser nach EU-Wasserrahmenrichtlinie bis spätestens 2027
11 für alle Gewässer erreicht sein. Der Wasserschutz ist in den letzten Jahren
12 massiv unterfinanziert gewesen, Fortschritt wurde kaum erreicht. Wasserschutz
13 muss in den politischen Fokus rücken. Wir sorgen dafür, dass wir auch in Zukunft
14 immer sauberes und bezahlbares Wasser zur Verfügung haben. Die Dürresommer haben
15 gezeigt, dass Nutzungskonkurrenzen um die Ressource Wasser zunehmen und stärker
16 in die Vorsorge investiert werden muss.

17 Wir GRÜNEN passen daher das Niedersächsische Wassergesetz an die
18 Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft an. Kommunen geben wir bei
19 Genehmigungsverfahren zu Grundwasserentnahmen die Möglichkeit eines
20 vorsorglichen Klimapuffers. Durch die rasante Änderung unseres Klimas müssen zur
21 Ermittlung der nutzbaren Grundwasserressourcen aktuelle Messdaten sowie
22 Klimaprognosen zugrundegelegt werden. Den Einsatz moderner Effizienz- und
23 Kreislauftechnologien befördern wir durch strengere Vorgaben für
24 Wasserrechtsverfahren. Genehmigungen zur Entnahme von Grund- oder
25 Oberflächenwasser darf es in Zukunft nur geben, wenn der Bedarf durch
26 Effizienztechnik minimiert und das Potenzial von Alternativen wie der Nutzung
27 von Prozess-, Regen- oder Brauchwasser ausgeschöpft ist.

28 Wir sorgen dafür, dass ökologische Aspekte bei der Gewässerunterhaltung
29 berücksichtigt werden. Die Ausnahmen bei der Wasserentnahmegebühr für die Erdöl-
30 und Erdgasindustrie, den Sand- und Kiesabbau und den Abbau von Bodenschätzen
31 streichen wir. Mit einem Vorteilsmaßstab bei den Beiträgen zu den Wasser- und
32 Bodenverbänden ähnlich wie in Schleswig-Holstein berücksichtigen wir den Vorteil
33 von Laubwald- und Moorflächen für den Gewässerschutz, die Grundwasserneubildung
34 und die Starkregenvorsorge. Den Nährstoffüberschuss bauen wir durch wirksame
35 Düngerechtskontrollen und eine flächengebundene Tierhaltung ab (vgl. Für eine
36 andere Agrarpolitik).

37 Wir gehen gegen die Verbreitung von Nitrat, multiresistenten Keimen,
38 Antibiotika- und Medikamentenrückständen, Mikroplastik und weiteren
39 Spurenstoffen in unseren Bächen, Flüssen und Seen vor. Dabei haben für uns die
40 Bekämpfung an der Quelle und das Verursacherprinzip Priorität. Mit einer
41 aktualisierten Antibiotika- und Medikamenten-Minderungsstrategie für Tier und
42 Mensch führen wir die Erfolge aus GRÜNER Regierungszeit fort. Mit einer
43 Untersuchung zur Belastung von Böden und Gewässern mit Mikroplastik schaffen wir
44 einen Überblick über die Ist-Situation und leiten darauf aufbauend gezielt
45 Maßnahmen ein, um (Mikro-)Plastikeinträge zu reduzieren. Um die steigenden
46 Kosten bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung aufzufangen, setzen wir uns
47 für einen Verursacherfonds ein, um damit die Produktverantwortung der
48 Medikamentenhersteller zu stärken.

49 Die Salzeinleitungen durch den Konzern K+S wollen wir GRÜNEN bis spätestens 2027
50 beenden. Unsere Weser ist kein Abwasserkanal für Millionen Tonnen
51 Industrieabfälle. Weitere Verschiebungen der Umsetzung der
52 Wasserrahmenrichtlinie und der 2016 vereinbarten Absenkung der Grenzwerte an
53 Werra und Weser sind für uns nicht akzeptabel. Wir sehen die Kaliindustrie in
54 der Verantwortung, ihre Altlasten zu sanieren. Die Ablagerung von Bauschutt auf
55 den Kalihalden ist nicht geeignet, Salzauswaschungen in Gewässer zu stoppen. Wir
56 haben vor, den Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten und Kalirückstände primär
57 in die Bergwerke rückzuversetzen. Die Verklappung von Schlick – wie zurzeit mit
58 Hamburger Baggergut vor Scharhörn geplant – im oder am Rande des Nationalparks
59 Wattenmeer lehnen wir entschieden ab.

60 Die Vertiefungen von Elbe, Weser und Ems lehnen wir weiterhin ab und setzen uns
61 für ein norddeutsches Hafenkonzert ein (vgl. Innovatives Niedersachsen).

62 **Lebendige und gesunde Bäche, Flüsse und Seen**

63 Wir GRÜNEN legen mit dem Gewässerentwicklungsplan 200 wilde Bäche für
64 Niedersachsen ein priorisiertes Maßnahmenprogramm für die Renaturierung von
65 Oberflächengewässern vor, um endlich Bewegung in die Umsetzung der
66 Wasserrahmenrichtlinie zu bringen. Wir schaffen außerdem klare Zuständigkeiten
67 für die Umsetzung der ökologischen Gewässerentwicklung und entlasten die
68 Unterhaltungsverbände von Planungs- und Finanzierungsrisiken. Bis 2023
69 evaluieren wir das aktuelle System und prüfen, inwiefern die ökologische
70 Gewässerentwicklung vom Land selbst übernommen werden sollte. Wir führen darüber
71 hinaus verbindliche Sachkundenachweise mit Schulungen für die naturverträgliche
72 Durchführung von Unterhaltungsarbeiten an Gewässern ein. Bei unseren
73 Förderprogrammen nutzen wir auch gezielt die Synergien zwischen Wasser- und
74 Naturschutz und verknüpfen die Umsetzung von Natura 2000 und der
75 Wasserrahmenrichtlinie.

76 Die Wasserkraftnutzung muss mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und dem
77 Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Dazu müssen bestehende
78 Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden und
79 dürfen nicht weiter unsere Flüsse und Bäche blockieren.

80 **Klimafolgenanpassung: Zu viel und zu wenig Wasser sind zwei Seiten einer 81 Medaille**

82 Durch die Klimakrise werden wir in Niedersachsen in Zukunft mehr Dürresommer und
83 Starkregenereignisse haben. Ein kluges, ökologisches Wassermanagement hilft
84 sowohl bei regenreichen als auch bei regenarmen, trockenen und heißen Tagen und

85 ist unabdingbar für die Klimafolgenanpassung. Wir helfen dabei, unsere
86 niedersächsischen Kommunen zu Schwamm-Kommunen und Green Cities
87 weiterzuentwickeln. Die Biodiversität und Begrünung unserer Kommunen, die
88 Stärkung des Wasserrückhaltes und das natürliche Versickern durch die Begrünung
89 von Dächern, Fassaden und öffentlichen Flächen unterstützen wir von Landesebene
90 mit vielfältigen bestehenden Förderangeboten, die wir bedarfsgerecht
91 weiterentwickeln. Für uns gilt das Prinzip: Grün statt Grau. So kann sich genug
92 Grundwasser neu bilden und durch ausreichend Versickerungsflächen wird der
93 Hochwasserschutz gestärkt. Die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden
94 steigt und im Sommer sind die Menschen besser gegen Hitzeereignisse gewappnet.
95 Eine ausreichende Starkregenvorsorge findet in den meisten Kommunen aktuell
96 nicht statt. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erarbeitung von
97 Starkregenvorsorgekonzepten und schaffen im Niedersächsischen Wassergesetz
98 analog zu Nordrhein-Westfalen eine Finanzierungsgrundlage für die
99 Starkregenvorsorge.

100 Ökologischer Hochwasserschutz dient gleichzeitig der öffentlichen Sicherheit und
101 dem Naturschutz. Flüssen und Auen geben wir wieder mehr Raum und schaffen
102 Durchlässigkeit. Moore vernässen und restaurieren wir und geben ihnen ihre
103 Funktion als natürliche Schwammflächen zurück (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz).

104 **Saubere Luft zum Atmen**

105 Ohne saubere Luft können wir nicht leben. Hier zeigt sich besonders, dass
106 Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Menschen mit geringem
107 Einkommen können es sich oft nicht aussuchen, ob sie an vielbefahrenen Straßen
108 oder in der Nähe von Kraftwerken leben oder arbeiten. Doch beim
109 Gesundheitsschutz darf es keine Lücken oder eine Zwei-Klassen-Gesellschaft
110 geben. Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit müssen flächendeckend eingehalten
111 werden. Der Umstieg auf saubere, klimaneutrale Mobilität, die Begrünung unserer
112 Kommunen, der Ausstieg aus der Massentierhaltung und das Erzeugen sauberer,
113 grüner Energie statt der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas machen auch
114 unsere Luft sauberer. Wir unterstützen darüber hinaus die Kommunen bei der
115 luftqualitätsgerechten Stadt- und Gemeindeplanung.

116 **Unsere Böden schützen**

117 Böden sind unsere Lebensgrundlage: Sie filtern das Wasser, regulieren unser
118 Klima und sind die Grundlage für unsere Nahrungsmittelproduktion. Unser Ziel
119 ist, den Flächenfraß zu reduzieren (vgl. Stadt und Land zusammen zukunftsfähig
120 gestalten).

121 Landwirt*innen unterstützen wir dabei, bodenschonender und schadstoffreduzierter
122 zu arbeiten und den Humusaufbau zu stärken (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).
123 Auch unsere Böden sind von Mikroplastik betroffen. Die Folgen der Anreicherung
124 der kleinen Plastikteilchen sind jedoch wenig erforscht. Wir setzen uns für das
125 Vorsorgeprinzip und daher für eine möglichst plastikarme Land- und Bauwirtschaft
126 ein. Dazu führen wir unter anderem ein Pfandsystem für Ackerfolien ein.

127 **Für die Artenvielfalt**

128 Der Schutz der biologischen Vielfalt ist für unser Überleben von grundlegender
129 Bedeutung und von Beginn an das zentrale Anliegen von uns GRÜNEN. Neben der
130 Klimakrise ist das Artensterben die zweite große ökologische Herausforderung
131 unserer Zeit. Wir wollen den Reichtum unserer biologischen Vielfalt und unserer
132 Lebensräume erhalten und schützen. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund (NABU) und

133 dem Berufs- und Erwerbsimkerbund haben wir GRÜNEN im Frühsommer 2020 ein
134 Volksbegehren ArtenvielfaltJetzt! gestartet. Die breite Beteiligung
135 niedersächsischer Bürger*innen hat deutlich gemacht: Wir müssen mehr für die
136 Erhaltung unserer heimischen Arten und ihrer Lebensräume tun. Die rot-schwarze
137 Landesregierung war gezwungen, die Ziele und Gesetzesvorschläge des
138 Volksbegehrens weitgehend zu übernehmen und das Naturschutz-, Wasser- und
139 Waldgesetz endlich zu ändern.

140 Leider vernachlässigen SPD und CDU die Umsetzung. Viele Förderprogramme sind
141 noch immer nicht auf den Weg gebracht und Verordnungen für mehr Natur- und
142 Artenschutz lassen auf sich warten. Wir GRÜNEN werden die infolge des
143 Volksbegehrens im Niedersächsischen Weg getroffenen Vereinbarungen wirksam
144 umsetzen, wie z. B. die Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiesen-
145 vogelschutzprogramme oder ein besseres Monitoring bedrohter Arten (Rote Listen).
146 Zudem unterstützen wir die Naturschutzbehörden dabei, ihre dadurch entstandenen
147 neuen Aufgaben zielgerichtet wahrzunehmen. Wir werden zusätzliche Anreize zur
148 Renaturierung von Wäldern, Mooren, aber auch artenreichem Grünland schaffen. Für
149 bedrohte Arten legen wir besondere Schutzprogramme auf. Doch all das reicht
150 nicht, um das Artensterben wirklich zu beenden. Wir werden deshalb das Ziel der
151 EU, 30 Prozent der Landfläche wirksam zu schützen, schrittweise umsetzen. Wir
152 brauchen neben einer echten Naturschutzoffensive eine Agrarwende (vgl. Für eine
153 andere Agrarpolitik) und eine Reduzierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs
154 (vgl. Sozial und ökologisch bauen und wohnen, Stadt und Land gemeinsam
155 zukunftsfähig gestalten).

156 **Unsere Schutzgebiete wirksam schützen**

157 Auch 30 Jahre nach Verabschiedung der europäischen FFH-Richtlinie und vier Jahre
158 nach Verstreichen der allerletzten Nachmeldefrist sind in Niedersachsen noch
159 immer nicht alle Schutzgebiete wirksam als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete
160 ausgewiesen. Darüber hinaus genügen zahlreiche Schutzgebiete nicht annähernd
161 naturschutzfachlichen Mindestanforderungen. Die Schutzziele sind häufig zu vage
162 gefasst – fast überall fehlen Maßnahmen- und Managementpläne zum Erhalt oder zur
163 Verbesserung des Erhaltungszustandes. Niedersachsen ist damit absolutes
164 Schlusslicht in Deutschland.

165 Wir GRÜNEN werden das zügig ändern und schnellstens alle noch nicht als Natur-
166 oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesenen Teile des Natura 2000-
167 Schutzgebietsnetzes (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) sichern. Darüber hinaus
168 sorgen wir dafür, dass die Schutzgebietsverordnungen den naturschutzfachlichen
169 Anforderungen tatsächlich entsprechen und dass Maßnahmen zum guten Erhalt
170 umgesetzt werden. Gleiches gilt für die Schutzgebiete im Landeswald, die von den
171 Niedersächsischen Landesforsten verwaltet werden. Für uns GRÜNE ist
172 entscheidend: Hinter dem Schutzgebietsschild muss die Natur tatsächlich wirksam
173 geschützt werden – zu viel ist hier bisher Etikettenschwindel. Dank des
174 Volksbegehrens ist es gelungen, innerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-
175 Gebieten endlich den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide auf Grünland
176 grundsätzlich auszuschließen. Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass diese und andere
177 Maßnahmen in der Fläche wirksam von einer Landesbehörde unter Aufsicht des
178 Umweltministeriums kontrolliert werden (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch
179 brauchen wir ein öffentlich einsehbares landesweites Kataster der ökologischen
180 Ausgleichsflächen und Ersatzmaßnahmen.

181 Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, der Nationalpark Harz, der auch
182 Flächen in Sachsen-Anhalt umfasst, und das Biosphärenreservat Niedersächsische
183 Elbtal sind die Perlen des Naturschutzes in Niedersachsen. Wir GRÜNEN stehen
184 dafür, diese Highlights des Natur- und Artenschutzes auch weiterhin wirksam zu
185 schützen und zu entwickeln. Darüber hinaus werden wir mit Sachsen-Anhalt die
186 geplante Ausweisung des länderübergreifenden Biosphärenreservats Drömling
187 vorantreiben. Gemeinsam mit Thüringen als Drittem im Bunde streben wir die
188 Ausweisung der weltweit einzigartigen Südharzer Gipskarstlandschaft als
189 länderübergreifendes Biosphärenreservat an. Denn der Südharzer Zechsteingürtel
190 ist ein Hotspot der biologischen Vielfalt, mit dem wir um eine Anerkennung als
191 UNESCO-Biosphärenreservat werben. Dazu starten wir einen Beteiligungsprozess mit
192 den Kommunen und Akteur*innen der Region, um die vielfältigen Nutzungsansprüche
193 wie Tourismus, Rohstoffgewinnung und Naturschutz für eine nachhaltige
194 Entwicklungsperspektive in Einklang zu bringen. Wir bekennen uns zum
195 „Gipsfrieden“ und lehnen eine Ausweitung der Vorranggebiete für den Gipsabbau
196 ab.

197 Bei Gebietsbetreuung und Management unserer Naturschutzgebiete spielen die von
198 Naturschutzverbänden getragenen Ökologischen Stationen eine wichtige Rolle. Wir
199 werden weitere Ökologische Stationen gründen, die bestehenden dauerhaft
200 absichern und auch die Naturparks weiter fördern. Das von uns geschaffene
201 Landesbüro der Naturschutzverbände (LabÜN) werden wir stärken.

202 **Den Biotopverbund sichern**

203 Für die Artenvielfalt und den Erhalt wertvoller Naturräume werden wir GRÜNEN
204 einen landesweiten Biotopverbund auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche
205 schaffen. Nationalparks, Biosphärenreservate, Natur- und zum Teil auch
206 Landschaftsschutzgebiete bilden die Kernflächen des Biotopverbunds. Diese werden
207 entlang von Landschaftselementen und ökologischen Trittsteinen verbunden, um ein
208 Netzwerk natürlicher Lebensräume zu schaffen. Strukturierende
209 Landschaftselemente wie Fließgewässer, Weg- und Feldraine oder auch Hecken,
210 Feldgehölze, Alleen und Baumreihen haben eine besondere Bedeutung für die
211 Biotopvernetzung. Deshalb verbinden wir Bäche, Flüsse, Seen und Auen mit ihren
212 Gewässerrandstreifen und Entwicklungskorridoren zu einem Blauen Band. Zudem
213 beteiligen wir uns am Erhalt und der Sicherung des Grünen Bandes als
214 Naturschutzgroßprojekt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

215 Wir GRÜNEN sichern die Verbindungselemente des Biotopverbundes und bauen
216 zusätzliche Wald- und Grünbrücken zur Vernetzung von Lebensräumen bestimmter
217 Arten aus, beispielsweise Wildkatzenkorridore. Darüber hinaus werden wir die
218 Kommunen dabei unterstützen, die Wegeseitenränder als ungenutzte oder extensiv
219 genutzte Strukturen in der Landschaft zurückzugewinnen und wiederzubeleben.
220 Diese in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive in die Nutzung genommenen
221 Flächen sind in der Regel Eigentum der Kommunen und können unsere oftmals
222 ausgeräumte Landschaft als Trittsteinelemente beleben. Alleen werden wir
223 schützen und auch als Kulturgut erhalten.

224 **Das Artensterben bekämpfen**

225 Die Bekämpfung des Artenschwunds duldet keinen weiteren Aufschub. Wir schützen
226 den Reichtum unserer natürlichen Lebensgrundlagen, damit es auch morgen noch
227 summt und brummt in Stadt und Land, auf Feldern, Wiesen und Wäldern. Grünflächen
228 und Schutzgebiete im Landeseigentum werden wir insektenfreundlich bewirtschaften
229 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch die Landesstraßenbaubehörde nehmen wir

230 in die Pflicht für eine insektenschonende Pflege des Straßenbegleitgrüns und
231 etablieren ein landesweites Insekten-Monitoring als belastbare Datengrundlage
232 für den Insektenschutz. Die ökologische Flurbereinigung führen wir wieder ein
233 und fördern mit EU-Mitteln gezielt eine Neuordnung von Flächen, die auch den
234 Zielen des Natur-, Wasser- und Klimaschutzes zugutekommt.

235 **Unsere Wiesenvögel wirksam schützen**

236 Niedersachsen hat bundes- und europaweit eine hohe Verantwortung für den Schutz
237 der Wiesenvögel, wie des Großen Brachvogels, der Uferschnepfe oder der
238 Bekassine. Deren Bestände sind seit den 1980er Jahren um zum Teil mehr als 80
239 Prozent eingebrochen, weil Grünland in Ackerflächen umgewandelt und das
240 verbleibende Grünland intensiv genutzt wurde. Die bisherigen
241 Wiesenvogelschutzprogramme haben sich als nicht ausreichend wirksam erwiesen, um
242 den Niedergang der Bestände entscheidend aufzuhalten, geschweige denn eine
243 Trendumkehr einzuleiten. Auf Druck des Volksbegehrens Artenvielfalt.Jetzt! sind
244 von der Landesregierung zwar notwendige Maßnahmen zum Schutz der Wiesenvögel
245 zugesagt worden – leider ist in der Umsetzung seither zu wenig passiert. Wir
246 GRÜNEN werden dafür sorgen, die Zusagen in konkrete Programme zu überführen.
247 Grünland ist auf eine Nutzung angewiesen. Deshalb werden wir für die beteiligten
248 Landwirt*innen nicht nur Ertragseinbußen ausgleichen, sondern darüber hinaus
249 wirksame Anreize für eine den Wiesenvögeln zuträgliche Bewirtschaftung setzen.
250 Dazu gehört auch extensive Beweidung (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Den
251 Erfolg dieser Maßnahmen werden wir stetig prüfen, im Bedarfsfall Anpassungen
252 vornehmen und wo nötig gezielt mit ordnungsrechtlichen Bewirtschaftungsauflagen
253 zum Schutz des Wasserhaushaltes kombinieren.

254 **Das Wolfsmanagement versachlichen**

255 Die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen ist eine der wenigen
256 Erfolgsgeschichten des Natur- und Artenschutzes. Dieser Erfolg ist jedoch alles
257 andere als konfliktfrei. Zwar geht die Zahl der Nutztierrisse dank verstärktem
258 Schutz und Prävention mittlerweile zurück, doch für die einzelnen
259 Weidetierhalter*innen sind die Verluste durch Wolfsübergriffe konsequent zu
260 entschädigen und ihnen Hilfen anzubieten. Forderungen nach einer willkürlichen
261 Bejagung oder wolfsfreien Zonen erteilen wir eine Absage. Wir wollen den Umgang
262 mit dem Wolf wieder versachlichen. Unser Ziel ist ein Wolfsmanagement, das
263 sowohl den Naturschutz als auch die berechtigten Interessen der
264 Weidetierhalter*innen berücksichtigt.

265 Wir setzen auf einen flächendeckenden Herdenschutz, verbesserte Förderung von
266 Präventionsmaßnahmen und Unterstützung von weidetierhaltenden Betrieben, u. a.
267 über eine Weidetierprämie, um die schwierige, wirtschaftliche Lage zu verbessern
268 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Die Haltung von Herdenschutztieren
269 unterstützen wir mit besonderem Fokus auf den Herdenschutz am Deich. Wir richten
270 ein Herdenschutzteam ein, das für von Wolfsrissen betroffene Tierhalter*innen
271 und benachbarte Betriebe schnelle Hilfe bei der Verbesserung des Herdenschutzes
272 leistet, um weitere Angriffe zu verhindern.

273 Dessen ungeachtet wird es in Ausnahmefällen erforderlich sein, einzelne Wölfe,
274 die regelmäßig wolfsabweisende Umzäunungen überwinden oder eine Gefahr für den
275 Menschen darstellen, zu töten. Die niedersächsische Wolfsverordnung werden wir
276 zusammen mit allen Beteiligten im Einklang mit dem europäischen und dem
277 Bundesrecht überarbeiten und willkürliche Abschüsse ausschließen. Bestrebungen
278 der SPD und CDU, rechtlich wirkungslose Obergrenzen für den Wolfsbestand

279 festzusetzen oder den Wolf zu bejagen, erteilen wir GRÜNEN eine eindeutige
280 Absage – denn das ist weder zielführend noch erforderlich.

281 **Wälder schneller klimatauglich machen**

282 Unsere Wälder sind für uns GRÜNE natürliche Lern- und Erholungsorte, die für
283 alle zugänglich sein müssen und deren vielfältige Funktionen es zu erhalten
284 gilt. Der Klimawandel und damit einhergehend Wassermangel, Hitzewellen und
285 Krankheiten bedrohen unseren Wälder. In den trockenen Sommern 2018bis 2020 sind
286 Fichtenforste großflächig dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen. Der
287 Waldzustandsbericht des Bundes zeichnet ein düsteres Bild: Noch nie ging es
288 unserem Wald so schlecht. Gleichzeitig sind unsere Wälder wertvolle CO₂- und
289 Wasserspeicher, die es als natürliche Puffer gegen die Klimakrise zu erhalten
290 und stärken gilt.

291 Wir GRÜNEN bringen den ökologischen Waldumbau hin zu klimarobusteren Laub- und
292 Mischwäldern mit standortheimischen Bäumen voran. Die ökologischen Leistungen
293 von Wäldern fördern wir im Landes- und im Privatwald: beispielsweise durch den
294 Verbleib von Tot- und Schadholz im Wald und Maßnahmen zum Humusaufbau, zum
295 Wasserrückhalt sowie zur Bekämpfung von Waldbodenverdichtung. Waldtypen, die in
296 trockenen Regionen besonders positiv zur Grundwasserneubildung beitragen, werden
297 wir in der Förderung honorieren, während Förderungen wie die der nicht
298 heimischen Douglasie der Vergangenheit angehören. Die nach wie vor viel zu hohen
299 Stickstoffeinträge durch hohe Ammoniakemissionen aus der Massentierhaltung
300 setzen unserem Wald massiv zu und verstärken den klimabedingten Stress unserer
301 Bäume weiter – diesen werden wir reduzieren (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

302 Mit dem von uns GRÜNEN wesentlich vorangetriebenen Volksbegehren
303 Artenvielfalt.Jetzt! haben wir bereits eine ganze Reihe positiver Entwicklungen
304 in den niedersächsischen Wäldern erreicht: Im Solling wurde zusätzlich zu den 10
305 Prozent Naturwald in den Landesforsten ein weiteres rund 1.000 Hektar großes
306 Naturwaldgebiet ausgewiesen, in dem sich der Wald künftig natürlich entwickeln
307 kann. Die Biodiversitätsstrategie des Bundes, die vorsieht, 10 Prozent des
308 Landeswaldes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, damit sich der Wald dort
309 natürlich entwickeln kann, haben wir GRÜNEN in der Regierung von 2013 bis 2017
310 umgesetzt. Unser Ziel bleibt aber, 5 Prozent des Gesamtwaldes, vorrangig in
311 öffentlichen Wäldern, in Niedersachsen zu Naturwäldern ohne Nutzung zu machen.

312 Im Landeswald, der rund ein Drittel der Waldfläche in Niedersachsen ausmacht,
313 haben der Klima- und Artenschutz künftig Vorrang vor der Nutzung. Wir machen ihn
314 noch ökologischer, bewirtschaften ihn schonend und zertifizieren ihn weitgehend
315 nach den Standards des Forest Stewardship Council (FSC). Zudem werden wir die
316 Waldfläche in öffentlicher Hand erhöhen. Zusammen mit den Landesforsten setzen
317 wir auf geeigneten Flächen eine Aufforstungsoffensive für mehr klimaresistente
318 Laub- und Mischwälder um – damit erzielen wir positive Aspekte für den Klima-
319 und Wasserschutz. Das Programm zur Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung
320 (LÖWE) führen wir fort und entwickeln es weiter auch als Vorbild für die
321 Förderung des Privatwaldes. Mit dem Klimawandel steigt die Gefahr von
322 verheerenden Waldbränden. Wir müssen praxistaugliche Waldbrandschutzkonzepte
323 entwickeln und die Feuerwehren für Waldbrand und andere Vegetationsbrände besser
324 ausstatten.

325 **Gesetze alleine reichen nicht – Umwelt- und Naturschutzverwaltung stärken**

326 Gute Gesetze und Verordnungen sind das Eine, ihre tatsächliche Umsetzung das
327 Andere. Nirgendwo gilt diese Binsenweisheit so sehr wie im Umwelt- und
328 Naturschutz. Ursache der Misere sind nicht sachgerecht ausgestattete Umwelt- und
329 Naturschutzbehörden im Land sowie in den Städten und Landkreisen. Durch
330 Personalmangel finden Kontrollen nur unzureichend statt. Wir stärken die Umwelt-
331 und Naturschutzverwaltung als Treiber für den Schutz unserer Lebensgrundlagen –
332 insbesondere für Pflichtaufgaben wie die Umsetzung der FFH-Richtlinie und der
333 EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die Strafverfolgung von Umweltvergehen intensivieren
334 wir und führen Umweltbeschwerdestellen ein, denn Umweltkriminalität ist kein
335 Kavaliersdelikt und Umweltverbrechen dürfen nicht weiter im Verborgenen bleiben.

336 **Für eine zeitgemäße Jagd**

337 Wir GRÜNEN treten für eine an ökologischen und zeitgemäßen wildbiologischen
338 Kriterien orientierte und ethisch vertretbare Jagd sowie ein ökologisches
339 Jagdrecht ein. Dabei werden wir vor allem die Liste der jagdbaren Arten
340 überarbeiten – anhand von Kriterien wie Bestandssituation einer Art und Nutzung
341 der Tierbestandteile. Arten, die aufgrund ihrer Bestandssituation nicht mehr
342 bejagt werden dürfen, wollen wir aus dem Jagdrecht streichen. Eine Jagd auf
343 Beutegreifer und auf alle gefährdeten Arten sowie die Jagd in Jagdgattern lehnen
344 wir ab. In Schutzgebieten ordnen wir die Jagd dem jeweiligen Schutzzweck unter.
345 Das gilt auch für die Jagd auf rastende und überwinterte Gänse.

346 Wir GRÜNEN setzen uns für ein Verbot von Totschlagfallen und Bautenjagd ein. Den
347 Einsatz von Lebendfallen im Jagdbetrieb werden wir unter behördliche
348 Genehmigungspflicht stellen. Der Besitz von und Handel mit verbotenen
349 Fanggeräten ist komplett zu untersagen, um Tierschutzvergehen zu verhindern. Die
350 Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir
351 den Abschuss von Katzen grundsätzlich ab. Schießübungen müssen für aktive
352 Jäger*innen verpflichtend werden.

353 **Atomkraft – teuer und gefährlich**

354 Die Atomkraft lehnen wir GRÜNEN weiterhin klar und entschieden ab. Sie ist keine
355 Lösung für die Klimakrise, denn sie ist teuer, risikobehaftet und produziert
356 große Mengen von gefährlichem Müll. Zudem hat sich gerade in der Ukraine
357 gezeigt, dass Atomkraftwerke ein unkalkulierbares Eskalationspotenzial besitzen
358 und eine große Gefahr darstellen. Wir haben mit der Wind- und Sonnenenergie
359 bereits die nötigen Technologien gegen die Klimakrise, doch mit dem bisher
360 produzierten Atommüll müssen wir einen Umgang finden. Insbesondere wir GRÜNEN
361 aus Niedersachsen haben uns über Jahrzehnte für einen transparenten, lernenden
362 Suchprozess nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll eingesetzt. Das
363 Standortauswahlverfahren muss mit höchsten Sicherheitsstandards bei
364 größtmöglicher Transparenz fortgesetzt werden. Dabei gilt Sicherheit vor Eile.
365 Wir GRÜNEN werden dies kritisch begleiten und uns für echte Mitspracherechte für
366 die betroffenen Regionen einsetzen. Die niedersächsischen Teilgebiete vernetzen
367 wir miteinander und verbessern die fachlichen Beratungsangebote. Mit einer
368 Forschungsoffensive für Standortauswahl und Endlagerung sichern wir den
369 Forschungsbedarf und kritischen Sachverstand für die Endlagersuche ab.

370 Ein Erfolg ist, dass nach jahrzehntelangem Kampf der völlig ungeeignete
371 Salzstock Gorleben wegen geologischer Mängel aus der Endlagersuche ausgeschieden
372 ist. Nun muss die nukleare Infrastruktur am Standort Gorleben zurückgebaut
373 werden. Das Bergwerk muss verfüllt und die Pilotkonditionierungsanlage zur
374 endlagerechten Umverpackung des Mülls schnellstmöglich abgebaut werden. Einen

375 regionalen Stakeholder-Dialog für eine zukunftsfähige Nutzung der Flächen und
376 Gebäude unterstützen wir.

377 **Neues Sicherheitskonzept für die Zwischenlagerung**

378 Wann ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll zur Verfügung stehen wird, ist
379 bislang nicht absehbar. Selbst wenn der aktuelle Zeitplan Bestand hat, gibt es
380 eine zeitliche Lücke zwischen dem Auslaufen der Zwischenlagereignisgenehmigungen und
381 der Inbetriebnahme des Endlagers. Folglich muss eine Debatte über die
382 notwendigen verlängerten Zwischenlagerzeiträume sowie über die
383 Sicherheitskonzepte der Lagerstandorte geführt werden. Wir niedersächsischen
384 GRÜNEN werden uns bei der Bundesregierung für eine Zwischenlagerkommission und
385 eine damit verbundene Beteiligung der Zivilgesellschaft an den betroffenen
386 Zwischenlagerstandorten einsetzen.

387 **Atomausstieg vollenden**

388 Mit dem AKW Emsland geht Ende 2022 zeitgleich mit Isar 2 und Neckarwestheim 2
389 das letzte Atomkraftwerk in Niedersachsen vom Netz. Das ist ein riesiger Erfolg
390 der Antiatombewegung und GRÜNER Politik. Nun gilt es, den Rückbau auf höchstem
391 Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Um den Atomausstieg zu vollenden, muss
392 endlich auch die Brennelementefabrik in Lingen geschlossen werden und solange
393 mindestens der Export von Brennelementen an Risikoreaktoren in Nachbarländer
394 verboten werden. Dafür setzen wir uns gegenüber der Bundesregierung ein.

395 **Transparenter Endlagersuchprozess für schwach- und mittelradioaktive Abfälle**

396 Wir setzen uns für einen transparenten und lernenden Endlagersuchprozess auch
397 für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ein – mit einheitlichen
398 Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlagerung und Einlagerung entsprechend
399 dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Wir begrüßen den Antrag auf
400 Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für Schacht Konrad, denn die
401 Sicherheitskriterien aus den 1980er Jahren sind veraltet und können nicht mehr
402 angesetzt werden.

403 Wir prüfen, ob ein Atommüll-Logistikzentrum bzw. Zwischenlager – wie aktuell in
404 Würgassen geplant – notwendig ist oder stattdessen auch eine Direktanlieferung
405 an ein Endlager möglich ist. Gegenüber der Bundesregierung setzen wir uns für
406 einen Neustart des intransparenten Verfahrens ein.

407 Die Einlagerungsbedingungen der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle im
408 Zwischenlager Leese entsprechen nicht den heutigen Anforderungen und der
409 Pachtvertrag für das Gelände des Zwischenlagers läuft 2030 aus. Nicht nur mit
410 Blick auf das Zwischenlager Leese, sondern generell muss in einem transparenten
411 Verfahren endlich ein Sicherheitskonzept für den zukünftigen Umgang mit den
412 Abfällen in den Zwischenlagern erarbeitet werden.

413 **Atommüll aus der Asse holen**

414 Für die Asse gilt: die schnellstmögliche Rückholung ist das Ziel. Alle
415 Teilprojekte der Rückholung müssen weiter konsequent in einem transparenten
416 Verfahren unter Bürger*innenbeteiligung vorangetrieben werden. Die
417 Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit der Begleitprozess wieder in
418 Gang gebracht wird und die Belange der Betroffenen und der Wissenschaft, u. a.
419 über die Asse-II-Begleitgruppe und die Arbeitsgruppe Optionen – Rückholung
420 (AGO), gehört werden. Wir unterstützen Bürger*inneninitiativen dabei, ihren
421 Sachverstand in die Stilllegungs- und Rückbauverfahren einzubringen und fordern

422 gegenüber der Bundesregierung ein, dass alle kritischen Punkte sorgfältig
423 abgearbeitet werden. Die Auswahl eines Zwischenlagerstandorts war laut einem
424 unabhängigen Expert*innengremium nicht sachgerecht. Die Alternativenprüfung für
425 einen Zwischenlagerstandort muss daher nachvollziehbarer gestaltet werden als
426 bisher.

Kap.3 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.4. Kapitel III - Wir gestalten Niedersachsen – Chancengerecht und Solidarisch

Antragstext

1 Gute Kinderbetreuung im ganzen Land

2 Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen
3 für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für
4 gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare
5 Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6 sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung.

7 Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und
8 Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass
9 sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken.
10 Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie
11 und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern-
12 und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher*innen
13 gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch
14 eine Entlastung für die Erzieher*innen, damit sie genug Zeit haben, allen
15 Kindern gerecht zu werden.

16 Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein
17 wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um
18 allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell
19 viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für
20 eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und
21 brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen
22 mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende
23 oder im Schichtdienst Arbeitende.

24 Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die
25 Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards
26 und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem
27 ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört
28 für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es
29 daher, das Verhältnis von Pädagog*innen und Kindern kontinuierlich zu
30 verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen
31 Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise
32 Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten,
33 damit sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und
34 den Eltern gerecht werden können.

35 Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an

36 Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und
37 Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion

38 muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe
39 eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine
40 Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit
41 barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür
42 ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte
43 Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in
44 Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe
45 und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und
46 Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden.

47 **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln**

48 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu
49 Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche
50 Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen
51 niedrighwelligen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und
52 Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu
53 solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind:
54 in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir
55 Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen sowie (Grund-
56)Schulen die Möglichkeit geben, ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir nutzen
57 Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende
58 Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die
59 Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert.

60 **Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen**

61 Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch
62 kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine
63 Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die
64 Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu
65 unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine
66 zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen
67 Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung
68 solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation
69 deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden
70 wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten
71 wollen wir erleichtern, indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere
72 Bundesländer anpassen.

73 **Fachkräftemangel begegnen, Erzieher*innen besser bezahlen**

74 Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten
75 Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich
76 ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir
77 GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den
78 Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken.

79 Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen,
80 um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu
81 ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer
82 Berufsabschlüsse, um Menschen mit Migrationsgeschichte mit entsprechenden
83 Berufskennntnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu vereinfachen. Wir
84 sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und
85 lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die

86 Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche
87 Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer
88 ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden
89 beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung
90 an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche
91 Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit
92 zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die
93 Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das
94 Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte
95 aufzeigen, um sie im Beruf zu halten.

96 **GRÜNE Politik macht Schule**

97 Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung
98 und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen
99 dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der individuellen Herkunft abhängen.
100 Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungssystem, das
101 alle Menschen mitnimmt und optimal fördert.

102 Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht,
103 der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im
104 internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial
105 selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf
106 die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch
107 das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer
108 bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege.

109 Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler*innen, die
110 besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit
111 verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres
112 sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der
113 Schüler*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in
114 Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames
115 Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagschule Freiräume für
116 individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der
117 Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht
118 sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten
119 Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden.

120 Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es,
121 Schulen mit ausreichend gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber
122 hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass
123 sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir mit dem
124 Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu sanieren und
125 aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen.

126 **Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule**

127 Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom
128 gemeinsamen Lernen profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere
129 Schüler*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht
130 nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem
131 – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht
132 so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule
133 muss Chancen eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln

134 und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere
135 gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen
136 alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu
137 befördern. Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter
138 stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege
139 der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

140 **Damit der Übergang klappt**

141 Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen
142 sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier
143 profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in
144 Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um
145 Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur
146 dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch
147 Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen
148 weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter
149 voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse
150 eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch
151 die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren
152 weiterzuentwickeln.

153 **Ressourcen gerecht verteilen**

154 In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders
155 viele Schüler*innen haben, die intensiv begleitet werden müssen. Die
156 Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und
157 Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem
158 Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die
159 pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen
160 wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre
161 Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von
162 Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit
163 einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien.

164 **Lernen im eigenen Takt**

165 Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder
166 verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik,
167 Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut
168 ausgebildete Lehrer*innen sein. Damit Schüler*innen Raum für ein
169 selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen
170 Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen
171 bei der Weiterentwicklung von Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes
172 Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um
173 dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter
174 GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs
175 ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass
176 der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es
177 Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler*innen
178 ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser
179 auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich
180 anderes Verständnis des Lehrer*innenberufs voraus und wird eine wesentliche
181 Veränderung der Lehrer*innenausbildung mit sich bringen.

182 Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle
183 Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren
184 Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der
185 Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker
186 in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-
187 Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche
188 Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen.

189 Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die
190 Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten
191 Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit Kindern, die Scheitern und einen
192 Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in
193 überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen.
194 Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als
195 Lernort einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft mit sehr unterschiedlichen
196 Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte diese Schulform generell mit kleineren
197 Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder
198 aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von
199 Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt
200 werden.

201 **Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen**

202 Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von
203 pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen,
204 selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN
205 setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben
206 sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so
207 zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement
208 wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern,
209 dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung
210 von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen
211 ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie
212 jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben.
213 Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahneempfehlungen benötigen
214 Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch
215 durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir
216 Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können.

217 **Inklusive Schulen weiterentwickeln**

218 Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und
219 macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-
220 Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik.
221 Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde
222 Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan
223 des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus.
224 Das entstehende Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für
225 zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein.

226 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler*innen ein –
227 egal, ob diese Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen,
228 aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen
229 müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in
230 inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und

231 Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrieren
232 abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik,
233 die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen
234 Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt.

235 Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und
236 bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv
237 arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können.
238 Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung, ebenso wie
239 die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige
240 Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen
241 Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die Tatsache, dass Jugendliche
242 an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten Klasse
243 machen können, benachteiligt viele Schüler*innen, die keine Förderschule mehr
244 besuchen. Diese und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven
245 Arbeitens abbauen.

246 Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die
247 sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen.
248 Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen
249 Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen
250 gebraucht: wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und
251 Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Handwerker*innen und Krankenpflegekräfte.
252 Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für
253 unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich
254 ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau
255 systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen
256 personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden
257 therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische
258 Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch
259 fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt.
260 Das wollen wir beenden.

261 Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess
262 ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder
263 Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, die derzeit unter die Räder geraten.
264 Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion
265 stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales,
266 niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen. Bis diese
267 Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für
268 Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für
269 die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter
270 die Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird.

271 **Diversität fördern**

272 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten
273 noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt
274 das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen
275 Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit,
276 dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir
277 die Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für
278 alle Kinder auch im Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften
279 vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den

280 Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur
281 Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende
282 Angebote auf den Weg bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte
283 für Angebote des Herkunftssprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im
284 Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für
285 Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur
286 Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns
287 dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schule gelebt wird und Vielfalt im
288 Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine
289 Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden.
290 Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch
291 heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt.
292 Dieses Muster wollen wir durchbrechen.

293 Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten.
294 Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und
295 ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese
296 Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen
297 und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und
298 geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und
299 uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen.

300 **Ganztagschulen ausbauen**

301 Die Ganztagschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten
302 Schulsystems, damit alle Schüler*innen bestmöglich gefördert werden und an
303 vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztage light“,
304 der als Verwahrestation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist
305 stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei
306 dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit,
307 kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll
308 aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu
309 Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem
310 pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen.

311 **Guter Ganztage durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung 312 mit Vereinen**

313 Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören
314 qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und
315 Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und
316 kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres
317 räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine
318 Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese
319 Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und
320 Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und
321 verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und
322 Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind
323 wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb
324 für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen
325 Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes
326 Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die
327 derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des
328 Ganztagschulausbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von

329 Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote
330 dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren).

331 Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder
332 und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden
333 wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen
334 finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen
335 aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus
336 gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil
337 erhalten kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den
338 Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich
339 ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und
340 Synergien schaffen.

341 **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben**

342 Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten
343 Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die
344 Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei sind, die
345 Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an
346 gutes Lernen und Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen,
347 diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die
348 Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem
349 Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und
350 Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel
351 muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt
352 teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür
353 ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus
354 der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken.

355 Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran und die Schulen
356 werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt
357 und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts
358 schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck,
359 sondern ein Werkzeug, dass Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher
360 und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau
361 anzuwenden. Anders als andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut
362 noch Digitalprofessuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in
363 Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das gilt es zu ändern.
364 Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem
365 hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine
366 Ausbildung IT-Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte
367 zu gewinnen.

368 **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel**

369 Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben
370 des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen
371 Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in
372 Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales
373 Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die
374 Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt
375 werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und
376 globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen fest zu verankern
377 und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern.

378 Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um
379 vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-
380 Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der
381 Welt).

382 **Lehrer*innen unterstützen und Schulqualität sichern**

383 Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag
384 Lehrer*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit
385 den Schüler*innen und für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter
386 und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den
387 letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der
388 Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt.
389 Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert
390 mehr und bestausgebildete Lehrer*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN
391 gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf
392 verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im
393 Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und
394 gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bislang gab es keine ernsthafte
395 Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir
396 ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg
397 bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung.

398 Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und
399 schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch
400 Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer*innen in der Regel nach A13 bezahlt
401 werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die
402 Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese
403 Bezahlung zudem rechtlich geboten. Darüber hinaus brauchen auch diese
404 Schulformen Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von
405 Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine
406 zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns
407 daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von
408 Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete
409 Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu
410 zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching.

411 Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen
412 Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die
413 zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Wir
414 treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen
415 sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn
416 diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von
417 Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal –
418 insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von
419 Schulverwaltungs Kräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten
420 Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen kann Schule den Anforderungen besser
421 gerecht werden.

422 **Den Fachkräftemangel gezielt angehen**

423 Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit
424 die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines
425 erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und
426 Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger

427 Reform- und Qualitäts-verbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern
428 müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel
429 nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche
430 Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben
431 mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und
432 Sonderpädagog*innen muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus setzen wir uns
433 für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein.

434 Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der
435 Übergangszeit verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn
436 in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger*in sein wird, dann
437 macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen
438 Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv
439 gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser
440 vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu
441 gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal
442 hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar
443 sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können.

444 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren,
445 um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs
446 vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach
447 Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu
448 gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker
449 einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten
450 Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer
451 individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten. Die
452 Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den
453 Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür
454 schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der
455 fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die
456 Ausbildung einfließt.

457 Sonderpädagog*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen
458 hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert.
459 Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist*innen der
460 Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre
461 beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen.

462 **Schule als demokratisches System**

463 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung
464 der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird.
465 Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein,
466 eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung
467 von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der
468 Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an
469 Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern
470 diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler*innen und
471 Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler*innen auch bei allen
472 schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der
473 Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden.

474 **Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden**

475 Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein
476 erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen
477 und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von
478 zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die
479 Zahl der Schulabgänger*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen,
480 die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein,
481 den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern.
482 Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem Handwerk bringen wir
483 eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es,
484 Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu
485 entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird.

486 Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer
487 Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute
488 Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher
489 setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit einem
490 landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in
491 Niedersachsen). An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von
492 weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa
493 Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auf
494 die Schüler*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der
495 Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das
496 Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu
497 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie
498 Meisterausbildung ein.

499 Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher
500 Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen
501 Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem
502 Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl.
503 Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um
504 beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und
505 beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität
506 der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und
507 öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische
508 Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit
509 den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer
510 Ausbildung entwickelt werden.

511 Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten
512 Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese
513 Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das
514 allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im
515 Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen
516 streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen
517 Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in
518 die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen
519 Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen
520 Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus.
521 Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und
522 Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund
523 für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen auf
524 einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür

525 sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der
526 Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der Ausbildungsplatzumlage
527 wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden,
528 zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro
529 Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds.

530 Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv
531 Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu
532 ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der
533 Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der
534 Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen
535 nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für
536 Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht
537 sind oder waren, ab.

538 Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und
539 Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen.
540 Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie
541 Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die Auszubildenden
542 benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die
543 Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische
544 Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze
545 anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu
546 vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart
547 Factories als Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an
548 den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe
549 ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories
550 landesweit umsetzen.

551 **Berufsbildende Schulen**

552 Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher
553 Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen
554 vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten.
555 Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung nach wie
556 vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem
557 Lehrer*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den
558 Lehrerberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk und
559 Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von
560 Fachpraxislehrer*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die
561 Fachpraxislehrer*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10
562 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer*innen
563 leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis
564 hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die
565 Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausweiten, um
566 perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer*innen zu
567 haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer
568 Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert.
569 Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den
570 Sozialpartnern zügig und konsequent angehen.

571 Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen:
572 Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung
573 weiterentwickeln, um die Kapazitäten der Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen

574 für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die Halbwertszeiten der
575 im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich
576 verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen
577 Berufen erheblich ändern, müssen wir den Arbeitnehmer*innen gezielte Angebote
578 machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können.
579 Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden
580 können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden
581 Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken.
582 Um Berufsschüler*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und
583 gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass
584 Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können.

585 Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine
586 wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN
587 setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im
588 Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute
589 Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen
590 Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen
591 berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist eine entsprechende
592 Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der
593 sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden
594 Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an
595 Berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren
596 werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven
597 Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

598 **Wissenschaft gestaltet Zukunft**

599 Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und
600 zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft
601 Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der
602 zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet
603 damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher
604 Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es,
605 Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen
606 die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre
607 Potenziale zu entfalten.

608 **Verlässliche Hochschulfinanzierung**

609 Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die
610 Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle
611 Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer
612 Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages
613 unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen
614 verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte
615 Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden
616 Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt.
617 Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes-
618 und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich
619 partizipieren können.

620 **Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen**

621 Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern
622 Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies
623 Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern
624 abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der
625 Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs
626 von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen,
627 insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie
628 stammen, ermutigt und dabei unterstützt werden, ein Hochschulstudium
629 aufzunehmen.

630 Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre.
631 Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017
632 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um
633 die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden
634 wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden
635 und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der
636 Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für
637 die Bauunterhaltung kompensieren müssen.

638 Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des
639 Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen
640 zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist
641 es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor*innen
642 sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen,
643 damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden
644 kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in
645 der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und
646 auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig
647 zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume
648 für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung
649 analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale
650 Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des
651 akademischen Personals.

652 Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker
653 berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren
654 und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern
655 und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und
656 Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschulte Strukturen passen
657 nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür
658 schaffen, dass ein Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur
659 Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die Pflege von Angehörigen möglichst
660 flexibel und individuell gestaltet werden kann.

661 Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten
662 MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu
663 hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die
664 Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs-
665 und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur
666 Verfügung steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie
667 studienbegleitende Tutorien und Mentor*innenprogramme fördern wollen.

668 Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und
669 Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus.

670 Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für
671 angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge
672 für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben
673 berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten.

674 Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung
675 oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür
676 einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler
677 gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu
678 zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und
679 späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft
680 fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung
681 stärker bei der Zulassung gewichtet werden.

682 **Vielfältige Hochschullandschaft**

683 Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus
684 Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie
685 staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt
686 über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über
687 anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites
688 Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der
689 Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen
690 über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine
691 zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen
692 dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren.

693 Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem
694 Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen
695 organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen.
696 Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch
697 eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und
698 geben einander neue Impulse.

699 **Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen**

700 Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen.
701 Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine
702 funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen
703 der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung
704 von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke
705 gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht
706 mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich
707 gestiegen ist. Die Kosten der Studentenwerke decken die Studierenden nun zu
708 einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der
709 Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen
710 liegen. Wir GRÜNE setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche
711 Finanzierung der Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für
712 Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über
713 Gebühr belastet werden.

714 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten
715 Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium
716 ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen
717 Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir

718 begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und
719 elternunabhängiger gestalten möchte und setzen uns dafür ein, dass auch
720 Teilzeitstudierende BAföG beziehen können.

721 **Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen**

722 An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich
723 des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht
724 nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes,
725 sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn
726 ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum
727 einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der
728 Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des
729 Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von
730 nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren
731 über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen
732 sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie
733 nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen
734 können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden
735 sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und
736 Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der
737 Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen
738 Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem
739 Niedersachsenfonds bereitgestellt.

740 **Forschung nachhaltig gestalten**

741 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die
742 Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die
743 großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein
744 Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom
745 Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken.
746 Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um
747 den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen
748 notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue
749 und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen
750 Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und
751 weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens-
752 und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch
753 schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption
754 neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken
755 zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen).

756 Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist
757 Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und
758 Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben
759 beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten
760 Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese
761 perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz).
762 Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für
763 wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der
764 Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch
765 stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig.

766 Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den
767 Hochschulen zu fördern.

768 **Mehr Beteiligung wagen**

769 Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer
770 funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass
771 alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben,
772 sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von
773 Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit
774 der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für
775 Studierende und Beschäftigte erreichen.

776 **Internationalisierung und Digitalisierung**

777 Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die
778 Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen
779 wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen
780 Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von
781 Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der
782 niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich
783 zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie
784 die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht
785 es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in
786 Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen
787 Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen
788 gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so
789 anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen
790 der Digitalisierung profitieren können.

791 **Gute Arbeit und Gleichstellung**

792 Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten
793 und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE
794 GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und
795 auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere
796 Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben
797 müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen
798 Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue
799 akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau
800 stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen –
801 jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und
802 Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist
803 Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den
804 Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur
805 Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben.
806 Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits
807 wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten
808 und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in
809 die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards
810 gesichert werden.

811 **4. Erwachsenenbildung stärken**

812 Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant
813 verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es,

814 Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der
815 Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre
816 Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern.
817 Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von
818 Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die
819 Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr
820 Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und
821 Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und
822 offene Gesellschaft). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die
823 Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in
824 Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für
825 verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit
826 Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die
827 trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken.

828 **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung**

829 Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden
830 Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten
831 Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von
832 Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die
833 Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des
834 Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
835 setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des
836 gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

837 **Grundbildung und Alphabetisierung**

838 Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende
839 Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis
840 für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den
841 Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären
842 Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer
843 niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und
844 sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die sowohl jüngere als auch die wachsende
845 Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese
846 besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können
847 dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
848 daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten.

849 **Neue Formate und Digitalisierung**

850 Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die
851 Arbeitsweise der Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine
852 hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen
853 und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate
854 in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden
855 benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und
856 virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So
857 verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der
858 Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern
859 benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht
860 zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen
861 auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und
862 weiterzuentwickeln.

863 **Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter**

864 GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen
865 Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge
866 Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in besonderem
867 Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geleistet und
868 unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir
869 GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen
870 zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden.
871 Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur
872 Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des
873 Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern.

874 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik
875 bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die
876 sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere
877 Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch
878 dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich
879 anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht.
880 Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von
881 Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen
882 anerkannt werden.

883 **Kinderrechte stärken**

884 Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen
885 über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend
886 ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und
887 zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso
888 widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen
889 Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die
890 Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern.

891 Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr
892 politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale
893 Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob
894 es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die
895 Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten
896 Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen,
897 in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und
898 Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und
899 jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bei
900 allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und
901 Jugendliche damit verbunden sind.

902 **Kinderarmut beenden**

903 Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen
904 Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und
905 Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so
906 gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko
907 Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür,
908 dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein
909 selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die
910 Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und

911 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als
912 Schwung für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf
913 Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder,
914 investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche,
915 unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern
916 Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische
917 Ganztagsangebote aus. Wir wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen,
918 Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau
919 von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den
920 Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche
921 Entwicklungs-förderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters
922 ermöglichen.

923 **Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche**

924 Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur
925 Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für
926 mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule). Der Jugendarbeit kommt dabei
927 eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von
928 Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für
929 junge Menschen. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen
930 Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern. Dazu zählt eine
931 bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von
932 Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck
933 werden wir das Jugendförderungsgesetz novellieren und an die Bedürfnisse der
934 modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung
935 entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für
936 politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die
937 Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine
938 vielfältige Gesellschaft).

939 Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne
940 Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges
941 Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ –
942 dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts-
943 und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

944 **Kinderschutz ernst nehmen**

945 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und
946 körperliche Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission
947 Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen Kinderschutzgesetz
948 rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen
949 eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür
950 brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen
951 Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch
952 Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen
953 und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz
954 besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und
955 Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern,
956 die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten
957 und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder,
958 die Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot
959 insbesondere in der Fläche aus. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit

960 zwischen den verschiedenen Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu
961 stärken und Versorgungslücken zu schließen.

962 **Jugendhilfe ist unverzichtbar**

963 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der
964 Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die
965 Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die
966 Rahmenbedingungen hier zu verbessern.

967 Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in
968 Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also
969 Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden.
970 Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss
971 die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft
972 werden, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN
973 unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für
974 straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter
975 dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die
976 notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren
977 Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf
978 Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch
979 Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im
980 Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für
981 Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei
982 Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen.

983 Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für
984 die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die
985 Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb
986 eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune,
987 Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die
988 wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe
989 weiterentwickeln und stärken.

990 **Zeit für Familien**

991 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen
992 Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen
993 Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die alltägliche Balance zwischen
994 Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an
995 alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt.
996 Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart
997 werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten
998 wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit
999 Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle
1000 weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten
1001 ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder
1002 Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere
1003 Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

1004 **Familien unterstützen**

1005 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung
1006 übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und
1007 Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die

1008 Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen
1009 Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert
1010 werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu
1011 Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer
1012 niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit
1013 interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die Beratung
1014 und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen
1015 vollziehen.

1016 **Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen**

1017 Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle
1018 Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen
1019 haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen
1020 Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig
1021 möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen
1022 sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit
1023 Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket
1024 bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem
1025 unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien,
1026 Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen.
1027 Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus
1028 dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen.

1029 **Selbstbestimmt altern**

1030 Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem
1031 Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des
1032 Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass
1033 alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in die Gestaltung unserer
1034 Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in
1035 ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in
1036 Alltag und Pflege erhalten können.

1037 Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu
1038 ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum
1039 sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum
1040 mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben,
1041 müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der
1042 gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur
1043 gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut
1044 ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber
1045 auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter
1046 zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit –
1047 beispielsweise durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende
1048 Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die Förderung von niederschwelligen
1049 Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote hauswirtschaftlicher
1050 Dienstleistungen.

1051 **Selbstbestimmt sterben**

1052 Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund*innen
1053 und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht
1054 leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und
1055 Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker

1056 Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen
1057 Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote
1058 für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize).

1059 **Gesundheit und Pflege**

1060 GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge,
1061 gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient*innen in
1062 ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die
1063 Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit erhalten und Erkrankungen
1064 vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen,
1065 dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen,
1066 Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und
1067 solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet,
1068 Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist
1069 deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung
1070 ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen
1071 leben, arbeiten, sich engagieren und lernen: Schlechte Arbeitsbedingungen,
1072 Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes
1073 Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne
1074 sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung
1075 senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden
1076 Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit
1077 geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen,
1078 anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen.

1079 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen**

1080 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für
1081 Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es
1082 seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein
1083 unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns
1084 zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD
1085 strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und
1086 Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein
1087 gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und
1088 Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen
1089 höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community
1090 Health Nurses (Gemeindegeschwester Plus) oder in der Schulgesundheitspflege.
1091 Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die
1092 Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten
1093 des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer
1094 Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz
1095 bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in
1096 gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa
1097 in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von
1098 Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren
1099 Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu
1100 verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten,
1101 Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige
1102 Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich
1103 werden wir unterstützen.

1104 **Gut gerüstet für zukünftige Pandemien**

1105 Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut
1106 UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung
1107 neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche
1108 neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale
1109 Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft,
1110 Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen
1111 muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest
1112 aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger
1113 Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit
1114 Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen,
1115 Pandemieschutzübungen verankern und

1116 Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankenbetten absichern.

1117 Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt,
1118 flächendeckend Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen
1119 einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu
1120 schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese
1121 Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In
1122 Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von
1123 innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement
1124 Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die
1125 Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer
1126 Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in
1127 einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das
1128 Risiko neuer Pandemien zu reduzieren.

1129 Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den
1130 viehdichten Regionen in Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland
1131 und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt
1132 geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir den Umbau
1133 der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener
1134 Tierhaltung voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige
1135 Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen
1136 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

1137 **Gut versorgt in Stadt und Land**

1138 Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische
1139 Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir
1140 jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung.
1141 Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der hausärztlichen
1142 Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 5.100 Hausarztsitze
1143 nicht besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig
1144 praktizierenden Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den
1145 Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für
1146 Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um
1147 ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser
1148 Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären
1149 medizinischen Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die
1150 Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung,
1151 die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten sinnvoll verteilt und
1152 Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert*innen schon lange
1153 gefordert, werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulanter Versorgung

1154 überwinden und nichtärztliche Heilberufe stärker in die Primärversorgung
1155 einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und
1156 poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen,
1157 Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten
1158 Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient*innen
1159 bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenurse unter einem Dach
1160 mit Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen
1161 finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte
1162 bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen
1163 Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, im
1164 ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer*in eine eigene Praxis
1165 führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher
1166 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir
1167 sicherstellen, dass Kommunen nach sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze
1168 zugreifen können. Mittels Patient*innen-orientierter Digitalisierung wollen wir
1169 Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie stärken.
1170 Telemedizinische Angebote treiben wir voran.

1171 **Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen**

1172 Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin
1173 zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen
1174 Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der
1175 Behandlungsqualität orientierten Kranken-hausplanung zukunftsfähig gestalten. In
1176 mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit
1177 differenzierten Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es
1178 neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein
1179 Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung
1180 und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine
1181 zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende
1182 Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu bringen und regionale integrierte
1183 Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern.

1184 **Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite**

1185 Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient*innen
1186 ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle
1187 Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung und Belastung gerecht
1188 werden. Renditeerwartung von Investor*innen, klamme kommunale Haushalte und die
1189 massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in
1190 Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen
1191 mit katastrophalen Folgen in unseren Kranken-häusern geführt: durch
1192 Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie durch die
1193 Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf
1194 dem Rücken von Patient*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten
1195 oder gar Gewinne zu erwirtschaften. Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene
1196 Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte
1197 Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir
1198 erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah
1199 beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit
1200 für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtig
1201 Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU Koalition
1202 in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut
1203 hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse kurzerhand doch wieder

1204 zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf
1205 mittlerweile mehr als 2 Milliarde € angewachsen. Solange dieser Investitionsstau
1206 nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen
1207 sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patienten*innen vorgesehen
1208 sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem
1209 Zustand wollen wir ein Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die
1210 Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen den Investitionsstau in
1211 unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen
1212 Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen
1213 Anpassung an Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die
1214 chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle
1215 Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle
1216 Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür
1217 einsetzen, dass die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht
1218 gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah
1219 dort ankommt, wo sie benötigt wird.

1220 **Krankenhäuser in die öffentliche Hand**

1221 Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der
1222 Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten
1223 sollten. Den Trend zur Krankenhausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür
1224 unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand
1225 holen möchten.

1226 **Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität**

1227 Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausimmissionen
1228 noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische
1229 Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO₂-Reduktion
1230 spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber
1231 auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben
1232 wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit
1233 Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die
1234 Ernährung für Patient*innen und Mitarbeiter*innen gesünder zu gestalten, um
1235 deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK- Klimamanager
1236 für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen.

1237 **Im Notfall gut versorgt**

1238 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal
1239 ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle
1240 Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende
1241 Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem
1242 Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser
1243 aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren
1244 einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre
1245 Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie
1246 Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile Ersthelfer*innen wollen wir
1247 flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen
1248 insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken
1249 bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote
1250 können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir
1251 standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung

1252 bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt*innen können das
1253 Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen.

1254 **Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsinitiative in der Gesundheitsversorgung**

1255 Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der
1256 Gesundheitsversorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem
1257 Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt
1258 verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem
1259 wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN
1260 mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige
1261 Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen
1262 Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und
1263 Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen
1264 Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu
1265 ermöglichen. Die geplante Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge
1266 Ärzt*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr wollen wir mit attraktiven
1267 Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge
1268 Ärzt*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner*innen auf dem Land begeistern.
1269 Nicht nur bei Ärzt*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen
1270 Berufen des Gesundheitswesens. Nach anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir
1271 sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen und
1272 damit Ärzt*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den
1273 Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen
1274 wir staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende
1275 Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für
1276 Pflegeassistent*innen, Heilerziehungspfleger*innen, medizinische
1277 Bademeister*innen und Diätassistent*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab.

1278 Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible
1279 Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie
1280 ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an
1281 Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem
1282 setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten
1283 Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des
1284 Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute
1285 Arbeit in Niedersachsen).

1286 Wir wollen Berufsausstiege*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch
1287 Maßnahmen der Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und
1288 Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte
1289 möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss
1290 im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der
1291 Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein
1292 dauerhaftes Bleiberecht.

1293 **Pflegeberufe stärken**

1294 Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft,
1295 die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem
1296 fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und
1297 Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals ist eine
1298 der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss.
1299 Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes
1300 evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die

1301 Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer
1302 Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der
1303 Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber
1304 ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen
1305 dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser und
1306 Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von
1307 Pflegepersonal beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche
1308 Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir
1309 treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den
1310 Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs-
1311 und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der
1312 Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im
1313 Pflegeberuf ermöglichen – etwa zur Pflegedienstleiter*in oder Praxisanleiter*in
1314 mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang
1315 Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international
1316 verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der
1317 Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf
1318 Bundesebene für eine Reform der Heilberufverordnung einsetzen und Community
1319 Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen.

1320 **Krankenversicherung**

1321 Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur
1322 für eine Ungleichbehandlung von Patient*innen etwa bei der Terminvergabe bei
1323 Fachärzt*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil
1324 ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres
1325 Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene
1326 für die Einführung einer Bürger*innenversicherung ein, in die alle
1327 Arbeitnehmer*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir
1328 niedersächsischen Beamt*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung
1329 ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert,
1330 einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht
1331 länger sowohl Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innenbeitrag selbst tragen
1332 müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann
1333 insbesondere für Beamt*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen
1334 Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein.

1335 **Selbstbestimmte Geburt**

1336 Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die
1337 Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz
1338 der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier
1339 Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die große
1340 Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf
1341 Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen
1342 gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die
1343 Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine
1344 selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung
1345 vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von
1346 Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der Geburtshilfe und eine
1347 verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen
1348 akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt umsetzen,
1349 durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser
1350 durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als

1351 Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen
1352 mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um
1353 finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben,
1354 entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es
1355 darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen
1356 geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund
1357 kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe
1358 sorgen will.

1359 **My body, my choice**

1360 Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist
1361 allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen
1362 notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der
1363 Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir
1364 für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und
1365 Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer
1366 gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger
1367 oder von der individuellen Haltung der Chefärzt*in abhängig sein, sondern muss
1368 durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden.
1369 Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren
1370 Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen
1371 Weiterbildungsangebote für Ärzt*innen aus. Neben der professionellen
1372 medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das
1373 Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die
1374 freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium
1375 von Ärzt*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt
1376 sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen,
1377 sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch nehmen können.
1378 Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über
1379 Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die
1380 Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird.

1381 **Psychische Gesundheit verbessern**

1382 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
1383 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit
1384 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und
1385 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des
1386 Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und
1387 psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu
1388 verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.
1389 Wartezeiten für stationäre Behandlungen auch jenseits von Notfällen wollen wir
1390 durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen Bettenzahl in
1391 psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und
1392 psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken.
1393 Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention,
1394 Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze
1395 ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung
1396 psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote
1397 psychisch kranker Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit
1398 Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir in die Prozesse zur
1399 Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer
1400 landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die

1401 Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme
1402 von Hilfeleistungen ab.

1403 **Gesundheitsversorgung für alle**

1404 Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe
1405 Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende
1406 medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil
1407 lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft
1408 diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstaus, die fürchten müssen,
1409 durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese
1410 Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und
1411 Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen
1412 Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger
1413 gefunden werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein
1414 Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstaus
1415 mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher
1416 Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten,
1417 wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir sorgen dafür, dass die
1418 Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder
1419 Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir,
1420 aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom
1421 Aufenthaltsstaus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen
1422 ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie
1423 Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant*innen wollen wir
1424 finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen.
1425 Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs- und
1426 Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die
1427 gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass
1428 Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend
1429 notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die
1430 Ausländerbehörde weiterleiten müssen.

1431 **Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik**

1432 Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht
1433 erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen
1434 Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung.
1435 Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur
1436 weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir
1437 begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte
1438 Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir
1439 finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch
1440 auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso
1441 wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen
1442 Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit
1443 sozialer Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster
1444 Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies
1445 wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr
1446 Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von
1447 Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel,
1448 Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den
1449 Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben
1450 rufen, bei denen Konsument*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die

1451 Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem
1452 Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher*innenschutz und der
1453 Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen
1454 die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten.

1455 **Für gute Pflege**

1456 Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt
1457 verdoppelt sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa –
1458 während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden,
1459 stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die
1460 Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen,
1461 Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe.

1462 Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt,
1463 die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante
1464 und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu
1465 zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in
1466 Niedersachsen. Quartierspfleger*innen, die über bestehende Bedarfe und die
1467 geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich
1468 entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen.
1469 Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus.

Kap.4 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.5. Kapitel IV - Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragstext

1 Das Eintreten für eine lebendige Demokratie, eine vielfältige und offene
2 Gesellschaft sowie einen starken Rechtsstaat ist eine gesellschaftliche und
3 politische Kernaufgabe. Demokratie darf nicht als selbstverständlich hingenommen
4 und ihr Schutz nicht als bloße Privatsache ausschließlich in die Hände der
5 Zivilgesellschaft gelegt werden. Der Maßstab und Auftrag politischen Handelns
6 ist das universelle Versprechen des Grundgesetzes für Menschenwürde, Freiheit,
7 Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung. Wir GRÜNEN
8 wollen in den kommenden Jahren für einen starken Rechtsstaat, ein Niedersachsen
9 der Teilhabe, der Integration, der Gleichstellung und der Vielfalt eintreten.

10 Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen

11 Niedersachsen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land, dass aktuell wie auch
12 schon 2015/2016 eine große Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten zeigt. Ein
13 weltoffenes und vielfältiges Niedersachsen bedeutet für uns, dass die
14 Menschenwürde für alle Menschen gilt, unabhängig von ihrer Herkunft, und dass
15 wir Menschen dementsprechend begegnen. Es bedeutet, ihnen so schnell wie möglich
16 die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und es bedeutet, dass in einer
17 Gesellschaft, die ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältiger wird,
18 öffentliche Institutionen diese Vielfalt widerspiegeln und alle Menschen die
19 gleichen Teilhabechancen erhalten.

20 Ein Zusammenleben in Vielfalt kann aber nur durch kontinuierliches Engagement
21 erreicht werden. Viele wichtige Angebote zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher
22 und politischer Teilhabe, die vor allem auf GRÜNES Betreiben hin geschaffen
23 worden waren, hat die rot-schwarze Landesregierung jedoch in den letzten Jahren
24 auslaufen lassen. Diese fehlen jetzt und müssen schnellstmöglich wieder auf- und
25 ausgebaut werden. Nur so können wir den vielen Menschen aus der Ukraine, aber
26 auch denen, die aus anderen Regionen vor Krieg, Gewalt und Terror zu uns
27 flüchten, eine echte Perspektive bieten.

28 Niedersachsen als sicherer Hafen

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein
30 sicherer Hafen für Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu
31 uns fliehen. SPD und CDU haben das unter rot-grün geschaffene
32 Landesaufnahmeprogramm auslaufen lassen – das wollen wir wieder neu aufleben
33 lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente
34 hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den
35 Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu ändern, dass Bundesländer eigene
36 Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das
37 Bundesinnenministerium beschließen können.

38 Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener
39 Geflüchteter und den schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und
40 Integrationsangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle Geflüchteten sollen
41 möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z.
42 B. Wegweiserkurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den
43 Kommunen wollen wir durch ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die
44 Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll drei Monate nicht
45 überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in
46 Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Einen
47 besonders hohen Stellenwert hat dabei für uns die Sicherstellung des
48 Schulbesuchs von Kindern und Jugendlichen.

49 Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern
50 und LSBTIQ-Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt
51 werden. Die Asylverfahrensberatung werden wir an allen Standorten durchgängig
52 sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie Trägerorganisationen
53 durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser
54 unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch
55 verbindliche, am Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen.
56 Maßstab ist hierbei für uns das Jugendhilferecht. Grundsätzlich setzen wir uns
57 für einen gleichberechtigten Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher zum
58 Kinder- und Jugendhilfesystem ein. Fragwürdige Verfahren der behördlichen
59 „Altersfestsetzung“ lehnen wir ab und wollen nach dem Grundsatz „Im Zweifel für
60 das Kindeswohl“ handeln. Eine Abschiebung junger Menschen im Geltungsbereich des
61 Jugendhilferechts lehnen wir ab. Die Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb
62 eines Schulabschlusses für junge Geflüchtete bis 25 Jahre werden wir deutlich
63 verbessern. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete die Regelschule besuchen.

64 Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden
65 wir deutlich verbessern. Alle Migrant*innen sollen unabhängig von ihrem
66 Aufenthaltsstatus einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer
67 Versorgung erhalten – etwa durch die Gesundheitskarte für alle. Für
68 illegalisierte Migrant*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst
69 vor Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem
70 bereits gut erprobten Modell Anonyme Krankenscheine. Die gesundheitliche
71 Aufklärung werden wir verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine
72 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um Geflüchteten den
73 gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des
74 Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir
75 öffentliche Stellen gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen.

76 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige
77 Rückführung oder Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die
78 Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall einer umfassenden Einzelfallprüfung.
79 Dabei kommt in der Abwägung den Folgen für Familienangehörige besonderes Gewicht
80 zu. Eine Abschiebung ist auszuschließen, wenn Gewalt oder unzumutbare
81 Lebensumstände drohen, z. B. durch bewaffnete Konflikte im Land. Wir setzen uns
82 für einen generellen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete ein.
83 Abschiebehaft ist aus unserer Sicht in aller Regel kein verhältnismäßiges Mittel
84 zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Ihre Beantragung soll allenfalls in
85 definierten Ausnahmefällen mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde möglich
86 sein. Alternativen sind zwingend zu prüfen. Die Beratung zur freiwilligen
87 Rückkehr wollen wir in die unabhängigen Hände freier Trägerorganisationen geben.

88 Teilhabe und Integration als Daueraufgabe

89 Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die Menschen, die hierherkommen,
90 bereichern Niedersachsen auf vielfältige Weise und tragen nicht nur zum
91 wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch zum kulturellen Reichtum des Landes
92 bei. CDU und SPD haben mit ihrer Politik gezeigt, dass sie die Chancen des
93 Einwanderungslandes Niedersachsen nicht verstanden haben und kaum etwas dafür
94 getan haben, sie zu nutzen. Die Ausländerbehörden wollen wir zu
95 Willkommensbehörden weiterentwickeln, die eng mit den zivilgesellschaftlichen
96 Einrichtungen der Migrationsarbeit kooperieren. Mit einem neuen Gesetz für
97 Integration und Teilhabe sichern wir den Zugang zu Bildung, Ausbildung,
98 Beschäftigung und politischer Mitbestimmung in der Einwanderungsgesellschaft.
99 Darüber hinaus legen wir ein neues Handlungsprogramm Teilhabe auf, um für alle
100 Zielgruppen einen besseren Zugang zu Integrationsangeboten zu schaffen,
101 insbesondere zu Sprachkursen. Vielerorts muss hierzu das Angebot ausgeweitet und
102 die Finanzierung gesichert werden. Migrant*innenselbstorganisationen –
103 insbesondere von Jugendlichen – wollen wir besser unterstützen.

104 Wir starten eine Einbürgerungskampagne, um mehr Menschen den Erwerb der
105 deutschen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Über Bundestag und Bundesrat setzen
106 wir uns dafür ein, Einbürgerungen weiter zu erleichtern. Wir setzen uns darüber
107 hinaus für eine Wahlrechtsreform ein, die allen Menschen unabhängig von ihrer
108 Staatsangehörigkeit das kommunale Wahlrecht einräumt, wenn sie seit mindesten
109 drei Jahren hier leben.

110 Kettenduldungen wollen wir in Niedersachsen beenden und Menschen, die zum Teil
111 seit vielen Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bei uns leben, einen Weg
112 zu einem dauerhaften Bleiberecht eröffnen. Hierfür schöpfen wir die
113 Ermessensspielräume des bestehenden Aufenthaltsrechts aus (z. B. Stärkung der
114 Härtefallkommission) und setzen uns auf Bundesebene für eine Liberalisierung des
115 Aufenthaltsgesetzes ein. Wir unterstützen das Grundsatzbekenntnis der neuen
116 Bundesregierung zum humanitären Bleiberecht und unterstützen die zügige
117 Umsetzung. Projekte wie Wege ins Bleiberecht wollen wir weiterentwickeln, um
118 Menschen auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus weiter zu
119 unterstützen.

120 In Vielfalt zusammenleben

121 Wir wollen unsere öffentlichen Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen und die
122 Polizei fit machen für die vielfältige Gesellschaft. Bei Polizei und
123 Sicherheitsbehörden bedeutet eine interkulturelle Öffnung auch, dass manche
124 Vorgehensweise kritisch hinterfragt und die Aus- und Weiterbildung angepasst
125 werden muss (vgl. Starker Rechtsstaat). Für unsere Bildungseinrichtungen wollen
126 wir gezielt Lehrer*innen und Erzieher*innen mit Migrationsgeschichte gewinnen,
127 dort zusätzliche Angebote für muttersprachlichen Unterricht schaffen – zum
128 Beispiel auch in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern – und das
129 Fremdsprachenangebot an Schulen ausweiten. Für Lehrer*innen und Erzieher*innen
130 brauchen wir mehr Fortbildungsangebote zur Förderung der Diversity- Kompetenz.
131 Die Behandlung der Kolonialgeschichte und Rassismuskritik wollen wir stärker in
132 den Lehrplänen verankern und Lehrbücher entsprechend überarbeiten (vgl.
133 Niedersachsen macht Schule). Wir fördern gezielt eine Kultur der
134 gesellschaftlichen Vielfalt. Dazu schaffen wir ein Landesprogramm für die
135 Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt, in dessen Rahmen beispielsweise

136 Diversity-Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen stattfinden (vgl. Ein
137 Staat, der funktioniert).

138 Den interreligiösen Dialog wollen wir weiter fördern. Wir streben einen Vertrag
139 mit den islamischen Glaubensgemeinschaften an, um beispielsweise
140 Religionsunterricht, Imam-ausbildung und Seelsorge auf eine neue Grundlage zu
141 stellen. Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir gezielt fördern. Mit den
142 Dachverbänden der Sinti und Roma streben wir eine dauerhafte Anerkennung und
143 Förderung auf vertraglicher Grundlage an. Die Mittelkürzungen von
144 Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Vereine wie die der Sinti*zze und
145 Rom*nja werden wir wieder zurücknehmen.

146 Wir verbessern die Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant*innen, die heute zum
147 Teil unter unzumutbaren Bedingungen beispielsweise in Schlachthöfen beschäftigt
148 werden. Hierzu werden wir Mindeststandards definieren, Kontrollen ausweiten und
149 Strukturen des organisierten Menschenhandels mit den Mitteln des Rechtsstaates
150 systematisch bekämpfen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen, Sozial und ökologisch
151 bauen und wohnen). In vielen Ländern der Welt werden elementare Menschenrechte
152 missachtet. Die Regierungen dieser Länder gehen oftmals gezielt gegen die
153 Menschen vor, die sich in besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte
154 dort einsetzen. In solchen Fällen kann es notwendig sein, dass diese
155 Menschenrechtsaktivist*innen (MRV) für einen begrenzten Zeitraum außer Landes
156 gehen, um einer akuten Bedrohungssituation zu entgehen und neue Kräfte zu
157 sammeln. Wir wollen erreichen, dass Niedersachsen ähnlich wie z. B. Nordrhein-
158 Westfalen ein entsprechendes Schutzprogramm für MRV und politisch Verfolgte
159 einrichtet. Im Rahmen eines Stipendiums für einzelne MRV soll es möglich werden,
160 deren Auszeit in Niedersachsen für einen begrenzten Zeitraum zu sichern.
161 Niedersachsen kann damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte
162 weltweit leisten.

163 **Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen**

164 Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine moderne Polizei und eine starke
165 Justiz, die für alle Bürger*innen gleichermaßen zugänglich ist. Sicherheit, die
166 Freiheit von Angst und Gewalt, ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer
167 offenen Gesellschaft. Niedersachsens Polizei und Justiz stehen vor großen
168 Herausforderungen. Wir GRÜNEN haben bis 2018 wichtige Reformen auf den Weg
169 gebracht, um Niedersachsens Polizei und Justiz zukunftsfähig zu machen. An diese
170 werden wir anknüpfen und verlorene Zeit aufholen.

171 **Moderne Polizeiarbeit im liberalen Rechtsstaat**

172 Unsere Polizei leistet täglich wichtige Arbeit für die Sicherheit aller
173 Niedersächs*innen. Wir GRÜNEN wollen, dass die Personalausstattung, die
174 Ausbildung, die Organisation und die Ausstattung mit Einsatzmitteln und
175 (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und
176 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entsprechen. Diese haben
177 sich in den letzten Jahren stark gewandelt – nicht immer haben Ausbildung und
178 Ausstattung mit den Entwicklungen Schritt gehalten. Zu oft wurden
179 Eingriffsrechte ausgeweitet, wo es vor allem erforderlich gewesen wäre, die
180 Polizei für ihre neuen Aufgaben angemessen auszustatten und auszubilden. Zu
181 diesem Zweck rufen wir eine Strukturkommission Moderne Polizeiarbeit ins Leben,
182 die konkrete Empfehlungen erarbeitet.

183 Im Zuge der Modernisierung werden wir auch die rechtlichen Grundlagen der
184 Polizeiarbeit überarbeiten, insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische
185 Polizeigesetz. Besonders kritisch sehen wir GRÜNEN die Ermöglichung eines
186 Unterbindungsgewahrsams von bis zu 35 Tagen, die Ausweitung des Einsatzes von
187 Tasern und den Einsatz von Bodycams in seiner jetzigen Form. Wir werden
188 überprüfen, ob sich die ausgeweiteten Kompetenzen als wirksam erwiesen haben,
189 eine Neubewertung ihrer Verhältnismäßigkeit durchführen und die
190 Eingriffsbefugnisse der Polizei wieder am Maß des tatsächlich Erforderlichen
191 ausrichten. Für zukünftige Reformen im Sicherheitsbereich streben wir einen
192 Wirksamkeits-Check an, um die Verhältnismäßigkeit von Reformen auf der Basis
193 konkreter Erfahrungen besser beurteilen und bei Bedarf nachsteuern zu können.

194 Wir wollen die Stelle eine*r unabhängigen, parlamentarisch bestimmten
195 Polizeibeauftragte*n schaffen, die*der die Belange der Polizist*innen gegenüber
196 Regierung und Parlament ebenso vertritt wie sie*er im Konfliktfall
197 Ansprechpartner*in für Bürger*innen sein kann. Polizist*innen sollen die
198 Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von der dienstlichen Hierarchie an die*den
199 Polizeibeauftragte*n zu wenden. Mindestens einmal im Jahr soll die*der
200 Polizeibeauftragte einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die Stelle
201 muss personell ausreichend ausgestattet sein, um ihre vielfältigen Aufgaben
202 unabhängig – insbesondere gegenüber dem Innenministerium – wahrnehmen zu können.

203 Die Versammlungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Deshalb verbessern wir den
204 Rechtsschutz insbesondere für Teilnehmer*innen von Demonstrationen und stärken
205 das Vertrauen in die rechtsstaatliche Arbeitsweise der Polizei. Wir führen eine
206 anonymisierte Kennzeichnung für Bereitschaftspolizist*innen ein, die eine
207 nachträgliche Identifikation von Beamt*innen erleichtert und zugleich ihrem
208 legitimen Bedürfnis nach Persönlichkeitsschutz Rechnung trägt.

209 Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir
210 vollständig umsetzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen wir
211 klare und transparente Regeln, um die Rechte jeder*s Einzelnen zu schützen.
212 Hierzu zählen für uns insbesondere ein öffentliches Videokataster und genau
213 festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden.

214 Wir wollen die Polizeiarbeit stärker auf einer wissenschaftlichen Grundlage
215 aufbauen und die kriminologische Forschung stärken. Im Zuge dessen streben wir
216 die Ergänzung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch einen regelmäßigen
217 kriminologischen Sicherheitsbericht an, um die Perspektive auszuweiten und
218 Handlungsbedarfe früher und besser zu erkennen. Ein Fokus dieser
219 Sicherheitsberichterstattung sollen Delikte sein, die sich gegen besonders
220 verletzbare Personen richten und mutmaßlich vergleichsweise selten zur Anzeige
221 gebracht werden.

222 **Polizei in einer bunten Gesellschaft**

223 Unsere Polizist*innen sind in ihrer Arbeit häufig erheblichen Belastungen
224 ausgesetzt. Da die Niedersächsische Polizei personell nicht ausreichend
225 ausgestattet ist, schieben die Beamt*innen einen Überstundenberg von rund 1,5
226 Millionen Arbeitsstunden vor sich her. Dabei ist die Arbeit von Polizei und
227 Sicherheitsbehörden unerlässlich für den Bestand einer offenen Gesellschaft. Sie
228 sind jedoch auch selbst ein Abbild der Gesellschaft: Gruppenbezogene
229 Zuschreibungen und rassistische Stereotype existieren hier wie in den
230 allermeisten Organisationen und Institutionen. Aufgrund der speziellen Rolle der
231 Polizei ist dabei besondere Sensibilität gefragt. Kein anderes Organ ist in so

232 direkter Weise mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols befasst. Für
233 menschenfeindliche Haltungen kann es in den Reihen der Polizei keinerlei
234 Toleranz geben. Dies vorzuleben, ist auch und vor allem Aufgabe der
235 Polizeiführung.

236 Wir setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Praxis kontinuierlich durch die
237 Wissenschaft begleitet und kritisch untersucht wird. Die Politik braucht
238 frühzeitige und unabhängige Erkenntnisse über mögliche Fehlentwicklungen, zum
239 Beispiel beim Einsatz von unmittelbarem Zwang. In der Aus- und Weiterbildung von
240 Polizist*innen, insbesondere von Führungskräften, wollen wir einen Schwerpunkt
241 auf die Vermittlung von politischer Bildung, interkultureller und Diversity-
242 Kompetenz legen. Racial Profiling ist verboten. Bestimmte polizeiliche
243 Praktiken, etwa verdachtsunabhängige Kontrollen, müssen in der täglichen Arbeit
244 fortlaufend auch daraufhin kritisch reflektiert werden. Dies ist eine besondere
245 Herausforderung für polizeiliche Führungskräfte.

246 Rechtsextremismus darf innerhalb der Polizei keinen Platz haben. Mit den
247 Projekten Polizeischutz für die Demokratie und den Strategiepat*innen für
248 Demokratie verfügt die Polizei Niedersachsen über ein Netzwerk und Strukturen,
249 die entscheidende Beiträge leisten, um zu verhindern, dass sich
250 Rechtsextremismus in der Niedersächsischen Polizei flächendeckend ausbreiten
251 kann. Polizeiführung und -gewerkschaften zeigen eine klare Haltung gegen
252 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Gerade deshalb sind die
253 Voraussetzungen in Niedersachsen günstig, mit einem umfassenden
254 Präventionskonzept die demokratische Resilienz der Polizei weiter zu stärken.

255 **Reform des Verfassungsschutzes in den Fokus nehmen**

256 Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem
257 demokratischen Rechtsstaat stets eine Herausforderung dar, da sie sich
258 öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die strikten rechtsstaatlichen
259 Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der
260 Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben –
261 etwa den erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger
262 – lehnen wir ab. Zugleich erkennen wir an, dass der Staat auf eigene
263 Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextreme Strukturen
264 angewiesen ist.

265 Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und
266 dem öffentlichen Interesse an Information, wollen wir GRÜNEN den Reformprozess
267 des Verfassungsschutzes fortsetzen, den wir in Regierungsverantwortung
268 eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die
269 verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten
270 sowie die Begrenzung ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß. Den
271 Rechtsschutz für beobachtete Personen und die parlamentarische Kontrolle werden
272 wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen Kontrollgremien
273 des Bundes und der Länder.

274 **Katastrophenschutz krisenfest machen**

275 Nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels stellen neue Anforderungen an den
276 Katastrophenschutz. Extreme Wetterlagen, Überschwemmungen und Brände werden in
277 den kommenden Jahren zunehmen. Aber auch die neue Weltlage wie der Angriffskrieg
278 gegen die Ukraine macht eine Verstärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes
279 notwendig: moderne Alarmierungssysteme, eine Bevorratung mit Notfallmaterialien

280 und auch schnelle Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten. Zugleich ist es gerade
281 der Katastrophenschutz, der stark von ehrenamtlichem Engagement getragen wird
282 und bei der Suche nach Nachwuchs durch den demographischen Wandel vor
283 Herausforderungen gestellt wird – beispielsweise bei der Feuerwehr. Wir GRÜNEN
284 halten darum zusätzliche massive Investitionen in den Katastrophenschutz für
285 erforderlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat es hier in den letzten
286 Jahren versäumt, die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der landesweiten
287 Katastrophenschutzstrategie bereitzustellen. Diese Vorsorgelücke müssen wir
288 schließen und neben Investitionen in Ausstattung und Material auch Strategien
289 für den vorbeugenden Katastrophenschutz fördern. Die Attraktivität des haupt-
290 und ehrenamtlichen Dienstes bei der Feuerwehr wollen wir verbessern und mehr
291 Frauen und Migrant*innen dafür gewinnen. Darüber hinaus wollen wir eine
292 Taskforce Moor- und Waldbrand einrichten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen
293 und Feuerwehren ein niedersächsisches Waldbrandkonzept erarbeiten. Dabei
294 verfolgen wir die Strategie, durch den Umbau von Nadel- zu Mischwäldern und die
295 Wiedervernässung von Mooren diese widerstandsfähiger gegen Brände zu machen und
296 die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

297 **Zugänge zur Justiz vereinfachen – Digitalisierung stärken**

298 Wir GRÜNEN wollen den Zugang zum Recht vereinfachen. Wir bauen den Bürgerservice
299 an unseren Amtsgerichten aus und stärken die Beratungshilfe. Die Corona-Pandemie
300 hat die Defizite der Digitalisierung in der Justiz deutlich gemacht. Wir machen
301 das digitale Arbeiten sowohl im Sitzungssaal als auch im Büro zu einer
302 Selbstverständlichkeit. Dabei müssen höchste Sicherheitsstandards Anwendung
303 finden und klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigten gelten. Auch der Zugang
304 zur Justiz für die Bürger*innen und die Gerichte muss digitaler werden. Bündnis
305 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung,
306 Möglichkeiten zu schaffen, Verhandlungen online durchzuführen und
307 Kleinforderungen in bürgerfreundlichen digitalen Verfahren einfacher gerichtlich
308 durchzusetzen. Wir bauen dafür die digitale Kompetenz unserer Richter*innen aus,
309 statten die Gerichte mit angemessener Technik aus und intensivieren den Einsatz
310 bürgerfreundlicher Onlinemodule. Den Einsatz von modernen Instrumenten wie
311 Künstlicher Intelligenz (KI), Legal Tech und Algorithmenbasierten
312 Entscheidungsprozessen (ADM) in der Praxis bringen wir voran und begleiten die
313 regulative Ausgestaltung auf Bundes- und EU-Ebene kritisch. Insbesondere in
314 zukünftigen Massenverfahren – wie aktuell etwa beim Dieselabgasskandal – können
315 diese zu einer spürbaren Entlastung der Gerichte beitragen.

316 **Justiz entlasten und Fachkompetenzen bündeln**

317 Wir GRÜNEN machen Strafverfahren noch effektiver, schneller, moderner und
318 praxistauglicher, ohne die Rechte der Beschuldigten und deren Verteidigung zu
319 beschneiden. Bagatelldelikte wie etwa Cannabiskonsum zum Eigengebrauch,
320 Beförderungerschleichung und Containern müssen nicht mit dem Strafrecht
321 bekämpft werden. Hier unterstützen wir niedersächsischen GRÜNEN das Vorhaben der
322 Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu
323 modernisieren. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial
324 ungerecht. Um sie zu vermeiden, stärken wir z. B. das Programm Schwitzen statt
325 sitzen, bei dem Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgewendet
326 werden können. Das entlastet die Polizei sowie Vollstreckungs- und
327 Vollzugsbehörden. Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten
328 Geld verdient wird, wenden wir Maßnahmen wie Vermögensabschöpfung und
329 Beschlagnahmung von mit gewaschenem Geld erworbenen Immobilien konsequent an und

330 statten die Staatsanwaltschaften mit dem dafür benötigten Personal aus. Zur
331 Stärkung des Rechtsstaates wollen wir wie in Berlin einen rund um die Uhr
332 erreichbaren richterlichen Bereitschaftsdienst etwa bei Abschiebungen,
333 Hausdurchsuchungen oder anderen polizeilichen Maßnahmen einrichten.

334 Die Bündelung von Fachkompetenzen in Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein
335 geeignetes Instrument zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der
336 Strafverfolgung. Nicht in allen Themenbereichen müssen diese jedoch sinnvoll
337 sein. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften evaluieren und ein
338 Gesamtkonzept für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entwickeln.

339 **Resozialisierung in den Mittelpunkt – Offenen Vollzug stärken**

340 Kernpunkt unserer GRÜNEN Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Wir setzen
341 einen Fokus auf Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Leben nach dem
342 Vollzug zu unterstützen. Neben medizinischer Behandlung, insbesondere von
343 Suchterkrankungen, und Drogenprävention braucht guter Vollzug vielfältige
344 Angebote für ein aktives Gemeinschaftsleben und ein breites Angebot zur Aus-,
345 Fort- und Weiterbildung. Wir GRÜNEN stärken die Nutzung spezifischer digitaler
346 Angebote und Lernplattformen. Den offenen Vollzug für geeignete Inhaftierte
347 bauen wir aus. Er erfüllt wichtige Funktionen bei der Entlassungsvorbereitung
348 und Resozialisierung sowie trägt zur Stabilisierung sozialer und familiärer
349 Beziehungen bei. Um psychosoziale Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug zu
350 sichern, bedarf es einer erfolgreichen Anschlussbetreuung. Dazu werden wir
351 Justizvollzug und Bewährungshilfe wieder stärker verzahnen. Dies schützt die
352 Gesellschaft und die Täter*innen davor, rückfällig zu werden.

353 **Attraktiver Arbeitgeber Justiz: Vielfalt in der Justiz stärken**

354 Niedersachsens Justiz steht vor einem Generationenwechsel. Es gilt, auf allen
355 Ebenen qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Wichtig ist dabei: Die Justiz muss
356 diverser werden. Jurist*innen mit Migrationshintergrund werden noch zu selten
357 Richter*innen und Staatsanwält*innen. Mit Hilfe von gezielten
358 Personalgewinnungs- und Entwicklungsmaßnahmen machen wir GRÜNEN eine Karriere in
359 der Justiz von der Wachtmeister*in bis zur Gerichtspräsident*in für breitere
360 Bevölkerungsgruppen attraktiv. Auch bei den ehrenamtlichen Richter*innen und
361 Schöff*innen sorgen wir für mehr Diversität und machen Vorbilder sichtbar. Die
362 Besoldung von Justizwachtmeister*innen und Bediensteten im Strafvollzug wollen
363 wir verbessern.

364 Der Zugang zum Richter*innenamt muss von mehr als der Examensnote abhängen.
365 Außer-fachliche Kompetenzen und einschlägige Berufserfahrung werden wir höher
366 gewichten. Wir öffnen neue Karrierewege für Quereinsteiger*innen und bauen
367 Zugangshürden ab. Wir GRÜNEN haben lange für das Referendariat im Teilzeit
368 gekämpft – ab 2023 ermöglicht das Bundesrecht dies nun endlich. Wir schaffen die
369 Rahmenbedingungen dafür, dass dies in Niedersachsen schnell und flächendeckend
370 umgesetzt wird. Innovationen im Jurastudium, wie die Einführung von digitalen
371 Examen, treiben wir voran. Der Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und
372 Ländern ist ein Erfolgsmodell. Wir beteiligen uns auch zukünftig daran und
373 stellen sicher, dass alle Bereiche der Justiz mit den notwendigen Personal- und
374 Sachmitteln ausgestattet werden. Gute Arbeitsbedingungen in der Justiz haben für
375 uns Priorität. Dazu zählen auch umfassende fachliche und außerfachliche
376 Qualifizierungsangebote. Diese bauen wir aus, beispielsweise in den Bereichen
377 interkulturelle Kompetenz und Diversity, Demokratieförderung und
378 Extremismusprävention. Im Vollzug fehlen schon jetzt viele Fachkräfte. Wir

379 GRÜNEN starten eine groß angelegte Ausbildungsinitiative und machen die
380 vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Vollzug bekannter – denn guter Vollzug
381 braucht gutes Personal.

382 **Prävention und Opferschutz stärken**

383 Jede Straftat, die nicht begangen wird, ist ein Erfolg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
384 rücken Präventionsmaßnahmen wieder stärker in den Fokus der Innen- und
385 Rechtspolitik, stärken die wichtige Arbeit des Landespräventionsrats und
386 erarbeiten gemeinsam mit Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft eine
387 Gesamtpräventionsstrategie für Niedersachsen.

388 Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter*innen –
389 Opferschutz kommt oft zu kurz. Die Opferperspektive muss bei der Durchführung
390 der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN werden
391 Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen sowie Möglichkeiten zur
392 audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug*innen und Fortbildungsangebote für
393 Richter*innen und Staatsanwält*innen ausbauen – z. B. im Bereich kindgerechte
394 Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten unterstützen, fördern
395 wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst wohnortnahe
396 Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen geben. Digitale
397 Angebote können eine gute Ergänzung sein.

398 **Hasskriminalität bekämpfen**

399 Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Bekämpfung von Hasskriminalität
400 – beispielsweise auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der
401 Religionszugehörigkeit oder rassistischer Zuschreibungen (vgl. In Vielfalt
402 zusammenleben). In den letzten Jahren haben diese Delikte stark zugenommen.
403 Deshalb werden wir GRÜNEN bei der Polizei und Justiz Ressourcen für die Aufnahme
404 und Aufklärung dieser Straftaten ausbauen und beispielsweise die Zentralstelle
405 zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen
406 stärken. Ein großer Teil von Hasskriminalität findet heute online statt oder
407 wird online vorbereitet. Es geht hierbei etwa um schwerste Beleidigungen bis hin
408 zu Morddrohungen, die digital unter dem Deckmantel der Anonymität geäußert
409 werden, aber auch um die Radikalisierung von Einzelpersonen in Onlineforen und
410 Chatgruppen.

411 Zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität im Internet, die weit über
412 Hasskriminalität hinausgeht, wollen wir daher die Fähigkeiten der
413 Strafverfolgungsbehörden zur digitalen Ermittlung verbessern. Dabei behalten wir
414 die Balance zum Schutz der Grundrechte besonders im Blick – etwa dem Grundrecht
415 auf informationelle Selbstbestimmung oder auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

416 **Für eine vielfältige Gesellschaft**

417 **Gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft – gegen Diskriminierung und Hass**

418 Wir erleben jeden Tag, dass Demokratie verteidigt werden muss und
419 demokratiefeindliche Haltungen und Handlungen sich nicht allein durch Bildung
420 und Aufklärung bekämpfen lassen. In Zeiten der gesellschaftlichen
421 Auseinandersetzungen – wie in den vergangenen Jahren um den Umgang mit der
422 Corona-Pandemie – werden menschenfeindliche Denkmuster und Strukturen, die
423 Verachtung gegenüber Minderheiten und der Glaube an Verschwörungsmythen
424 besonders augenfällig. Doch für viele Betroffene waren sie auch vor der Pandemie
425 tagtäglich spürbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein entschiedenes

426 staatliches Vorgehen gegen Hass-kriminalität und für klare gesetzliche
427 Regelungen gegen alltägliche Formen der Ausgrenzung.

428 Angetrieben von digitalen Kanälen haben Hassrede und Hasskriminalität in den
429 letzten Jahren merklich zugenommen. Zum Ziel werden oft Angehörige religiöser
430 Minderheiten, People of Color, LSBTIQ oder Menschen mit Behinderung – und
431 zunehmend Personen, die öffentlich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz
432 eintreten, wie Bürgermeister*innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen.
433 Wir sagen Hassrede und Hasskriminalität den Kampf an. Wir stärken die Aufklärung
434 und Ahndung von Hass im Netz und schaffen für die Meldung, Anzeige und
435 statistische Erfassung von Hassdelikten zusätzliche Möglichkeiten, die über die
436 bisherigen Formen hinausgehen (vgl. Starker Rechtsstaat). Programme der
437 politischen Bildung gegen Hassrede wollen wir ausweiten und zusätzliche
438 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Außerdem wollen
439 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan gegen Rassismus auf
440 den Weg bringen und den strukturellen Rassismus in unseren Institutionen
441 bekämpfen.

442 Wir schaffen ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild
443 des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, das einen umfassenden Schutz vor
444 Diskriminierung durch öffentliche Einrichtungen des Landes und der Kommunen
445 bietet. Hierdurch schließen wir Rechtsschutzlücken zwischen dem Allgemeinen
446 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Niedersächsischen
447 Gleichberechtigungsgesetz (NGG). Wir erleichtern es Betroffenen, gegen
448 Diskriminierung vorzugehen und schaffen neue Möglichkeiten der Geltendmachung
449 von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen. Zur Durchsetzung der Ansprüche
450 schaffen wir ein Netz aus dezentralen Antidiskriminierungsbeschwerdestellen, die
451 vergleichbar mit Datenschutzbeauftragten die Betroffenen beraten und die
452 Interessen Betroffener gegenüber Behörden vertreten können.

453 **Queeres Leben gehört zu Niedersachsen**

454 Wir treten dafür ein, dass queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche
455 Identitäten als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft anerkannt und als
456 solche sichtbar werden. Hierzu werden wir GRÜNEN aktiv beitragen. Eine
457 queersensible Arbeitsweise und die Verwendung geschlechtergerechter Sprache
458 machen wir deshalb in den kommenden Jahren in allen Behörden des Landes zum
459 Standard. Wappengesetz und Fahnenerlass wollen wir anpassen, um das Hissen der
460 Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden einfacher zu ermöglichen. Wir wirken
461 darauf hin, dass auch für trans*, inter* und nichtbinäre Menschen angst- und
462 diskriminierungsfrei Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen.
463 Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz
464 queerer Menschen vor Diskriminierung.

465 Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Beratungs- und
466 Vernetzungs-strukturen für LSBTIQ-Menschen schaffen und landesweit die Beratung
467 für trans*, inter* und nichtbinäre Personen stärken. Der Zugang soll
468 niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen. Hasskriminalität
469 gegen queere Menschen bekämpfen wir besser – durch mehr Prävention und eine
470 gezieltere Strafverfolgung. Wir unterstützen queere Jugendverbände und fördern
471 den Aufbau queerspezifischer Kompetenzen in der Jugendarbeit. Sportvereine und -
472 verbände sollen für den Umgang mit queeren Themen sensibilisiert und queere
473 Sportarbeit besser unterstützt werden (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

474 An Schulen soll queeres Leben ein selbstverständlicher Teil des Alltags sein –
475 ohne die Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Sensibilisierung für
476 queere Vielfalt wollen wir als Teil der Lehrer*innenaus- und Weiterbildung
477 verankern. Schulen sollen Lehrkräfte als Ansprechpartner*innen für diese Belange
478 benennen und klare Regelungen für den nichtdiskriminierenden Umgang insbesondere
479 mit trans*, inter* und nichtbinären Menschen treffen. Projekte zur Aufklärung
480 über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen wollen wir stärker fördern
481 und die Förderung verstetigen (vgl. GRÜNE machen Schule).

482 Wir stärken die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen
483 Lebensphasen und wirken auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von
484 inter*, trans* und nichtbinären Personen in der medizinischen Ausbildung hin.
485 Wir verbessern die Situation queerer Menschen im Alter, indem wir für ihre
486 besonderen Bedarfe sensibilisieren, ihre Sichtbarkeit stärken und Projekte für
487 ein Altern in Würde fördern.

488 **Weltanschauliche Neutralität des Staates**

489 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Religion
490 oder Weltanschauung benachteiligt wird. Getreu den Prinzipien der
491 Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat sowie der Gleichbehandlung
492 der Religionsgemeinschaften treten wir dafür ein, die vielfältigen Beziehungen
493 von Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein
494 konfessionsneutrales, religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach Religion
495 und Weltanschauung an niedersächsischen Schulen ein. Es soll unterschiedliche
496 Sichtweisen vermitteln und Vertreter*innen verschiedener Religionsgemeinschaften
497 die Möglichkeit zu einer authentischen Darstellung ihrer Glaubensüberzeugungen
498 geben. Konfessionsschulen wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften
499 in Schulen umwandeln, die Kindern aller Bekenntnisse gleichermaßen offenstehen.

500 Bündnis 90/DIE GRÜNEN streben eine finanzielle und institutionelle Entflechtung
501 von Kirche und Staat und die Ablösung der Staatsleistungen des Landes an die
502 Kirchen an. Bei der Versorgung mit medizinischen und sozialen Einrichtungen wie
503 Kitas, Krankenhäuser oder Pflegeheime muss die Wahlfreiheit zwischen kirchlichen
504 und nicht-kirchlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Dies bedeutet auch, dass
505 an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden
506 muss. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen
507 wollen wir abschaffen und den Friedhofszwang für Urnenbestattungen
508 liberalisieren. Zugleich setzen wir uns im Sinne der Gleichbehandlung für eine
509 vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen Religionsgemeinschaften
510 ein, um beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen
511 Religionslehrer*innen an öffentlichen Universitäten zu regeln.

512 **Demokratieförderung und politische Bildung**

513 Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die
514 verschiedenen gefährlichen Strömungen der Demokratieverachtung, die
515 beispielsweise während der Corona-Pandemie zum Vorschein kamen, machen deutlich:
516 Ein lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus,
517 Ressentiments und Verschwörungstheorien, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung
518 und (Bildungs-)Arbeit.

519 Wir schaffen ein Landesdemokratiefördergesetz, um die zivilgesellschaftliche
520 Demokratietarbeit langfristig auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das
521 Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung ergänzen und die optimale

522 Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen
523 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Niedersachsen sicherstellen. Mit großen
524 und etablierten Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir
525 eine enge Zusammenarbeit an. Einen Generalverdacht gegen Initiativen, die sich
526 in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine Überprüfung durch den
527 Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

528 Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie
529 ist Vorreiterin bei der digitalen Demokratiebildung. Damit spielt sie gerade in
530 der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der - zum Teil gezielte -
531 Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte
532 geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Landeszentrale in ihrer wichtigen
533 Funktion nicht gestärkt. Wir GRÜNEN werden in den kommenden Jahren zusätzliche
534 Mittel für die Landeszentrale bereitstellen und ihren Ausbau begleiten. Auch
535 über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische Bildung zentraler
536 Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Träger*innen nach den
537 Niedersächsischen Erwachsenen-bildungsgesetz wollen wir politische Bildung
538 finanziell besser vergüten und die Demokratiebildung an Schulen durch
539 entsprechende Lehrer*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern (vgl.
540 GRÜNE machen Schule).

541 **Demokratie lebt von Beteiligung**

542 Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben auf Demonstrationen für einen
543 ernsthaften Klimaschutz mehr demokratische Mitsprache eingefordert und ihre
544 Bereitschaft gezeigt, politische Verantwortung zu übernehmen. Viele politische
545 Entscheidung, die wir heute treffen, werden in höchstem Maße über ihre
546 Zukunftschancen entscheiden. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und
547 Landtagswahlen auf 14 Jahre senken. Hierfür ist im Fall der Landtagswahl eine
548 Änderung der Landesverfassung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich.
549 Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen unter 14 Jahren bei
550 Kommunalwahlen wählen können.

551 Die Chancen direkter Demokratie wollen wir GRÜNEN im Land und in den Kommunen
552 besser nutzen. Oftmals sind es Volks- und Bürger*innenentscheide, die wichtige
553 Veränderungen anstoßen, wo die Politik noch zu zögerlich ist. So war es das –
554 auch von uns GRÜNEN zusammen mit Umweltverbänden vorangetriebene – Volksbegehren
555 Artenvielfalt.Jetzt!, das SPD und CDU dazu gebracht hat, endlich konkrete
556 Schritte für mehr Artenschutz einzuleiten. Deshalb wollen wir die Hürden für
557 zukünftige Volks- und Bürger*innenentscheide senken und die möglichen
558 Themenfelder für Bürger*innenentscheide ausweiten.

559 Transparenz und der Zugang zu Informationen sind wichtige Voraussetzungen für
560 eine effektive öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns. Durch die Blockade
561 von SPD und CDU ist Niedersachsen eines der letzten Bundesländer ohne ein
562 Informationsfreiheitsgesetz. Wir werden ein solches Gesetz einführen und so
563 allen Bürger*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen
564 Informationen geben. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu
565 einer verbesserten, aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante
566 Entwicklungen verpflichtet werden.

567 **3. Gleichstellung und Feminismus**

568 Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch in seinem
569 Leben erhält. Noch immer erhalten viele Frauen für die gleiche oder

570 gleichwertige Arbeit einen niedrigeren Lohn, eine niedrigere Rente und oft
571 weniger soziale Sicherheit. Noch immer treffen überwiegend Männer politische
572 Entscheidungen in unserer Gesellschaft. Und noch immer werden in vielen
573 Lebensbereichen vor allem die Bedürfnisse von Männern als der „Normalfall“
574 betrachtet. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, inter* und trans*
575 Personen ist ein Grundstein GRÜNER Politik und durchzieht unsere Programmatik
576 als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche (Gender Mainstreaming). Dies
577 betrifft die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Verhütung, sicheren
578 Schwangerschaftsabbrüchen und Geburtshilfe, aber auch die Stärkung der
579 finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Förderung von Frauen in der
580 Wissenschaft, eine feministische Verkehrsplanung sowie die Vereinbarkeit von
581 Familie und Beruf.

582 Wir wollen gesellschaftlich festgefügte Machtstrukturen aufbrechen und kommenden
583 Generationen ein größeres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung jenseits
584 überkommener Rollenbilder ermöglichen. Ein Schlüssel hierzu ist die
585 Bildungspolitik. Wir GRÜNEN wollen den kritischen Umgang mit Geschlechterrollen
586 und patriarchalen Machtstrukturen fest im Lehrplan der niedersächsischen Schulen
587 und im schulischen Alltag sowie – altersgerecht aufbereitet – in den Kitas
588 verankern, Lehrmaterialien überarbeiten und pädagogisches Personal entsprechend
589 aus- und fortbilden (vgl. Niedersachsen macht Schule). Gendersensible Erziehung
590 etablieren wir in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Stärkung einer
591 Konsenskultur und gute Sexualaufklärung. „Nein heißt Nein“ und vor allem „Nur Ja
592 heißt Ja“ sind Grundsätze, die von Beginn an im Zentrum der pädagogischen Arbeit
593 stehen müssen.

594 Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes als einem zentralen
595 Steuerungsinstrument wollen wir GRÜNEN Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit
596 systematisch berücksichtigen (Gender Budgeting). In einem ersten Schritt lassen
597 wir zwei geeignete Bereiche des Landeshaushaltes durch externe Expert*innen auf
598 Fragen der Geschlechtergerechtigkeit untersuchen, um die breite Einführung des
599 Gender Budgeting vorzubereiten.

600 Im Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften
601 setzen wir uns für die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen* ein, die heute
602 immer noch im Durchschnitt weit weniger verdienen und deutlich stärker von
603 (Alters-)Armut betroffen sind als Männer. Wir treten ein für einen
604 existenzsichernden Mindestlohn, die Umwandlung von Minijobs in reguläre
605 Beschäftigungsverhältnisse, einen Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere
606 Aufteilung unbezahlter Fürsorge- und Hausarbeit sowie die Ersetzung des
607 Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen durch den Grundsatz der
608 Einzelveranlagung mit übertragbaren Grundfreibeträgen.

609 **Frei leben ohne Gewalt**

610 Jede dritte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben Gewalt. Diese Gewalt ist
611 das Produkt einer von sexistischen Strukturen geprägten Gesellschaft, die Frauen
612 abwertet und zum Objekt macht und Männer zu Tätern werden lässt. Sie ist das
613 Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur dominieren, die
614 in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in vermeintlich
615 harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur
616 der Gewalt sagen wir den Kampf an.

617 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bedingungslos für die Umsetzung der Istanbul-
618 Konvention zum Schutz von Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.

619 Gewaltschutz wollen wir als ressortübergreifende Aufgabe verankern und eine
620 Gesamtstrategie Frei leben ohne Gewalt zum Gewaltschutz umsetzen. Dabei braucht
621 es durchgängig einen Blick auf die besondere Situation von Migrantinnen, Frauen
622 mit Behinderung, LSBTIQ-, Drogen gebrauchenden Frauen, Frauen in Armut und
623 wohnungs- und obdachlosen Frauen (intersektionale Perspektive). Wir begrüßen die
624 Ankündigung der neuen Bundesregierung, sich verstärkt bei der Finanzierung zu
625 beteiligen. Hohe Priorität haben für uns in diesem Kontext die Schaffung neuer
626 Frauenhausplätze und die Qualitätssicherung in Frauenhäusern durch
627 Mindeststandards bei der Ausstattung, damit jeder Frau in Not angemessen
628 geholfen werden kann, sowie der Ausbau der Beratungsstellen. Zusammen mit den
629 landesweiten Beratungsstellen bilden die Frauenhäuser das Zentrum des
630 Gewaltschutznetzes. Deswegen muss eine auskömmliche Finanzierung gesichert und
631 etwa auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen
632 berücksichtigt werden. Durch bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen
633 im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene Wohnung finden – etwa indem
634 wir ein Kooperationsmodell mit Vermieter*innen und Wohnungsgenossenschaften
635 unterstützen. Für Frauen in besonders schwierigen Situationen – etwa ohne
636 gesicherten Aufenthaltsstatus – wollen wir auch eine besonders geschützte, zum
637 Beispiel anonyme, Aufnahme ermöglichen.

638 Auch die Beratungsstrukturen wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung sichern,
639 damit von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen einfacher Zugang zu
640 Hilfsangeboten erhalten. Auch die so wichtige Präventions- und
641 Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen muss ausreichend finanziell
642 abgesichert sein. Unser Ziel ist es, dass jede von häuslicher oder
643 sexualisierter Gewalt betroffene Frau weiß, wohin sie sich wenden kann, und dort
644 sicher Hilfe bekommt. Wir wollen die von SPD und CDU gestrichene
645 Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt
646 wieder und dauerhaft finanzieren. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere
647 Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in ausreichendem Maß schaffen (vgl.
648 Gesundheit und Pflege).

649 Wir wollen sowohl die Gewaltprävention als auch die Strafverfolgung von
650 Gewaltdelikten und Hasskriminalität gegen Frauen, queere Menschen, inter* und
651 trans* Personen stärken. Hierzu gehört für uns neben der Sensibilisierung von
652 Polizei und Justiz auch ein Ausbau der Täterarbeit, um Wiederholungstaten zu
653 verhindern. Frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten, insbesondere
654 Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so
655 sichtbarer gemacht werden. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die
656 beispielsweise als Zwangsprostituierte zu Opfern organisierten Menschenhandels
657 werden. Im Einklang mit den Empfehlungen des Kriminologischen
658 Forschungsinstituts Niedersachsen wollen wir die Spezialisierung und
659 Schwerpunktbildung bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden voranbringen,
660 um organisierten Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und Betroffene besser zu
661 schützen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Unterstützungs- und
662 Beratungsangebote für Betroffene (z. B. Ausstiegsprogramme) werden wir
663 langfristig finanziell absichern. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die
664 Stigmatisierung von freiwilliger Sexarbeit und setzen uns für eine Verbesserung
665 der Rechte und Versorgung von Sexarbeiter*innen ein.

666 Wir werden die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Prävention von
667 sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv
668 begleiten und unterstützen. Für alle einschlägigen Einrichtungen des Landes,

669 etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die (Weiter-)Entwicklung
670 von Gewaltschutzkonzepten. Der besonderen Gefährdung von Mädchen und Frauen mit
671 Behinderung wollen wir durch verstärkte Aufklärungskampagnen begegnen.

672 **Die Hälfte der Macht**

673 Noch immer treffen überwiegend Männer zentrale politische Entscheidungen, weil
674 Frauen und andere Geschlechter in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen
675 stark unterrepräsentiert sind. Nach der letzten Landtagswahl lag der Anteil der
676 Frauen im Landtag bei lediglich 27 Prozent. Deshalb streben wir eine
677 verfassungsfeste, paritätische Wahlrechtsreform an, um den Anteil von Frauen im
678 Landtag und in den kommunalen Vertretungen zu erhöhen.

679 Im öffentlichen Dienst werden Führungspositionen noch immer viel zu selten mit
680 Frauen besetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Niedersächsische
681 Gleichberechtigungsgesetz stärken, um dies zu ändern – etwa durch Festlegung
682 eines Mindestanteils weiblicher Führungskräfte und die Verpflichtung, vakante
683 Stellen öffentlich auszuschreiben. Darüber hinaus sollen alle Kommunen, die
684 nicht Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende
685 Gleichstellungsbeauftragte erhalten. Zugleich wollen wir Mindeststandards für
686 die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen festlegen, damit angemessene
687 und wirksame Gleichstellungsarbeit auch in Zeiten knapper Kassen gesichert ist.
688 Die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, indem wir
689 für eine Abwahl dieselben hohen Voraussetzungen wie für die Abwahl kommunaler
690 Wahlbeamt*innen festlegen.

691 Auch in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen sind Frauen immer noch stark
692 unter-repräsentiert. Deshalb streben wir an, dass in allen Unternehmen mit
693 Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte mindestens
694 zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in
695 Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

696 **Niedersachsens Kultur und Medien: So vielfältig wie unser Land**

697 Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen
698 Debatte und lebendiger Demokratie. Sie bieten uns Perspektiven für Gegenwart und
699 Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale Entwicklungen und sind zugleich
700 Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse gestalten und
701 haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind
702 elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. Eine lebendige
703 und breite Kulturlandschaft braucht große Theater und Museen genauso wie die
704 freie Kulturszene, Off-Theater, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien,
705 Soziokulturelle Zentren und sich stetig neu entwickelnde Formate. Die Kulturorte
706 müssen jedoch nicht nur vorgehalten werden – es braucht auch die Künstler*innen
707 und Kulturschaffenden, die mit ihrer Arbeit diese Orte füllen. Niedersachsen hat
708 eine enorme kulturelle und künstlerische Vielfalt – von Tanz und Theater, über
709 den Film, die Literatur, die Musik bis zu den Museen. Diese gilt es zu erhalten
710 und weiterzuentwickeln.

711 Aktuell leidet die Kulturbranche besonders unter den Auswirkungen der Corona-
712 Pandemie. Diese hat zudem ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kultur oftmals
713 unter prekären Bedingungen entsteht. Die Kultur braucht deshalb bessere
714 Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten,
715 bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb
716 unterstützen wir beispielsweise die Forderung der Theaterschaffenden nach

717 Honoraruntergrenzen bzw. des Bundes Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen
718 Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen bei Kunstwerken für den
719 öffentlichen Raum.

720 **Verlässliche Strukturen für künstlerische Arbeit**

721 Um die Vielfalt der Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur
722 Planungssicherheit für Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns
723 GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen im Rahmen von
724 institutionellen Förderungen etwa an den Theatern oder die Fortführung der
725 Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Von der kurzfristigen
726 Projektförderung bis zur langfristigen und dynamisierten institutionellen
727 Förderung: Die Förderverfahren müssen vereinfacht und entbürokratisiert sowie
728 mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen
729 ergänzt werden. Neben Projektförderungen sind strukturelle und institutionelle
730 Förderungen notwendig, um Kulturangebote kontinuierlich vorhalten zu können. Die
731 aktuellen Förderstrukturen entwickeln wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden
732 sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden weiter, damit diese so effektiv
733 und passgenau wie möglich wirken – im Zusammenspiel mit Förderprogrammen des
734 Bundes und kommunaler Förderung. Darüber hinaus brauchen die Kulturfachverbände
735 Verlässlichkeit und Kontinuität, um als stabile Partner*innen ihre Mitglieder zu
736 unterstützen. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kultur in Zeiten knapper Kassen
737 nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand steht und entwickeln eine verlässliche
738 Förderstrategie. Wir wollen eine kohärente und verlässliche Kulturpolitik, die
739 Kulturschaffenden langfristige und verlässliche Perspektiven bietet. Dazu
740 etablieren wir gemeinsam mit den Landeskulturverbänden, den Landschaften und
741 Landschaftsverbänden sowie den Kulturschaffenden eine verbindliche
742 Kulturentwicklungsplanung, die in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst
743 wird.

744 Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen blühen kulturelle Traditionen
745 und Innovationen in einer beachtlichen Vielfalt – vielfach von hohem
746 bürgerschaftlichen Engagement getragen. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende
747 sichern mit ihrer Arbeit nicht nur die kulturelle Grundversorgung, sondern sind
748 Diskurs- und Versammlungsorte, Impulsgeber*innen für zukunftsweisende Projekte,
749 Vernetzungsplattform lokaler Akteur*innen und Anlaufpunkte für internationale
750 Künstler*innen. Um die Kulturarbeit vor Ort zu erhalten, zu stärken und
751 weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer GRÜNEN Kulturförderstrategie einen
752 Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende
753 wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie
754 dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen,
755 beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und
756 Hochschulen, unterstützen. Neben stabilen und verlässlichen Förderstrukturen
757 brauchen Kunst und Kultur aber auch ganz praktisch genügend Räume. Damit
758 steigende Bodenpreise und Gewerbemieten Kultureinrichtungen wie Kinos und
759 Galerien nicht gefährden, setzen wir uns für die Einführung einer
760 Gewerbemietpreisbremse ein. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die
761 klassische Kultureinrichtungen wie beispielsweise Bibliotheken und Museen zu
762 hybriden Kultur-, Wissens-, Lern- und Kommunikationsorten weiterentwickeln. Dass
763 Clubs als kulturelle Orte anerkannt sind, hilft, sie vor Verdrängung zu
764 schützen. Mit einem Lärmschutzfonds unterstützen wir sie bei der energetischen
765 sowie akustischen Sanierung.

766 **Freiräume schaffen: Digital und analog**

767 Kultur braucht Freiraum. Denn Kultur ist immer in Bewegung und verändert sich.
768 Zudem bedeutet künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren.
769 Gerade in der Pandemie haben Kunst- und Kulturschaffende ihre Flexibilität und
770 Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler*innen während der Lockdowns
771 entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kultur findet
772 aber auch unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt und neue Genres,
773 die ihren Ursprung in der digitalen Welt haben, gewinnen an Bedeutung. Die
774 Digitalisierung ermöglicht dabei neue Formen der Kommunikation zwischen
775 Kulturakteur*innen und Kulturkonsument*innen. Die kulturelle Partizipation, z.
776 B. durch die Integration von digitalen Inhalten, die von den Nutzer*innen
777 kultureller Angebote geschaffen wurden (user generated content) und der Auf- und
778 Ausbau generationsübergreifender digitaler und hybrider Angebote gehören dazu.
779 Deshalb werden wir GRÜNEN das Investitionsprogramm für kleine
780 Kultureinrichtungen so weiterentwickeln, dass diese die digitalen Möglichkeiten
781 effizient und kreativ nutzen können. Darüber hinaus bringen wir neue
782 Förderprogramme für innovative Konzepte – u. a. auch für Solokünstler*innen –
783 auf den Weg, die an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst
784 sind.

785 Kunst und Kultur sind wichtig für die ökologisch-soziale Modernisierung: Zum
786 einen, indem sie mit großem Einsatz ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, zum
787 anderen indem sie immer wieder Impulse für eine nachhaltig agierende
788 Gesellschaft geben. Projekte der neuen Bundesregierung wie die Einrichtung einer
789 Green Culture Desk-Beratungsstelle und eines Green Culture Fonds unterstützen
790 wir GRÜNEN aus Niedersachsen. Wir wollen die Bestrebungen des Bundes und der
791 Kulturstiftungen mit eigenen Förder- und Beratungsangeboten flankieren und sie
792 damit zu einem wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Kulturpolitik machen.

793 **Kulturelle Bildung und Teilhabe stärken**

794 Kulturelle Bildung unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer
795 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche unabhängig
796 von Elternhaus und Wohnort barrierearmen Zugang zu Kunst und Kultur. Wir stellen
797 uns der Herausforderung, dies verstärkt in den wachsenden Ganztagschulbetrieb
798 zu integrieren. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Niedersachsen
799 ist hierbei ein zentraler Partner, dessen wichtige Arbeit wir auch weiterhin
800 unterstützen werden.

801 Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller
802 Akteur*innen der Kultur. Um den Zugang zu Kultur erleichtern, wollen wir daher
803 Kultureinrichtungen unterstützen, sich weiter für neue Publikumsschichten zu
804 öffnen. Mit Programmen zur Umnutzung (leerstehender) Räume zu „Dritten Orten“,
805 also Orten der Gemeinschaft als Ausgleich zu Beruf und Familie, wollen wir
806 zusätzliche und neue Zugänge zu kultureller Bildung ermöglichen. Kulturelle
807 Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen
808 Gesellschaft wollen wir möglichst viele Menschen aus verschiedenen Milieus und
809 Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern. Der Zugang
810 zu Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder
811 Wohnort abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation
812 in Leichter Sprache.

813 **Erinnerungskultur stärken und weiterentwickeln**

814 Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist grundlegend für unser
815 politisches Selbstverständnis. Rechte Kräfte haben unserer demokratischen

816 Erinnerungskultur und ihren Institutionen längst den Kampf angesagt. Es sind
817 Diskursverschiebungen zu beobachten, die darauf zielen, die Verbrechen des
818 nationalsozialistischen Deutschlands zu relativieren. Es ist daher umso
819 wichtiger, die Erinnerungskultur zu stärken und zeitgemäß weiterzuentwickeln.
820 Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Erinnerns in Schulen,
821 Bildungsstätten, Kommunen und Gedenkstätten und fördern ihre notwendige
822 Weiterentwicklung. Da immer weniger Zeitzeugen leben, steigt die Bedeutung von
823 Gedenkstätten und Lernorten an Original(schau)-plätzen. Diese wollen wir
824 besonders stärken.

825 Wir treiben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den niedersächsischen
826 Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer
827 Bundesministerien voran. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Zeit
828 nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden. Dazu gehört für uns auch, die
829 zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den
830 Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu
831 berücksichtigen. Ein Ausgangspunkt kann hier die Anerkennung von Leid ganzer
832 Menschengruppen stehen – unabhängig von der eigenen Familiengeschichte. Dazu
833 gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit. Das von uns
834 GRÜNEN initiierte Netzwerk Provenienzforschung, das die Aufarbeitung
835 systematischen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der
836 Herkunft von Kunstgegenständen hilft, werden wir weiterentwickeln.

837 **Vielfältige Medienlandschaft**

838 Niedersachsens Medienlandschaft ist vielfältig - Vom überregionalen Rundfunkhaus
839 über die Regionalzeitung bis hin zum lokalen Bürgerradio - alle versorgen Sie
840 die Niedersächs*innen mit guter Information. Grundlage guter Medienangebote sind
841 gut ausgebildete Journalist*innen. Wir GRÜNEN honorieren in der
842 Landesmedienförderung Medienhäuser besonders, die einen Fokus auf die Ausbildung
843 des journalistischen Nachwuchses setzen und auf die Stärkung regionalen und
844 kommunaler Themen in der redaktionellen Arbeit setzen, um gerade vor Ort eine
845 vielfältige Berichterstattung sicherzustellen und der Medienkonzentration
846 entgegenzuwirken. Zudem wollen wir ein Sonderförderprogramm für neue
847 journalistischen Verbreitungsformen und der übergreifenden Zusammenarbeit, wie
848 bspw. Netzwerkplattformen und Rechercheverbänden auf den Weg bringen. Das
849 Bestreben der Ampelregierung im Bund, Rechtssicherheit für gemeinnützigen
850 Journalismus zu schaffen, unterstützen wir aus Niedersachsen heraus und setzen
851 uns für die Aufnahme von Gewinnzweckfreiem Journalismus in den Zweckkatalog der
852 Abgabenordnung ein.

853 Das Landesmediengesetz ändern wir, um die Landesmedienanstalt angemessen
854 auszustatten, aber auch um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien
855 wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und das Lokalfernsehen bereitzustellen. Die
856 Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine Förderung für
857 journalistische Reportagen und Dokumentationen und verbessern die Games-
858 Förderung. Ebenso wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut
859 Medien zu erhalten: u. a. durch die verstärkte Digitalisierung und öffentlich
860 zugängliche Archivierung historischer Filme, Reportagen und Printprodukte.

861 **Niedersachsen engagiert sich**

862 **Zivilgesellschaft unterstützen – Bürgerschaftliches Engagement stärken**

863 Eine starke demokratische Gesellschaft braucht Ehrenamtliche. In Niedersachsen
864 engagieren sich rund 3,7 Millionen Menschen freiwillig für das Gemeinwohl: in
865 klassischen Ehrenämtern im Verein oder in Parteien, in Freiwilligendiensten, bei
866 der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen. Ob als langjähriges Engagement oder spontan
867 bei einem kurzfristigen Projekt – die Formen des Engagements sind so vielfältig
868 wie die Niedersächs*innen.

869 Wir GRÜNEN verbessern die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement –
870 dazu bringen wir eine Ehrenamtsstrategie auf den Weg. Wir schaffen
871 Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, um
872 Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zum Engagement zu motivieren sowie um
873 den Herausforderungen der modernen Formen des Engagements und der
874 Digitalisierung gerecht zu werden. Gerade das Engagement von Menschen mit
875 Migrationsgeschichte werden wir fördern und stärker sichtbar machen.
876 Ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Strukturen, wie professionelle
877 Vereinsgeschäftstellen oder Freiwilligenagenturen, die wir verlässlich
878 finanzieren. Neue Modelle wie Förderscouts bringen wir auf den Weg: Sie helfen
879 Engagierten, in der Vielfalt der Förderlandschaft erfolgreich Fördergelder für
880 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.

881 Freiwilligendienste bauen wir in allen Bereichen für die verschiedenen
882 Zielgruppen aus. Engagement braucht Wertschätzung – in allen Altersgruppen:
883 Ehrenamtskarten, Fortbildungs-möglichkeiten und vergünstigte Nutzungsangebote
884 für öffentliche Infrastrukturen wie Nahverkehr. Wir GRÜNEN schnüren ein Bündel
885 an Maßnahmen für mehr Anerkennung.

886 **Niedersachsen ist sportlich – Von der Breite bis zur Spitze**

887 Sport stärkt das Wohlbefinden und die Gesundheit des Individuums und den
888 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen
889 Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir GRÜNEN setzen uns für flächendeckende
890 Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum Sport ermöglichen.
891 Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis
892 zum Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Wir
893 unterstützen die Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und
894 möglichst barrierefrei auszubauen. Spiel- und Bewegungsförderung sowie
895 Gesundheitsprävention durch Sport sind von Kindesbeinen an wichtig. In der
896 Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine
897 bessere Verankerung im Ganzttag unabdingbar (vgl. Niedersachsen macht Schule).
898 Teilhabemodelle, die das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen
899 beim Sport stärken, werden wir im Schul- und Breitensport ausbauen. Kindern und
900 Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die gleichberechtigte
901 Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

902 Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement,
903 das wir GRÜNEN stärken wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Neben
904 finanziellen Nothilfen braucht es zukunftsfähige Konzepte, um den Rückgang der
905 Mitgliedszahlen in Vereinen zu stoppen und Engagement wieder attraktiv zu
906 machen. Hierbei möchten wir die Vereine unterstützen. Sport findet aber nicht
907 nur im Verein statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen
908 Engagements. Dies muss auch in der Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des
909 gemeinsamen Sportes und neue Sportarten, wie beispielsweise E-Sports, werden
910 zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren.

911 Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander.
912 Wir GRÜNEN sprechen uns klar gegen Gewalt und Diskriminierung im Sport aus.
913 Sexismus, Homophobie, Rechtsextremismus und Antisemitismus haben im Sport nichts
914 zu suchen. Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte
915 unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren
916 Sportarbeit (vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen).

917 **Niedersachsen in Europa und der Welt**

918 Wichtige Weichen für den Klima- und Umweltschutz sowie die ökologisch-soziale
919 Trans-formation der Wirtschaft werden in Europa gestellt. Wir GRÜNEN bringen uns
920 als starke Stimme aus Niedersachsen für Europa in Brüssel und Berlin ein. Für
921 uns sind die Grundwerte der EU von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns auf
922 allen Ebenen für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie,
923 Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein. Das
924 europäische Recht setzt wichtige Mindeststandards, die wir GRÜNEN konsequent
925 umsetzen. Wir unterstützen in einem fairen Welthandel nur Handelsabkommen, die
926 hohe Sozial- und Umweltstandards umfassen, die transparente Klagerechte
927 ermöglichen und den freien Zugang zur Daseinsvorsorge stärken. Die Ziele für
928 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und die konsequente
929 Umsetzung des Green Deal sind für uns GRÜNE in allen Politikfeldern
930 handlungsleitend.

931 **Europa erfahrbar machen**

932 Wir GRÜNEN bringen Europa nach Niedersachsen. Die Niedersächs*innen sind
933 engagierte Europäer*innen – das soll gefeiert werden: mit einem jährlichen
934 Europafest des Landes und der Regionen, das die Vielfalt des Europaengagements
935 sichtbar macht. Um noch stärker für Europa zu begeistern, stärken wir das
936 Europäische Informationszentrum (EIZ) und die Europaschulen, bauen das
937 Besuchsprogramm für interessierte Bürger*innen der Landesvertretung in Brüssel
938 aus und stärken den europäischen Austausch für Schüler*innen und Auszubildende.
939 Wir treiben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen insbesondere im
940 Dreiländereck mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen voran.

941 **Niedersachsens Verantwortung in der Welt**

942 Niedersachsens Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind global
943 vernetzt. Globales Zusammenwachsen bedeutet für uns GRÜNE, Kooperation in vielen
944 Dimensionen zu denken: Ökologisch, ökonomisch nachhaltig,
945 menschenrechtsorientiert, zivilgesellschaftlich verankert und inklusiv. Das
946 europäische und internationale Engagement des Landes ergänzen wir durch
947 Kooperationen mit weiteren Ländern – insbesondere in Lateinamerika und auf dem
948 afrikanischen Kontinent. Wir schaffen transparente Kriterien für die Auswahl der
949 Partnerländer und die konkreten Kooperationsprojekte.

950 Niedersachsen ist Teil der globalen Verflechtungsgeschichte Europas und
951 Deutschlands. Wir bringen die kritische Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen
952 (post-)kolonialen Erbe in Schulen, Ausbildung, Fortbildung und Universitäten
953 voran und arbeiten dieses auf. Die Entwicklungskooperationen des Landes richten
954 wir am Leitbild der Globalen Verantwortung aus der Region aus. Wir evaluieren
955 und aktualisieren die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Eine-Welt-
956 Promotor*innen und Globales-Lernen-Programme stellen wir langfristig besser auf,
957 bringen eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg und unterstützen
958 interessierte niedersächsische Kommunen dabei, Fair Trade Town zu werden.

Kap.5 Solides Fundament für Niedersachsen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.6. Kapitel V - Solides Fundament für Niedersachsen

Antragstext

1 Nachhaltig haushalten

2 GRÜNE Finanzpolitik ist nachhaltig und gerecht. Unser Ziel ist ein stabiler und
3 gerechter Landeshaushalt. Damit sichern wir die Handlungsfähigkeit der
4 öffentlichen Hand und ermöglichen den ökologisch-sozialen Umbau. Nachhaltigkeit
5 ist für uns untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden: Unser Ziel ist
6 es, nachfolgende Generationen weder dadurch zu belasten, dass wir die dringend
7 erforderlichen Investitionen in den Klimaschutz, in eine intakte öffentliche
8 Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in die Zukunft
9 verschieben, noch Ihnen zu hohe Schulden zurückzulassen. Das Land muss in der
10 Lage sein, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken und gleichzeitig
11 das öffentliche Vermögen zu erhalten und auszubauen.

12 Mit dem Niedersachsenfonds in die Zukunft investieren

13 Im Sinne der finanzpolitischen Nachhaltigkeit ist eine Schuldenregel, die dem
14 ungehemmten Schuldenmachen einen Riegel vorschiebt, grundsätzlich der richtige
15 Weg. Aber auch finanzpolitische Entscheidungen müssen sich am Kriterium der
16 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen Nachhaltigkeit messen lassen. Wir
17 wollen daher die Schuldenregel so reformieren, dass sie Investitionen in den
18 Klimaschutz und den Substanzerhalt der Daseinsvorsorge besser gewährleistet.
19 Auch soll sie für Notlagen wie den Angriffskrieg auf die Ukraine und die
20 Folgekosten insbesondere für die Kommunen praxisgerechter gestaltet sein. Um
21 jetzt schon handlungsfähig zu sein, haben wir gemeinsam mit dem Deutschen
22 Gewerkschaftsbund (DGB) einen Niedersachsenfonds entwickelt. Dieser Fonds wird
23 mit einer Milliarde Stammkapital ausgestattet und soll mit Mitteln des
24 Kapitalmarktes auf 10 Milliarden Euro anwachsen. Ein solcher Niedersachsenfonds
25 ist mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse vereinbar und soll
26 zusammen mit Landesgesellschaften dazu eingesetzt werden, in den klimaneutralen
27 Umbau der öffentlichen Gebäude des Landes und der Kommunen, den Aufbau einer
28 klimaneutralen Versorgungsinfrastruktur sowie die öffentliche und soziale
29 Daseinsvorsorge zu investieren. Für uns hat die „GRÜNE Null“ – und damit die
30 Vermeidung ökologischer Folgeschäden durch rechtzeitige Realisierung notwendiger
31 Investitionen in den Klimaschutz – Vorrang vor der „schwarzen Null“ des
32 lediglich buchhalterischen Verzichts auf neue Kredite.

33 Mehr Transparenz im Landeshaushalt

34 In einer liberalen Demokratie müssen Bürger*innen in der Lage sein
35 nachzuvollziehen, wofür das Land ihre Steuergelder einsetzt und wie sich
36 Finanzen, Vermögen und zukünftige Belastungen entwickeln. Bisher ist das nur
37 sehr eingeschränkt der Fall, weil der Landeshaushalt weder das Vermögen abbildet

38 noch die sogenannte implizite Verschuldung des Landes, wozu u. a. die
39 Pensionsverpflichtungen für Beamt*innen gehören. Mit einer
40 Landesvermögensrechnung wollen wir das ändern und sowohl Vermögen als auch die
41 implizite Verschuldung des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen ermitteln und
42 im Zusammenhang darstellen. Auf diese Weise wird deutlich, über welche
43 Vermögenswerte das Land tatsächlich verfügt, wie sich dieses Vermögen entwickelt
44 und in welcher Höhe wir künftige Generationen einerseits durch implizite und
45 explizite Schulden belasten – andererseits aber auch durch unterlassene
46 Investitionen. Ein sorgsamer Umgang mit dem Vermögen des Landes bedeutet
47 schließlich auch, Gebäude, Straßen und Brücken, aber auch den Wald des Landes zu
48 erhalten und so das Anlagevermögen zu stärken. Der Vermögenserhalt hat für uns
49 den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

50 **Nachhaltiges Investment – Klima- und geschlechtergerecht haushalten**

51 Bevor der Haushalt aufgestellt wird, wollen wir künftig regelmäßig alle
52 Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel überprüfen. Das
53 betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und Finanzhilfen. Die
54 Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die
55 Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Investitionen des
56 Landes etwa in Anlagen mit fossilen Energieunternehmen werden wir beenden (vgl.
57 Wir bringen Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad).

58 Die strategischen Beteiligungen des Landes insbesondere bei Volkswagen oder
59 Salzgitter wollen wir dafür nutzen, den ökologischen Umbau dieser Unternehmen
60 weiter voranzutreiben. Wir führen das Instrument des strategisches Budgeting
61 ein, das sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten
62 Nationen orientiert und zudem auch das Gender Budgeting gehört. Denn eine
63 Haushaltsaufstellung, von der alle Geschlechter gleichermaßen profitieren und
64 mit der die Gleichstellung der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges
65 Ziel GRÜNER Haushaltspolitik (vgl. Gleichstellung und Feminismus).

66 **Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verstärken**

67 Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben des Landes steht und fällt mit den
68 Steuereinnahmen. Dabei ist eine gerechte Steuererhebung die Grundlage jedes
69 öffentlichen Haushalts. Nicht erst Luxemburg Leaks und Panama Papers haben
70 gezeigt, dass Steuerbetrug und legale Steuervermeidung ein massives Problem
71 darstellen. Von 2013 bis 2017 hat die damalige Landesregierung mit GRÜNER
72 Beteiligung durch den Ankauf von Steuer-CDs und der personellen Verstärkung der
73 Steuerfahndung wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Da wollen wir anknüpfen
74 und die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung dauerhaft um 200
75 aufstocken. Zudem wollen wir die Steuerverwaltung technisch besser ausstatten
76 und flächendeckend mobiles Arbeiten ermöglichen sowie nach und nach die Stellen
77 in der Steuerfahndung und Betriebsprüfung erhöhen. Auf Bundesebene werden wir
78 uns für die Abschaffung sog. Share-Deals einsetzen, mit denen Investoren durch
79 den Erwerb von Geschäftsanteilen die dem Land zufließende Grundsteuer umgehen.

80 **Öffentlich-private Partnerschaften**

81 Wir stehen sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) bei der
82 Finanzierung von öffentlichen Investitionen kritisch gegenüber und lehnen sie ab
83 – beispielsweise beim Straßenbau. Sie sind im Regelfall deutlich teurer als
84 konventionelle Projekte. Private Unternehmen erwarten eine hohe Rendite – die
85 Zeche beglichen dann die Bürger*innen. Gleichzeitig sind ÖPP-Projekte aufgrund

86 hochkomplexer Verträge nur sehr schwer zu kontrollieren. Davon profitieren am
 87 Ende nur die beteiligten Unternehmen – für die Bürger*innen wird es hingegen
 88 teuer. Wir setzen uns dafür ein, dass ÖPP-Projekte als kreditähnliche
 89 Rechtsgeschäfte gegenüber konventionellen Kreditgeschäften nicht weiter
 90 privilegiert werden. Um die Anwendung von ÖPP auf solche Fälle zu reduzieren,
 91 bei denen die Vorteile für die öffentliche Hand deutlich überwiegen, setzen wir
 92 uns für nachvollziehbare Qualitätskriterien ein.

93 **Starke Kommunen**

94 Unsere Kommunen sind das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Handlungsfähige Kommunen
 95 sind unerlässlich für gutes Leben in der Fläche. SPD und CDU haben unsere
 96 Kommunen jedoch finanziell ausbluten lassen: Die Zuweisungen des Landes an die
 97 niedersächsischen Kommunen liegen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt.
 98 In den 1990er Jahren konnten die Sozialausgaben der Kommunen noch vollständig
 99 von den Landeszuweisungen gedeckt werden – aktuell müssen unsere Städte und
 100 Gemeinden rund 850 Mio. Euro soziale Kosten selbst tragen. Deshalb wollen wir
 101 die den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellten
 102 Mittel erhöhen. Außerdem wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, eine
 103 Grundsteuer C auf unbebaute Baugrundstücke zu erheben, um so der Spekulation mit
 104 baureifen Grundstücken zu Lasten des Wohnungsmarktes einen Riegel vorzuschieben.

105 **Risiken der Landesbank minimieren**

106 Die Nord/LB, an der neben dem Mehrheitseigentümer Land Niedersachsen das Land
 107 Sachsen-Anhalt und die Sparkassen beteiligt sind, findet nach wie vor keinen Weg
 108 aus der Krise. Im Gegenteil: Im Jahr 2019 mussten die Eigentümer aufgrund von
 109 Verlusten aus der Schiffsfinanzierung und der Übernahme der Bremer Landesbank
 110 erneut mit 3,6 Mrd. Euro einspringen. Um die Schuldenbremse zu umgehen, haben
 111 SPD und CDU die daraus resultierenden Belastungen für das Land trickreich in
 112 landeseigene Beteiligungsgesellschaften ausgelagert. Damit ist die Bank aber
 113 keineswegs über den Berg; ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell ist
 114 weiterhin nicht in Sicht. Der Landeshaushalt braucht Stabilität und
 115 Verlässlichkeit, um die notwendigen Landesaufgaben wahrzunehmen. Daher ist es
 116 erforderlich, die Risiken für den Landeshaushalt aufgrund der Beteiligung an der
 117 Nord/LB zu reduzieren. Wir streben eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen
 118 Bankensektors an. Wir prüfen wir eine Herauslösung der Braunschweigischen
 119 Landessparkasse aus der Nord/LB.

120 **Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen**

121 Wir wollen für mehr Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen
 122 sorgen. Insbesondere soll die Vergütung von Vorständen und Mitgliedern der
 123 Aufsichtsgremien künftig offengelegt werden. Denn auch in diesen Unternehmen
 124 wird mit öffentlichen Geldern gearbeitet. Wir fordern, dass die Träger der
 125 öffentlichen Unternehmen und Sparkassen, also Land und Kommunen, verpflichtend
 126 in den jeweiligen Gremien auf mehr Transparenz bei den Vergütungen hinwirken.
 127 Eine entsprechende Hinwirkungsverpflichtung kann im Sparkassengesetz oder dem
 128 Kommunalverfassungsgesetz verankert werden.

129 **Wo die Zukunft zu Hause ist: Für starke Kommunen in Niedersachsen**

130 In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret. Hier begegnen uns
 131 die Herausforderungen ganz handfest, hier werden Probleme gelöst. Gerade jetzt
 132 sind es die Kommunen, die für die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine
 133 sorgen und Angebote zu Teilhabe und Integration organisieren. In der Corona-

134 Krise sind es die Kommunen, die Kontakte nachverfolgen, soziale Spannungen
135 abfedern und Impfbzentren organisieren. Auch bei den Herausforderungen der
136 Zukunft kommt es wesentlich auf die politischen Entscheidungen vor Ort an: Wird
137 der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und der knappe öffentliche Raum in unseren
138 Städten zugunsten des Rad- und Fußverkehrs und der Aufenthaltsqualität neu
139 aufgeteilt? Wo entstehen die Windkraft- und Solaranlagen für unsere
140 klimagerechte Energieversorgung? Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren
141 Wohnraum? Gelingt es, durch gute Bildungsangebote von der Kita über unsere
142 Schulen bis hin zu Berufsausbildung und Studium endlich für Chancengerechtigkeit
143 zu sorgen? Bleiben bzw. werden unsere Innenstädte auch in Zeiten von
144 Digitalisierung und Onlinehandel urbane Kerne mit hoher Aufenthaltsqualität? Das
145 alles sind Aufgaben, die nur gemeinsam mit starken und gut ausgestatteten
146 Kommunen erfolgreich wahrgenommen werden können. Die Kommunen sind Partner*innen
147 für die Umsetzung unserer Politik. An den kommunalen Realitäten vorbei zu
148 regieren führt dazu, dass Politik nicht umgesetzt wird. Als Land haben wir die
149 Aufgabe, kommunale Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten und dafür zu
150 sorgen, dass auch im Bund die kommunalen Realitäten beachtet werden.

151 **Die Kommunen bedarfsgerecht ausstatten**

152 Nicht zuletzt in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass der jahrelang
153 postulierte schlanke Staat längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der an zu
154 vielen Stellen kaum mehr in der Lage ist, seine zentralen Aufgaben zum Wohle der
155 Bürger*innen zu erfüllen: Die kaputtgesparten Gesundheitsämter waren trotz
156 herausragenden Engagements der Mitarbeiter*innen nicht annähernd in der Lage,
157 die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Digitalisierung ist an vielen
158 kommunalen Verwaltungen bisher weitgehend spurlos vorbeigegangen. Das digitale
159 Lernen war und ist nicht zuletzt deshalb oftmals ein Desaster, weil es den
160 Schulen an der erforderlichen technischen Ausstattung fehlte. Um ihre Aufgaben
161 zu bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die
162 Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das ist bisher nicht
163 überall der Fall: Die Löcher in vielen kommunalen Haushalten stehen denen in
164 vielen Gemeindestraßen in nichts nach. So ist die Investitionsquote – also der
165 Anteil, der für Investitionen vorgesehen ist – auch in den letzten Jahren weiter
166 gesunken. Grund dieser Misere ist zum einen, dass immer neue Aufgaben an die
167 Kommunen übertragen werden, ohne gleichzeitig für einen vollständigen
168 finanziellen Ausgleich zu sorgen. Zum anderen ist die Kommunalfinanzierung so
169 ausgerichtet, dass sie strukturschwache Kommunen benachteiligt und keine
170 Gegenfinanzierung ihrer besonderen Belastungsvorsieht. Der kommunale
171 Finanzausgleich liegt in Niedersachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.
172 Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich erhöhen und reformieren: Dazu werden
173 wir eine Enquetekommission einsetzen (vgl. Nachhaltig haushalten). Besonders
174 verschuldete Kommunen muss das Land weiterhin mit Entschuldungsprogrammen
175 unterstützen.

176 **Vor Ort entscheiden**

177 Wir GRÜNEN wollen den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume einräumen. Wichtige
178 und richtige Schritte sind die erleichterte wirtschaftliche Betätigung oder die
179 Möglichkeit der Einführung einer Tourismusabgabe zur Finanzierung der
180 touristischen Infrastruktur. Weitere Kompetenzen, etwa bei der Einrichtung von
181 Geschwindigkeitsbeschränkungen oder mehr Mitsprache bei Bauvorhaben, stärken das
182 Selbstbestimmungsrecht der Menschen vor Ort. Um die Mitsprachemöglichkeiten von
183 jungen Menschen zu verbessern, wollen wir das Wahlalter auf 14 Jahre absenken.

184 Wir wollen die Instrumente der unmittelbaren Demokratie weiterentwickeln und
185 beispielsweise Bürgerentscheide auch bei der Bauleitplanung ermöglichen (vgl.
186 Für eine vielfältige Gesellschaft).

187 Das von SPD und CDU überwiegend zu ihren Gunsten veränderte Verfahren zur
188 Besetzung von Ausschüssen in den kommunalen Räten und Kreistagen werden wir
189 zurücknehmen. Statt des Zählverfahrens nach D'Hondt, das vor allem große
190 Fraktionen und Gruppen begünstigt, werden wir ein Zählverfahren einführen, das
191 die politische Vielfalt der Räte und Kreistage besser in den Ausschüssen
192 abbildet.

193 **Für mehr Vielfalt in den kommunalen Räten**

194 Wir wollen mehr Vielfalt in den kommunalen Räten erreichen und die Zahl der
195 Rats- und Kreistagsmitglieder mit Migrationsherkunft sowie der Frauen erhöhen.
196 Deshalb machen wir uns dafür stark, bestehende Hemmnisse abzubauen. Wir GRÜNEN
197 setzen uns dafür ein, Kommunalpolitiker*innen besser vor Beleidigungen,
198 Bedrohungen und Angriffen zu schützen – online und offline.

199 **Für mehr interkommunale Zusammenarbeit**

200 Ein gutes Zusammenleben und die vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an
201 der Gemeindegrenze. Die Klimakrise lehrt uns: Wir müssen Grenzen überwinden, um
202 Chancen zu nutzen. Wir wollen deshalb Städte und Gemeinden fördern, die durch
203 verstärkte interkommunale Zusammenarbeit mehr und mehr zusammenwachsen wollen.
204 Schon jetzt arbeiten Kommunen in vielen Bereichen zusammen: etwa bei der
205 Energieversorgung im ÖPNV, bei allgemeinen Verwaltungsaufgaben sowie bei
206 kulturellen und sozialen Einrichtungen. Indem wir mehr interkommunale
207 Kooperation ermöglichen, entlasten wir so auch die kommunale Verwaltung. Wir
208 GRÜNEN wollen Modellregionen, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den
209 Einzelhandel und das Handwerk entwickeln. Damit entlasten wir Umwelt und
210 Infrastruktur, optimieren den Flächenverbrauch und stärken regionale
211 Wirtschaftsstrukturen. Die Bereitschaft zur Kooperation sollte aber lokal
212 wachsen – und kreative Initiativen und digitale Lösungen werden wir seitens des
213 Landes unterstützen (vgl. Innovatives Niedersachsen, Stadt und Land zusammen
214 zukunftsfähig gestalten).

215 **Bürgerfreundliche digitale Kommunen**

216 Bis Ende 2022 müssen etwa 600 Verwaltungsdienstleitungen, etwas 90 Prozent davon
217 bei den Kommunen, auch digital angeboten werden – so sieht es das
218 Onlinezugangsgesetz des Bundes vor. Dann sollen die Beantragung eines
219 Personalausweises, die Anmeldung eines Neugeborenen beim Standesamt oder der
220 Widerspruch gegen einen Bebauungsplan auch online möglich sein. Zudem soll
221 Schluss damit sein, dass Bürger*innen Papiere von einem Amt in das andere
222 tragen: Bei Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen vorliegende Unterlagen
223 und Informationen müssen dann von dem Amt, in dem sie benötigt werden, selbst
224 beschafft werden. Die Umsetzung dieses Projekts ist von SPD und CDU jedoch
225 sträflich vernachlässigt worden: Zentrale Portale, für die das Land zuständig
226 ist, stehen nicht zur Verfügung. Auf die Kommunen kommen mit der Umsetzung der
227 digitalen Verwaltung große Aufgaben zu, die insbesondere kleinere Städte und
228 Gemeinden allein nicht bewältigen können: Die IT-Ausstattung muss beschafft und
229 in Betrieb gehalten werden, Mitarbeiter*innen müssen geschult werden. Wir GRÜNEN
230 unterstützen die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Wir beschleunigen

231 die Bereitstellung der zentralen Serviceportale und bieten Beratung sowie
232 Unterstützung bei der Schulung der Mitarbeiter*innen an.

233 **Niedersachsen, ein Land das funktioniert – effektiv und bürgernah**

234 **Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst – digital und leistungsfähig**

235 Eine moderne, leistungsfähige, digitale Verwaltung in Land und Kommunen ist die
236 Grundlage für einen funktionierenden Staat, für unzählige tägliche
237 Dienstleistungen für die Bürger*innen und die Fähigkeit, zukünftigen
238 Herausforderungen zu begegnen. SPD und CDU haben unter dem Vorzeichen der
239 „Schwarzen Null“ wenig getan, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in
240 Niedersachsen zu sichern, die überfällige Digitalisierung umzusetzen und dem
241 sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb legen wir GRÜNEN einen
242 Fokus auf die technische und personelle Ausstattung der Verwaltung sowie moderne
243 Arbeitsweisen und Verfahren.

244 **Digitalisierung umsetzen**

245 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eine der größten
246 Herausforderungen in den kommenden Jahren. So genügt es nicht, in technische
247 Infrastruktur zu investieren – es müssen auch neue Verfahrensweisen und
248 Kommunikationsformen für die digitale Verwaltung der Zukunft gefunden werden.
249 Nur so kann Digitalisierung dazu beitragen, nicht nur zu schnelleren, sondern
250 auch transparenteren und besser begründeten Entscheidungen zu gelangen. Die
251 Einführung der elektronischen Akte in der Landesverwaltung hat in den letzten
252 Jahren Fortschritte gemacht, ist aber noch nicht in allen Bereichen praxisnah
253 umgesetzt und keineswegs abgeschlossen. Über die bloße Digitalisierung und
254 (Teil-)Automatisierung von Abläufen hinaus müssen wir auch prüfen, inwiefern
255 moderne Techniken der Datenaufbereitung und Datenanalyse (bis hin zu KI-
256 Systemen) bessere Entscheidungsgrundlagen für Verantwortungsträger*innen in
257 Politik und Verwaltung liefern können. Dabei sind wir uns möglicher Spannungen
258 insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz bewusst und werden sehr sensibel
259 mit ihnen umgehen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Für öffentliche
260 Dienstleistungen streben wir in Übereinstimmung mit dem Onlinezugangsgesetz eine
261 einheitliche digitale Zugangsmöglichkeit inklusive funktionierender
262 elektronischer Zahlungssysteme an, die wo möglich von Land und Kommunen im
263 Gleichklang eingesetzt werden (vgl. Wo die Zukunft zu Hause ist).

264 Die Digitalisierung eines komplexen Verwaltungssystems verlangt neben einer
265 guten zentralen Steuerung und Strategie auch Digitalisierungskompetenzen und
266 finanzielle, personelle und organisatorische Kompetenzen in den einzelnen
267 Ressorts. Nur so können Mittel für Beschaffungen und externe Beratungsleistungen
268 in den Ressorts wirksam werden und dauerhaft zu einer verbesserten, digitalen
269 Arbeitsweise führen. Dies wurde in der Vergangenheit zu wenig beachtet – auch
270 weil Digitalisierung als Einsparmöglichkeit im Sinne einer
271 Digitalisierungsdividende missverstanden wurde. Viele Probleme, die wir auf
272 diesem Feld in Niedersachsen erleben, sind darauf zurückzuführen, dass nicht
273 ausreichend Mittel für den Ressourcenaufbau in den einzelnen Ressorts zur
274 Verfügung stehen. Deshalb schaffen wir im Rahmen einer integrierten
275 Digitalstrategie gezielt die notwendigen personellen und organisatorischen
276 Ressourcen für die Umsetzung in den einzelnen Ressorts. Auf diese Weise erhöhen
277 wir das Digitalisierungstempo in der Landesverwaltung und nutzen ihr volles
278 Potenzial. Wo mehrere Ressorts und Fachabteilungen mit der Digitalisierung
279 vergleichbarer Prozesse befasst sind, wollen wir den Einsatz einheitlicher

280 Verfahren voranbringen und die Abstimmung durch Einrichtung geeigneter
281 Steuerungsgremien verbessern. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür,
282 dass die Digitalisierung des Landes klimaneutral wird (vgl. Niedersachsen auf
283 den 1,5-Grad-Pfad bringen).

284 Die Digitalisierung der Verwaltung wollen wir zudem nutzen, um Arbeitsabläufe
285 und Arbeitsweisen zu modernisieren. Viele aktuelle Herausforderungen verlangen
286 ein schnelles, flexibles, pragmatisches und trotzdem rechtssicheres Handeln –
287 Anforderungen, die oft sehr schwer gleichzeitig zu erfüllen sind. Wir begegnen
288 ihnen durch moderne, agile Verwaltungsabläufe, die Wissen, Erfahrung, Innovation
289 und Kreativität nutzen und in vernetzten, flexiblen Strukturen fußen. Gemeinsam
290 mit den Bediensteten in der Landesverwaltung werden wir in Zusammenarbeit mit
291 der Wissenschaft agile Verwaltungsstrukturen und moderne Arbeitsweisen
292 entwickeln und implementieren. Wir schaffen Modellprojekte innerhalb der
293 Verwaltung, in denen wir agile Arbeitsmethoden erproben und für die
294 Landesverwaltung insgesamt nutzbar machen. Dabei darf die Einführung
295 digitalisierter und agiler Verfahren nicht zu einer weiteren Verdichtung und
296 Entgrenzung der Arbeit für die Bediensteten führen, sondern muss im Gegenteil
297 als Möglichkeit genutzt werden, um Arbeitsplätze attraktiver und gesünder zu
298 gestalten. Mobiles Arbeiten und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten können in
299 diesem Sinne eine Chance für mehr Selbstbestimmung und die Vereinbarkeit von
300 Arbeit und Privatleben darstellen.

301 Open-Source-Software kann große Vorteile bei Sicherheit und Effizienz gegenüber
302 den bisher üblichen proprietären Lösungen bieten. Wir wollen im Land stärker auf
303 solche freien Softwarelösungen setzen. Im Auftrag des Landes entwickelte
304 Software soll wo möglich im Quellcode offen vorliegen und für die Überprüfung
305 und Weiterentwicklung durch unabhängige Stellen zugänglich sein. Öffentliche
306 Daten wollen wir grundsätzlich über geeignete digitale Schnittstellen für die
307 Öffentlichkeit zugänglich machen (Open Data).

308 **Die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin**

309 Auch der öffentliche Dienst bekommt den verbreiteten Fachkräftemangel zu spüren:
310 sowohl im allgemeinen Verwaltungsdienst als auch bei Fachpersonal,
311 beispielsweise technischen Berufen. Dieser wird verstärkt durch das Ausscheiden
312 geburtenstarker Jahrgänge aus dem Verwaltungsdienst und eine oftmals verfehlte
313 Sparpolitik vergangener Jahre. Gerade deshalb müssen wir die Landesverwaltung
314 als attraktiven Arbeitgeber stärken und auf vielfältigen Wegen um Nachwuchs
315 werben.

316 Wir wollen die Besoldungsstrukturen überprüfen und streben an, auch im Vergleich
317 mit anderen Bundesländern den Beamt*innen und Tarifbeschäftigten eine attraktive
318 und angemessene Vergütung zu bieten. Gerade bei technischen Schlüsselberufen
319 steht die Verwaltung in scharfer Konkurrenz zu Privatunternehmen und vor großen
320 Herausforderungen, im Vergleich attraktive Bedingungen bieten zu können.
321 Gemeinsam mit den Kommunen suchen wir im Dialog mit den Gewerkschaften nach
322 Lösungen für die konkurrenzfähige Vergütung insbesondere technischer Berufe und
323 prüfen Möglichkeiten für die Schaffung besserer Aufstiegsmöglichkeiten. Wir
324 verstärken die Anstrengungen in der Nachwuchsgewinnung deutlich. Dazu wollen wir
325 die Werbebudgets für die Nachwuchsgewinnung erhöhen und die Kooperation zwischen
326 dem Innenministerium und den Fachressorts der allgemeinen Verwaltung ausbauen.
327 Das Laufbahnrecht werden wir reformieren, um insbesondere den Quereinstieg in
328 den Verwaltungsdienst zu erleichtern. Unser Ziel ist es, verstärkt Menschen mit

329 Migrationsgeschichte für den Verwaltungsdienst zu gewinnen. Deshalb wollen wir
330 die spezifischen Kompetenzen, die Menschen mit Migrationsgeschichte erwerben, im
331 Einstellungsverfahren stärker berücksichtigen.

332 Das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge bedeutet auch, dass wir verstärkt
333 junge und modern denkende Menschen für den Verwaltungsdienst gewinnen müssen.
334 Wir wollen zur besseren Personalgewinnung wieder mehr im Beamt*innenverhältnis
335 ausbilden und die Praxiszeiten während der Ausbildung stärken. Junge
336 Führungskräfte werden wir mit geeigneten Programmen an ihre Aufgabe heranzuführen,
337 die bestehenden Programme entwickeln wir dazu bedarfsgerecht weiter. Auf der
338 Grundlage einer geschlechtersensiblen Personalentwicklungsstrategie fördern wir
339 gezielt Frauen in Führungspositionen – insbesondere dort, wo sie weiterhin
340 unterrepräsentiert sind. Moderne Instrumente der Arbeitszeitgestaltung von
341 Arbeitszeitkonten über Jobsharing bis hin zu Sabbaticals wollen wir verstärkt
342 ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Telearbeit und mobiles Arbeiten
343 verbessern. Hierbei haben wir stets auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
344 als wesentliches Ziel im Blick.

345 In der Qualifizierung und Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen und vor
346 allem Führungskräften stärken wir moderne Schlüsselkompetenzen wie Gender- und
347 Diversity-Kompetenz. Die Entsendung niedersächsischer Expert*innen in die
348 Institutionen der EU sowie internationale Organisationen werden wir stärken. Wir
349 setzen auf eine Poolbildung nach dem Vorbild anderer Bundesländer, um die
350 Ressorts zu entlasten.

351 **Öffentliche Beschaffung**

352 Bei öffentlichen Vergaben zeigt die Erfahrung, dass eine ausschließliche
353 Fokussierung auf das jeweils billigste Angebot die öffentliche Hand teuer zu
354 stehen kommen kann. Obwohl bereits heute ein anderes Vorgehen möglich wäre, wird
355 aus Gründen der leichteren Vergleichbarkeit – und damit Rechtssicherheit – oft
356 in erster Linie auf den Preis geschaut. Wir wollen Vergabestellen bei
357 Ausschreibungen und Vergabeverfahren durch Beratung, Qualifikation und
358 Musterverfahren in der stärkeren Berücksichtigung von Qualität unterstützen. Wo
359 öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge, Umwelt- und
360 Sozialstandards gelten und zwar entlang der gesamten Lieferketten. Dies stellen
361 wir GRÜNEN für die Beschaffungen des Landes sicher. Um die Beschaffung
362 klimagerechter aufzustellen, führen wir einen CO₂-Schattenpreis in Höhe der
363 Empfehlungen des Umweltbundesamtes ein (vgl. Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad
364 bringen). Kommunale Vergabestellen werden wir stärker beraten, um sie bei der
365 wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Gestaltung von
366 Ausschreibungen zu unterstützen.